

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

**Hans-Gert Pöttering,
Deutschland:**
Neue Entwicklungen und
Ansätze für ein Europa
der Verteidigung

**Hannes Adomeit,
Deutschland:**
Russlands Militär- und
Sicherheitspolitik unter
Putin und Medwedjew

Franz Felberbauer:
Solferino und seine Folgen -
Sadowa und Sedan

**Martin Pabst,
Deutschland:**
Stabilitätsanalyse Sub Sahara-
Afrika (Teil 2)

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Synchronized Armed Forces Europe (SAFE)

Harald Kujat (Vorwort)

SAFE -

ein Plädoyer für eine eigenständige sicherheitspolitische Identität Europas

Hans-Gert Pöttering

Neue Entwicklungen und Ansätze für ein Europa der Verteidigung

Hannes Adomeit

Russlands Militär- und Sicherheitspolitik unter Putin und Medwedjew

Franz Felberbauer

Solferino und seine Folgen - Sadowa und Sedan

Eine Untersuchung der Waffenwirkung im Feldzug von 1859 und deren Auswirkung
auf die weitere Waffenentwicklung

Martin Pabst

Subsahara-Afrika - Versuch einer Stabilitätsanalyse (Teil 2)

Zusätzlich in der Printausgabe

Der Iran-Konflikt aus dem Blickpunkt des Euratomvertrages

Wolf-Georg Schärf

Die Gendarmerie der polnischen Streitkräfte im Friedenseinsatz im Irak

Boguslav Pacek

Sunniten und Schiiten gemeinsam gegen Israel oder unüberwindbare Gegensätze?

Heino Matzken

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Synchronized Armed Forces Europe (SAFE)

Neue Entwicklungen und Ansätze für ein Europa der Verteidigung

von Hans-Gert Pöttering
mit einem Vorwort von Harald Kujat



ENTWURF: RICHARD ZEGMEIER

SAFE - ein Plädoyer für eine eigenständige sicherheitspolitische Identität Europas

Wenn der Präsident des Europäischen Parlaments eine Grundsatzdebatte über die europäischen Sicherheitsinteressen fordert, kann man davon ausgehen, dass er nicht nur seine persönliche Meinung, sondern die einer ganzen Reihe Abgeordneter äußert. Dr. Pöttering verbindet mit seiner Forderung bereits konkrete Vorschläge für eine eigenständige sicherheitspolitische Identität Europas und setzt damit eine längst überfällige Grundsatzdiskussion in Gang, die hoffentlich in den Mitgliedstaaten aufgenommen und fortgeführt wird. Der Präsident schlägt für diesen Prozess und die Struktur die Abkürzung SAFE (*Synchronized Armed Forces Europe*) vor.

Gerade in der gegenwärtigen geopolitischen Übergangsphase in Europa spricht viel für eine sicherheitspolitische Neuorientierung. Die tektonischen Platten, die das Ende des Kalten Krieges in Bewegung gesetzt hat, sind noch nicht zum Stillstand gekommen. Wo sie aufeinandertreffen, kommt es zu Eruptionen, die auch die sicherheitspolitischen Interessen

Europas berühren. Die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus, zerfallende Staaten, ethnische und religiöse Konflikte vor Europas Haustür, die Folgen des Klimawandels und der sich immer stärker abzeichnenden Energieverknappung werden Europa nicht unbeteiligt lassen. Die Globalisierung relativiert die traditionelle Bedeutung von Zeit und Raum und verringert die Distanz zu Entwicklungen außerhalb des europäischen sicherheitspolitischen Horizonts. Ihre Erweiterungspolitik sowie das neue, erweiterte Aufgabenspektrum bei nachlassender Bereitschaft der Mitgliedstaaten, die dafür benötigten Kräfte und Mittel bereitzustellen, haben die NATO in eine Identitätskrise geführt. Die USA verlieren weltweit an Einfluss, auch wenn sie die einzige Weltmacht mit der Fähigkeit zu globaler Machtprojektion sind. Mit China und Indien entstehen neue Machtzentren, und Russland ist auf dem Wege zu neuer politischer und militärischer Macht und dem Anspruch auf ein Mitspracherecht in internationalen Fragen.

Europa muss aus diesen Entwicklungen Schlussfolgerungen

für die eigene geopolitische Lage sowie die Herausforderungen und Risiken der Zukunft ziehen. Europa muss eine eigenständige sicherheitspolitische Identität entwickeln, will es auf Dauer seine sicherheitspolitischen Interessen wahren und die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger gewährleisten. Denn dass die europäischen Staaten die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur gemeinsam bestehen können, darüber herrscht inzwischen Konsens. Mit der bevorstehenden Rückkehr Frankreichs in die militärische Organisation der NATO ist gewährleistet, dass die Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit auf militärischem Gebiet nicht im Gegensatz zur Rolle der NATO steht. Im Gegenteil: Eine verbesserte Zusammenarbeit und wechselseitige Ergänzung wird beide Organisationen stärken.

Dr. Pöttering plädiert daher zu Recht für einen umfassenden sicherheitspolitischen Ansatz, der über die bekannte Europäische Sicherheitsstrategie hinausgeht. Dabei müsste am Anfang eine Definition der gemeinsamen europäischen Interessen stehen. Der Präsident nennt die Sicherheit der Nachbarländer, den Schutz der Außengrenzen und der kritischen Infrastrukturen, die Energiesicherheit und die Sicherheit der Seewege, den Schutz vor den Folgen des Klimawandels sowie den Schutz der Weltrauminteressen. Entscheidend für ein gemeinsames sicherheitspolitisches Handeln ist aber vor allem das Einvernehmen darüber, in welchem Rahmen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln diese Sicherheitsinteressen realisiert werden sollen. Ein Weißbuch zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung wäre zweifellos der richtige Ausgangspunkt auf dem Weg zu diesem Ziel.

Ein wichtiger Aspekt wäre in diesem Zusammenhang die Schaffung gemeinsamer, permanenter politischer und militärischer Strukturen in Ergänzung des EU-Militärausschusses, mit einem Rat der Verteidigungsminister und Planungs- und Führungsstrukturen, die geeignet sind, eine gemeinsame Streitkräfteplanung sowie eine operationelle Eventualfallplanung und die Einsatzführung von EU-Verbänden zu gewährleisten. Es geht nicht um die Duplizierung der NATO-Kommandostruktur, sondern um eine notwendige Ergänzung zur Umsetzung der gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU.

Darüber hinaus schlägt Dr. Pöttering vor, die kollektiven Anteile militärischer Einsätze aus dem Haushalt der EU zu finanzieren. Dies würde zu einer gerechteren Lastenteilung beitragen und die parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament erlauben. Ob die nationalen Parlamente bereit wären, die Entscheidungskompetenz über militärische Einsätze mit dem Europäischen Parlament zu teilen, darf allerdings bezweifelt werden. Immerhin würde eine anteilige Gemeinschaftsfinanzierung auch den Aufbau einer gemeinsamen Einsatzlogistik und die Bereitstellung strategischer Fähigkeiten erleichtern. So würde beispielsweise eine europäische strategische Aufklärungskapazität den politischen und parlamentarischen Entscheidungsprozess auch in den Hauptstädten erheblich beschleunigen, und eine gemeinsame strategische Verlegefähigkeit würde es der EU erlauben, in einer Krise frühzeitig und schnell zu handeln, mit der Folge erheblich größerer Erfolgsaussichten.

Schließlich ist Dr. Pöttering ausdrücklich zuzustimmen, wenn er für die Ausrüstung der europäischen Streitkräfte eine leistungsfähige Industrie mit einer technologischen Basis und einem europäischen Markt für Verteidigungsgüter fordert. Dabei dürfen wir aber die enge Zusammenarbeit mit der ame-

rikanischen Industrie und den transatlantischen wie innereuropäischen Technologietransfer nicht aus den Augen verlieren. Europa hat auf technologischem Gebiet eine Menge zu bieten. Es muss aber vor allem in der Politik das Verständnis dafür wachsen, dass Industrie und Verteidigung dem gleichen Zweck dienen und somit auf eine enge Zusammenarbeit angewiesen sind. Nur so können sie Voraussetzungen und Grundlagen für eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik schaffen, die den europäischen Sicherheitsinteressen insgesamt dient.

Ein europäisches Statut für Einsätze, das einheitliche Einsatzregeln, soziale Standards und eine gleich anspruchsvolle medizinische Versorgung festlegt, muss man wohl als ein Projekt für die fernere Zukunft bezeichnen, das nur schrittweise realisiert werden könnte. Die Soldaten bleiben ja der nationalen Rechtsprechung unterworfen, und die Einsatzregeln müssen diesem Umstand Rechnung tragen. Eine Angleichung der sozialen und medizinischen Standards, wenngleich zunächst noch Sache der einzelnen Staaten, wäre dagegen durchaus realisierbar. Ein Anfang sollte jedenfalls gemacht werden.

Die Vorschläge des Präsidenten des Europäischen Parlaments gehen über unverbindliche Empfehlungen, wie man sie sonst im Hinblick auf die europäische Sicherheitspolitik hört, weit hinaus. Im Prinzip geht es ihm darum, den Kern einer europäischen Armee zu schaffen. Den Nukleus könnte das *Eurokorps* bilden, ergänzt durch See- und Luftstreitkräfte. Dass dieser Vorschlag durchaus realistisch ist, unterstreicht die Erklärung des Vorsitzenden des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, Dr. von Wogau, der die deutsch-französische Brigade als ein Beispiel für Synchronisierung und Integrierung europäischer Streitkräfte bezeichnet und gefordert hat, die Brigade und das *Eurokorps* zum Kern einer engeren Integration europäischer Streitkräfte zu machen.

Die Idee des Präsidenten hat bereits Eingang gefunden in den Von Wogau-Bericht über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP, den das Europäische Parlament mit großer Mehrheit im Februar 2009 angenommen hat. Darin kommt die breite politische Unterstützung der sicherheitspolitischen Überlegungen von Dr. Pöttering zum Ausdruck, für die die Zeit reif ist. Es bleibt zu hoffen, dass dessen Implementierung nicht zu lange auf sich warten lässt. ■



Harald Kujat

Geb. 1942; General (a. D.) der Luftwaffe; von 2000-2002 war er der 13. Generalinspekteur der Bundeswehr; von 2002-2005 hatte er den Vorsitz des Militärausschusses der NATO inne.

Synchronized Armed Forces Europe (SAFE)

Neue Entwicklungen und Ansätze für ein Europa der Verteidigung

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle. Sie ist, meine Damen und Herren, notwendig für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit, für unser Dasein als Nation und als geistig schöpferische Völkergemeinschaft.“

(Konrad Adenauer im Deutschen Bundestag am 15.12.1954)

Hans-Gert Pöttering

Als die Wochenzeitung „Die Zeit“ kurz nach dem Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 einen Aufsatzwettbewerb über die Lage Berlins im Jahr 2000 ausschrieb, konnte die Mehrzahl der sich beteiligenden Wissenschaftler nicht voraussehen, was seit dem Jahr 1989 zur Realität wurde. Berlin kehrte in einem wiedervereinten demokratischen Deutschland und in einem sich friedlich vereinigenden Europa in seine Funktion als Hauptstadt Deutschlands zurück. Der heutige Leiter des Zukunftsforschungsinstituts „Gesellschaft und Technik“ der Daimler AG, Prof. Dr. Eckhard Minx, der damals noch als Student genau jene Entwicklung in seinem bei der „Zeit“ eingereichten Beitrag vorhergesagt hatte, musste sich damals von der Redaktion der Wochenzeitung sagen lassen, es könnten nur realistische und ernst gemeinte Beiträge veröffentlicht werden. Ähnlich erging es auch uns im Europäischen Parlament. So mussten wir uns nach der Gründung des Unterausschusses für Sicherheit und Abrüstung im Jahr 1984 immer wieder vorhalten lassen, dass Fragen der Sicherheitspolitik nun wirklich nichts mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu tun hätten und ergo auch nicht Thema parlamentarischer Behandlung sein könnten.

Heute, bald 20 Jahre nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs und nach der erfolgreich vollzogenen Wiedervereinigung unseres Kontinents, belächelt uns niemand mehr, wenn sich das Europäische Parlament zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik äußert.

Skizze einer künftigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten besteht mittlerweile ein überwältigender Konsens darüber, dass die europäischen Nationen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur gemeinsam bestehen können. Dies ist in vielen Politikfeldern bereits heute erreicht. Im Kernbereich staatlicher Souveränität, der Sicherheitspolitik, sind dagegen erst die Anfänge für gemeinsames Handeln begründet. Dabei steht Europa am Beginn des 21. Jahrhunderts gerade vor umfassenden sicherheitspolitischen Aufgaben.

Deshalb steht die Fortschreibung und Anpassung unserer auf dem Gipfel von Köln im Jahr 1999 festgeschriebenen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktuell auf der Ta-

gesordnung. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Bedrohung des freien Seehandels durch Piraten oder auch das militärische Handeln Russlands in Georgien haben uns klar vor Augen geführt, dass Europa sich auch künftig auf eine Reihe von sehr gefährlichen Herausforderungen einzustellen hat.

Diesen erfolgreich zu begegnen, setzt künftig eine stärkere europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit einschließlich der industriell-militärischen Basis voraus. Diese Basis kann allein durch die Summe nationaler Ressourcen nicht erreicht werden, wie uns die Realität immer wieder vor Augen führt.

Diese Sicht wird mittlerweile auch jenseits des Atlantiks und in den Hauptstädten Europas geteilt. Noch vor dem NATO-Gipfel von Bukarest im April 2008 wurde auf den Fluren in Brüssel gerne vom letzten „gefrorenen Konflikt“ gesprochen, wenn das Verhältnis zwischen NATO und der EU zur Sprache kam. Tatsächlich brachte der Frühlingsgipfel im April 2008 in Bukarest das lange überfällige Tauwetter im Verhältnis zwischen der EU und der NATO. Diese Neupositionierung kündigte sich bereits im Januar 2008 in einer Rede der damaligen amerikanischen Botschafterin bei der NATO, Victoria Nuland, an, in der sie u.a. ausführte:

„We agree with France on European defense. A European security and defense policy with only soft power is not enough. As we look to the French presidency of the EU this summer, we hope France will lead an effort to strengthen European defense spending and upgrade European military capabilities with badly needed investment.“

Zunehmend setzt sich aber nicht nur in den USA die Erkenntnis durch, dass die Förderung der ESVP im Interesse der USA und der Mitgliedsländer der EU ist. Denn nur wenn es Europa gelingt, durch gemeinsame synchronisierte Anstrengungen die Interoperabilität mit den Streitkräften der USA zu erhalten oder diese überhaupt erst wieder herzustellen, wird das Interesse der USA an der NATO langfristig erhalten bleiben können. Dies wird nur gelingen, wenn die EU selbst ernst zu nehmende verteidigungspolitische Anstrengungen unternimmt, damit eine in den USA gewünschte Aufgabenteilung zwischen der NATO und der EU gelingen kann. Denn die Stärke der NATO wird künftig maßgeblich durch die Anstrengungen der europäischen Mitgliedsländer der Allianz bestimmt werden. Um hier im Interesse der transatlantischen Beziehungen das Gewicht

der europäischen Partner zu vergrößern, verlangt es nicht nur einfach nach höheren Verteidigungsausgaben, sondern nach der intelligenteren Ausgabe der vorhandenen Mittel, nach mehr Synchronisierung und Kooperation innerhalb der EU, um für die vorhandenen Ressourcen schlagkräftigere, einsatzfähiger und effizientere Streitkräfte zu erhalten. Das Konzept der *Synchronized Armed Forces Europe* (SAFE) kann dabei wichtige Anregungen zur Erreichung dieses Ziels vermitteln. Die EU wird und will die NATO nicht ersetzen oder ablösen. Die NATO wird ihre Zuständigkeit für die europäische Territorialverteidigung behalten. Gleichwohl muss Europa Fähigkeiten erwerben, um eigenständig handeln zu können, wenn seine Sicherheitsinteressen bedroht sind.

Die angestrebte Rückkehr Frankreichs in die Nukleare Planungsgruppe und in den Verteidigungsplanungsausschuss der NATO sowie eine auf Kooperation angelegte sicherheitspolitische Zusammenarbeit sind die Zeichen der Zeit. Voraussetzung für die Erfolg versprechende Entwicklung einer europäischen Sicherheitsarchitektur ist das komplementäre und nicht konträre Verhältnis zwischen der EU und der NATO. Dies ist wesentlich, weil nur so die bisherigen Widersprüche aufgelöst werden können.

Diesen Zielen fühlte sich die gerade zu Ende gegangene französische Ratspräsidentschaft besonders verpflichtet. Frankreich hat dabei die Unterstützung von all jenen, die erkannt haben, dass die so genannte Friedensdividende der 1990er-Jahre nur von kurzer Dauer gewesen ist.

Die führende Rolle Frankreichs heute ist dabei umso bemerkenswerter und anerkennenswerter, weil 1954 Frankreich den in den anderen fünf Staaten der Gründerländer der EU ratifizierten Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht zur Abstimmung stellte, womit das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte. Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, hat in seinen Memoiren dazu gesagt: „Die größte Enttäuschung und der größte Rückschlag“ seiner Kanzlerschaft seien gewesen, dass die EVG, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, damals am Willen Frankreichs scheiterte. Stellen wir uns einmal vor, das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wäre damals gelungen. Um wie viel weiter wären wir heute mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Auch in London nimmt die Unterstützung für die Weiterentwicklung der ESVP zu. So hat der britische Außenminister David Miliband nur drei Wochen nach dem irischen Referendum im Sommer 2008 in einem ganzseitigen Namensartikel in einer angesehenen deutschen Tageszeitung festgestellt, dass der Nationalstaat die Bürgerinnen und Bürger heute nicht mehr vor globalen Gefahren schützen kann und dass wir dafür jetzt die EU benötigen. Minister Miliband identifiziert drei Bereiche, in denen der europäische Nationalstaat zu klein ist und die globalen Institutionen zu schwach sind, um die Bürger abzusichern. Diese sind der Klimawandel, die Bedrohung unserer Sicherheit von außen und die Verwirklichung des Binnenmarktes.

Der zivil-militärische sicherheitspolitische Ansatz der Europäischen Union

Wer den Sicherheitsbegriff im 21. Jahrhundert auf die militärische Sicherheit reduziert, wird bei der Lösung der komplexen Probleme scheitern. Deshalb ist der in der EU verfolgte zivil-militärische Ansatz ein wesentlicher Beitrag für eine zeitgemäße,

erfolgreiche und ergebnisorientierte Sicherheitspolitik.

Sicherheit umfasst das ganze Instrumentarium politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer sowie kultureller Möglichkeiten. Erfolgreiche Sicherheitspolitik beginnt mit politischer Kooperation, wozu der interkulturelle Dialog genauso wie die Förderung demokratischer Strukturen, aber auch der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels weltweit gehören. Aus diesem Grund fördert die EU z.B. die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Parlamenten und dem Pan-Afrikanischen Parlament. Dieses Pan-Afrikanische Parlament ist gegenwärtig eine mit dem Europäischen Parlament nicht vergleichbare Volksvertretung, aber doch eine Institution für den gesamten afrikanischen Kontinent. Die Förderung parlamentarischer Strukturen ist dabei ein Beitrag für eine umfassende Sicherheitspolitik, denn Demokratie ist ohne Parlamentarismus nicht denkbar. Wo es aber keinen Parlamentarismus gibt, entwickeln sich Diktaturen, und diese sind oft Ursache von Konflikten.

Dieser erweiterte zivil-militärische Sicherheitsbegriff bestimmt als sicherheitspolitische Leitidee unser auf Werten basierendes Handeln in der Welt. Diese Leitidee ist aus einer bewegten und wechselvollen europäischen Geschichte gewachsen. Unsere gemeinsame Grundlage ist das kulturelle Erbe, das in der griechischen Philosophie, dem römischen Recht, dem Judentum und Christentum, der Aufklärung und dem Humanismus wurzelt. Sie ist weit mehr als eine Anzahl gemeinsamer Institutionen und Regeln. Sie gründet auf der gemeinsamen Geschichte, einem gemeinsamen Werteverständnis - dessen Kern der Respekt vor der Menschenwürde bildet. Die EU formt daraus einen Rahmen, um im Sinne der Menschen und des friedlichen Zusammenlebens gemeinsam zu handeln - ein Rahmen, der uns die Möglichkeit zur Verwirklichung unserer Werte im täglichen Leben und in der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft bietet. Ihr liegen unsere zentralen Werte zugrunde: Freiheit, die in Europa mit dem Rechtsstaat und dem Demokratieprinzip geschützt wird, Solidarität, die mit dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft praktisch umgesetzt wird, und Gerechtigkeit, die seit den philosophischen Dialogen Platons unser Streben nach einer auf Ausgleich und Recht basierenden, zutiefst europäischen Idee beschreibt.

Der synchronisierte sicherheitspolitische Ansatz: Synchronized Armed Forces Europe (SAFE)

Ein erfolgreicher europäischer Beitrag zur weltweiten Sicherheit muss sich zusätzlich auch auf militärische Fähigkeiten abstützen können. Wir sollten uns daher fragen, was die EU noch mehr tun kann und muss, um die gewünschte handlungsfähigere EU im Bereich der Sicherheitspolitik zu erreichen. Die Antwort liegt letztlich nicht in der bloß vertieften Zusammenarbeit zwischen autonomen nationalen Armeen, sondern im Vergleich zu heute in einem Quantensprung bei gemeinsamer Führung, bei Ausrüstung und Einsatz.

Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, brauchen wir zwischen dem heutigen Zustand von zwar teilweise interoperablen aber noch rein national organisierten Streitkräften ein verbindendes Zwischenglied in die Zukunft. Diesem bis heute fehlenden Zwischenglied könnte man auch der positiven gedanklichen Verknüpfung und Einprägsamkeit wegen den Namen SAFE geben, eine Abkürzung für „Synchronized Armed Forces Europe“. SAFE kann auch jene mit in die Debatte über

die richtigen Schritte hin zu einer stärkeren Synchronisierung einbeziehen, die sich eine Europäische Armee nicht vorstellen können. Die *Synchronized Armed Forces Europe* lassen genügend Handlungsspielraum für neutrale und in Militärbündnissen eingebundene Mitgliedsländer, für jene, die bereits heute eine vertiefte Zusammenarbeit praktizieren und jene, die noch zurückstehen.

Hier gilt es, auch wegen der aktuellen Debatte in Irland über die Ratifikation des Reformvertrages von Lissabon, deutlich anzuführen, dass niemand gezwungen ist und niemand gezwungen werden darf, sich dem System der *Synchronized Armed Forces Europe* anzuschließen. Jedes Land bleibt völlig autonom und souverän in seiner Entscheidung, sich anzuschließen oder nicht anzuschließen. Diese Freiheit für die als Opt-in-Modell geplanten *Synchronized Armed Forces Europe* (SAFE) ist ein wesentlicher Garant für sein Gelingen.

Nur so kann die gewünschte vertiefte Zusammenarbeit gelingen. Denn Sicherheit und Verteidigung betreffen den Kernbereich nationaler Souveränität und sind mit großer Sensibilität zu behandeln. Um vorhersehbare Konflikte zu vermeiden, sollte das bereits erfolgreich beim Euro oder bei Schengen genutzte Verfahren gewählt werden. Wir benötigen einen für alle offenen Rahmen, der es auch den neutralen oder skeptischen Mitgliedsländern ermöglicht, sich an SAFE auf der Basis von Einzelfallentscheidungen zu beteiligen.

SAFE kann uns dabei helfen, bei der Weiterentwicklung hin zu integrierten europäischen Strukturen voranzukommen. Diese sollen zivile und militärische Fähigkeiten verbinden und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz in den Mitgliedsländern erreichen. Das Europäische Parlament ist dabei ein wesentlicher Partner und unterstützt die Mitgliedsländer und den Europäischen Rat bei dieser Aufgabe.

Konkrete Schlussfolgerungen aus den jüngsten Einsätzen

Die Liste konkreter Handlungsentscheidungen leitet sich zuallererst aus den in den jüngsten Einsätzen unter UNO-, EU- oder NATO-Mandat gesammelten Erfahrungen ab. Diese gilt es zu analysieren und die Schlussfolgerungen rasch in die Praxis einfließen zu lassen.

Übereinstimmend werden dabei von den Soldaten immer wieder einheitliche europäische Regeln für den Einsatz sowie eine gemeinsame Ausbildung im Vorfeld gemeinsamer Einsätze gefordert. Wer zusammen eingesetzt wird, muss auch gemeinsam ausgebildet werden. Dies könnte bereits heute in den *EU-Battle Groups* und im *Eurokorps* vorbildlich umgesetzt werden. Einerseits unternehmen die Mitgliedsländer gegenwärtig bereits Anstrengungen zur Standardisierung der *Battle Groups*. Dabei greifen sie natürlich auf Erfahrungen der NATO zurück. Andererseits bleiben die Mitgliedsländer bei all diesen Unternehmungen frei in der konkreten Ausgestaltung.

Unsere gemeinsam eingesetzten europäischen Soldatinnen und Soldaten erwarten jedoch zu Recht von ihren Dienstherren, und das sind gegenwärtig die Mitgliedsländer, und sie werden es für eine lange Zeit bleiben, dass Einsätze unter einem gemeinsamen Statut (SOP) durchgeführt werden. Denn nur dann können sich die europäischen Soldaten voll aufeinander verlassen, wenn Ausbildungsstand, Einsatzdoktrin und Handlungsfreiheit im Einsatz auf gleicher Ebene liegen. Ein gemeinsames Statut muss also Fragen der Pflichten und Rechte, der Einsatzregeln

und sozialen Standards genauso wie des Qualitätsniveaus für die Ausrüstung, der medizinischen Versorgung und auch der sozialen Absicherung im Falle von Tod, Verwundung und Dienstunfähigkeit für die Soldaten und ihre Angehörigen festschreiben. Unsere Soldaten empfinden diese heute noch praktizierte Ungleichbehandlung im Einsatz als Belastung. Das Europäische Parlament sollte hier seine Stimme erheben und als wesentliche konkrete Maßnahme die Mitgliedsländer zur Schaffung eines Europäischen Soldatenstatuts für den gemeinsamen Einsatz auffordern.

Die SAFE sollten darüber hinaus schrittweise nach dem Prinzip einer europaweiten Arbeitsteilung aufgebaut werden. Nur so können über Synergieeffekte jene gemeinsamen Fähigkeiten entstehen, die die unvollkommene Abdeckung aller Fähigkeiten in den Mitgliedsländern niemals mit sich bringen wird. Aus dieser Einsicht wäre es sinnvoll, die Öffnung militärischer Laufbahnen in den nationalen Streitkräften für alle Europäer aus den Mitgliedsländern bereits heute zu ermöglichen. Die verständlicherweise nötige Beherrschung einer Einsatzsprache sollte für diese Öffnung jedenfalls kein unüberwindbares Hindernis sein. Künftig sollte ein Este die Möglichkeit erhalten, bei den französischen Gebirgsjägern zu dienen, oder ein Slowene, bei der spanischen Luftwaffe zu fliegen. Diese Öffnungsklausel hätte übrigens auch den Vorteil, dass die durch sinkende Geburtenjahrgänge härter werdende Konkurrenz um geeignete Talente leichter zu bestehen sein wird.

Bereits heute gibt es Entwicklungen in diese Richtung. So haben die niederländischen und deutschen Streitkräfte kürzlich vereinbart, dass Reservisten ihren Reservedienst auch in der jeweils anderen Armee ableisten können. Die belgischen Streitkräfte stehen bereits heute Soldaten aus allen Mitgliedsländern der EU offen und sind damit Modell für alle 27 Armeen in der EU.

In diesem Zusammenhang könnte auch das durch die französische Ratspräsidentschaft vorgeschlagene institutionelle Austauschprogramm für Berufssoldaten (*Erasmus militaire*) den Austausch zwischen unseren Streitkräften intensivieren und so eine neue Tragweite entwickeln.

Neue Fähigkeiten und ein neuer Geist Die neue industriell-technische Basis

Das Europäische Parlament hat nunmehr gemeinsam mit dem Rat erfolgreich zwei Richtlinien zur Vergabe und Verbringung von Rüstungsgütern beschlossen, die einen weitreichenden Beitrag zur Weiterentwicklung des technologischen und industriellen Fundaments der ESVP darstellen. Die beiden Richtlinien gehörten zur Priorität der französischen Ratspräsidentschaft und werden zu einem bis heute noch nicht existenten gemeinsamen Rüstungsmarkt und damit auch zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie sowie zur Eindämmung von Verdoppelungen und ineffizientem Ressourcenverbrauch beitragen. Dies liegt in unserem gemeinsamen Interesse in der EU.

Erst die in der neuen Verbringungsrichtlinie geregelten Genehmigungsverfahren für die Verbringung von Rüstungsgütern von einem Mitgliedsland in ein anderes stellen zusammen mit der binnenmarktkonformen Ausschreibung von Rüstungsprojekten sicher, dass die geforderten Ziele erreicht werden. Denn bis heute ist es leider gängige Praxis, die nationalen Rüstungsmärkte vom Wettbewerb abzuschotten.

Laut Statistik haben die EU-15 im Zeitraum zwischen 2000 und 2004, also vor der Erweiterung, nur 13% aller Verträge über Verteidigungsgüter im Amtsblatt der EU ausgeschrieben, wobei der Unterschied zwischen 2% (in Deutschland) und 24% (in Frankreich) liegt. Insgesamt werden auf dem europäischen Rüstungsmarkt jährlich Güter und Dienstleistungen im Wert von ca. 91 Mrd. EUR beschafft. Freistellungen, die dem Gemeinschaftsrecht zufolge die Ausnahme darstellen sollen, bilden in der Praxis leider die Regel. Die neuen Richtlinien sollen dies vom Regelfall zur Ausnahme verändern.

Denn die bis heute praktizierte Vorgehensweise der Mitgliedstaaten widerspricht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, der festgestellt hat, dass die Heranziehung von Artikel 296 EGV auf begrenzte und begründete Ausnahmefälle beschränkt bleiben soll. Auch deshalb ist es unser erklärtes Ziel, einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen zu schaffen, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, Gemeinschaftsrecht anzuwenden, ohne ihre Sicherheitsinteressen zu gefährden. Damit kommen wir unserem Hauptziel - mehr Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger zu garantieren - wieder einen Schritt näher. Künftig wollen und müssen wir die vorhandenen Ressourcen intelligenter nutzen, wozu uns die knappen Verteidigungshaushalte und die gleichzeitig wachsenden finanziellen Belastungen immer stärker zwingen. Denn eine Abschottung des Marktes hat negative ökonomische Auswirkungen. Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

Die Ausgaben im Verteidigungsbereich wurden in den letzten 20 Jahren aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen um die Hälfte gekürzt. Sinkende Rüstungsausgaben führten zu einem Rückgang bei den Umsätzen und den Beschäftigungszahlen sowie zu einem Investitionsrückgang in den Bereichen Forschung und Technologie. Mit einem Anstieg der Verteidigungsausgaben ist vorläufig, wenn wir realistisch sind, nicht zu rechnen. Im Einzelnen stellen sich die Ausgaben wie folgt dar:

Im Jahre 2006 betragen die Ausgaben der EU-26 - Dänemark beteiligt sich nicht an der ESVP - im Verteidigungsbereich 201 Mrd. EUR. Dabei liegen die Ausgaben zwischen 35 Mio. EUR in Malta und 47 Mrd. EUR in Großbritannien.

Vergleicht man diese Zahlen mit den Ausgaben der USA, so ergibt sich folgendes Bild: Die USA gaben im Jahre 2006 insgesamt 491 Mrd. EUR für die Verteidigung aus. Betrachtet man nun die Rüstungsprogramme, stehen 29 amerikanische Projekte 89 Programmen in den Mitgliedsländern der EU gegenüber. Bei einem nicht einmal halb so großen Gesamtetat „leistet“ sich die EU dreimal mehr Rüstungsprogramme als die USA.

Und dabei sind die Entwicklungskosten für neue Waffensysteme in derartiger Weise angestiegen, dass es selbst großen Mitgliedsländern schwer fällt, diese finanziellen Lasten zu tragen.

Neue Streitkräftestrukturen seit dem Ende des Kalten Krieges haben zu geringeren Stückzahlen für traditionelles Gerät sowie zu gestiegenen qualitativen Anforderungen geführt. Dies hängt auch mit dem sich verändernden Aufgaben- und Einsatzspektrum zusammen.

Unser Ziel ist es daher, eine größtmögliche Kosteneffizienz zu erreichen, also Kosten zu sparen, was den nationalen Haushalten und der Industrie zugute kommt und nicht zuletzt unsere Streitkräfte so mit bestmöglichem Material versorgen soll. Eine künftig stärker vereinheitlichte Ausrüstung der europäischen Streitkräfte stellt in einem erwünschten Nebeneffekt auch das

Maß an Interoperabilität her, das heute durch die verschiedenen benutzten Waffensysteme und Ausrüstungen weder innerhalb der NATO noch zwischen den Streitkräften der EU-Mitgliedsländer gegeben ist.

Wir können es auch so zusammenfassen: Die Schaffung einer ESVP erfordert den Aufbau von ausreichenden Kapazitäten, wofür eine leistungsfähige europäische Industrie notwendig ist. Dazu soll der Aufbau einer europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis und eines europäischen Marktes für Verteidigungsgüter beitragen. Nur beides zusammen liefert die erforderlichen Fähigkeiten, um die globalen Verteidigungsaufgaben und die neuen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit zu bewältigen.

Dass in den beiden Richtlinien Lösungen für die kontroversen Fragen der Reziprozität und hier insbesondere die Ausgestaltung der Beziehungen zu den USA sowie die des Verbots von „Offsets“ gefunden wurden, verleiht ihnen eine größere Praxistauglichkeit. Diese nunmehr illegalen Kompensationsgeschäfte werden künftig deutlich erschwert und tragen dazu bei, dass kleine und mittlere Unternehmen einen leichteren Marktzugang erhalten.

Wir sollten nicht vergessen, dass wir Partner und Freunde Amerikas sind, aber wir wollen auch wirkliche Partnerschaft. Wir hoffen alle, dass es mit dem neuen Präsidenten Barack Obama gelingt, eine wirkliche Partnerschaft zu entwickeln, und zwar in allen Bereichen der Politik, gleich ob es nun die Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik oder die wichtigen Finanzfragen betrifft oder ob es um den Kampf gegen den Klimawandel geht: Wir erwarten von der neuen amerikanischen Regierung Antworten auf diese wichtigen Fragen. Darunter sind auch jene Fragen, die sich nach der überraschenden Neuausschreibung für die Anschaffung von Tankflugzeugen für die US-amerikanischen Streitkräfte ergeben haben. So wie die USA ihre Interessen vertreten, was legitim ist, müssen wir als Europäer auch unsere Interessen vertreten, was ebenso legitim ist. Künftig müssen wir zu einem fairen Interessenausgleich auf der Grundlage echter Partnerschaft kommen. Das erreichen wir nur, wenn wir Europäer uns zunächst einig sind, wenn wir handlungsfähig sind, wenn wir stark sind, wenn wir eine gemeinsame Position einnehmen.

Der Anwendungsbereich der Richtlinie deckt dabei nicht nur den Verteidigungssektor ab, sondern auch sensible Produkte und Dienstleistungen des zivilen Sicherheitsmarktes. Dabei beträgt der Auftragswert, ab dem Aufträge europaweit ausgeschrieben werden müssen, künftig 412.000 EUR für Liefer- und Dienstleistungsaufträge und 5.150.000 EUR für Bauaufträge.

Ein weiteres Instrument zur Erreichung unseres Ziels ist die Europäische Verteidigungsagentur. Wir sollten dieses Instrument in der Zukunft noch wirkungsvoller nutzen, um einen europäischen Rüstungsmarkt zu etablieren, der eine größere Kosteneffizienz erreicht, die den nationalen Haushalten und der Industrie zugute kommt und nicht zuletzt die Streitkräfte mit dem bestmöglichen Material versorgen soll.

Der Neue Geist

Die Frage nach europäischen Interessen

Während mit den beiden Richtlinien zur Herstellung und Verbringung von Rüstungsgütern und einer stärkeren Nutzung der Europäischen Rüstungsagentur die industriellen Fähigkeiten nachhaltig gestärkt werden und damit die europäischen

sicherheitspolitischen Fähigkeiten deutlich zunehmen werden, benötigen wir für eine zeitgemäße und lösungsorientierte künftige Sicherheitspolitik einen umfassenden sicherheitspolitischen Ansatz, der über die bekannte Europäische Sicherheitsstrategie hinausgeht.

Dabei könnte es hilfreich sein, wenn sich neben dem Rat der Außenminister bald auch ein Rat der Verteidigungsminister etablierte. Im Moment werden sicherheitspolitische Fragen im Rat als Unterpunkte unter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verhandelt. In der Entschließung des Europäischen Parlaments über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie im Kontext der ESVP haben wir bereits im Jahr 2006 u.a. gefordert, dass sich die EU in einem Prozess des Aufbaus einer Union der Verteidigung und Sicherheit befindet, die sowohl die äußere Sicherheit als auch verschiedene Aspekte der inneren Sicherheit und der Bewältigung von Naturkatastrophen leisten können muss. Deshalb sollte die institutionelle Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen im Rat rasch umgesetzt werden.

Die Sicherheitsinteressen des 21. Jahrhunderts sind mehr als die Summe von 27 Sicherheitsinteressen der Mitgliedsländer der EU. Wir sollten möglichst umfassend und möglichst rasch mit einer Grundsatzdebatte über die europäischen Sicherheitsinteressen beginnen. Erst wenn es uns gelingt, klare Vorstellungen von unseren gemeinsamen Interessen zu entwickeln, kann daraus eine kohärente und effektive Politik entwickelt werden. Die sicherheitspolitischen Interessen der EU sollten die Sicherheit unserer Nachbarländer, den Schutz unserer Außengrenzen und unserer kritischen Infrastrukturen, die Energiesicherheit und die Sicherheit der Seewege, den Schutz vor den Folgen des Klimawandels sowie den Schutz unserer Weltraumressourcen beinhalten. Darüber hinaus können wir einer Beantwortung der Frage, welche Rolle die EU in der Welt spielen will, nicht ausweichen. Dabei besteht ein Konsens darin, dass die EU nicht versuchen sollte, eine Supermacht wie die USA zu werden, sondern vielmehr ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Nachbarn dadurch gewährleistet, dass sie zu einem multilateralen System der weltweiten Sicherheit beiträgt.

Es wäre wünschenswert, wenn diese Debatte alsbald in ein Weißbuch über die Europäische Sicherheit und Verteidigung münden würde. Dies wäre ein weiterer Markstein in der Entwicklung einer zeitgemäßen ESVP.

Die stärkere finanzielle Beteiligung der EU in der Sicherheitspolitik

Ein anderer Markstein hängt mit der angemessenen finanziellen Ausstattung für Maßnahmen der ESVP zusammen. Die EU benötigt angemessene Mittel zur Umsetzung ihrer Politik. Die Ausgaben für Friedenseinsätze müssen aber auch demokratisch kontrolliert werden. Es wäre zu begrüßen, wenn sämtliche Ausgaben für Einsätze im Rahmen von ESVP-Missionen vom Europäischen Parlament kontrolliert werden könnten. Bisher werden nur die Mittel für den zivilen Anteil bei ESVP-Missionen über den EU-Haushalt finanziert, während die militärischen Einsätze nach einem Umlageverfahren (ATHENA) durch die Mitgliedstaaten finanziert werden. Dieses Verfahren ist ungerecht. Es belastet in erster Linie diejenigen zusätzlich, die einen Beitrag bereits dadurch leisten, dass sie Truppen zur Verfügung stellen. Auch aus diesem Grunde und im Interesse einer effektiven parlamentarischen Kontrolle sollte die Finanzierung

der gemeinschaftlich durchgeführten Einsätze im Rahmen der ESVP auch in den regulären Haushalt der EU eingestellt werden. Und auch hier könnte die Opt-out-Methode, wie mit Dänemark bereits praktiziert, Anwendung finden.

Eine Finanzierung über den Haushalt der EU würde darüber hinaus zu einer Stärkung der ESVP führen, weil wir durch das Vermeiden komplizierter Geberkonferenzen schneller unseren internationalen Verpflichtungen nachkommen könnten. Ein weiterer positiver Aspekt der Finanzierung aus dem Haushalt der EU wäre die wünschenswerte einheitliche Bezahlung der eingesetzten zivilen und militärischen Kräfte. Ein einheitliches Entlohnungsniveau würde der heute noch bestehenden finanziellen Ungleichbehandlung entgegenwirken. Und durch die Mitfinanzierung von medizinischer Versorgung, Logistik, Ausrüstung und sozialer Absicherung könnten die heute im Einsatz immer noch bestehenden Ungleichheiten rascher behoben werden.

Die EU sollte ihre Fähigkeiten auf der Grundlage des Planziels von Helsinki weiter ausbauen und sich mit den Mitgliedsländern darauf verständigen, eine Truppe von 60.000 Soldaten zur ständigen Verfügung zu haben. Das *Eurokorps* könnte, ergänzt durch See- und Luftkapazitäten, den Kern dieses Verbandes bilden.

Eine weitere wesentliche Frage betrifft Europas Zusammenarbeit im Weltraum. Kein Mitgliedsland der EU kann im 21. Jahrhundert die notwendigen Mittel alleine aufwenden, um die unverzichtbaren Fähigkeiten zu finanzieren. Deshalb sollte in diesem für die Zukunft unserer EU wesentlichen Aufgabenbereich eine Finanzierung über den Haushalt der EU nicht ausgeschlossen werden. Mit dem *Galileo*-Projekt sind wir hier bereits einen Schritt in diese Richtung gegangen. Fragen sollten wir uns allerdings, ob wir nicht auch das Vorhalten europäischer Fähigkeiten für Aufklärung, Kommunikation und Orientierung zur Unterstützung von militärischen und zivilen Operationen sowie zur Grenzsicherung, zur Verkehrssteuerung und für den Umweltschutz aus Gemeinschaftsmitteln finanzieren sollten. Das ist eine Frage, die bedeutsam ist für die nächste finanzielle Vorausschau für die Jahre 2013-2020. Hier können die Haushaltspolitiker mit den Verteidigungspolitikern in einem umfassenden guten Sinne zusammenarbeiten. Denn nur so ließe sich der Zugang aller Mitgliedsländer zu jenen Informationen erreichen, die heute nur Ländern mit eigenen Satelliten zur Verfügung stehen.

Die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten und die künftige Rolle des Europäischen Parlaments

Die Herausforderungen auf dem Weg zu einem Europa der Verteidigung sind vielfältig. Für das Europäische Parlament sind dabei die Fragen über die Einsatzentscheidung und demokratischen Legitimation von ganz besonderer Bedeutung. Diese Fragen müssen noch geklärt werden. Hier sind größtmögliche Flexibilität und Entscheidungskompetenz in Krisensituationen mit umfassender demokratischer Kontrolle und öffentlicher Informationspflicht institutionell zu verbinden. Das Europäische Parlament sollte deshalb zusammen mit den nationalen Parlamenten an der Entscheidungskompetenz über militärische Einsätze mitbeteiligt werden. Wir alle wissen, dass dies ein schrittweiser Prozess ist. Die Hauptverantwortung für den Einsatz von Soldaten wird naturgegeben niemals im Widerspruch zu den jeweils nationalen Parlamenten geregelt werden können. Aber wir müssen

eine Formel finden, wie das Europäische Parlament in einem umfassenden Sinn in diese Fragen eingebunden wird. Denn nur als Parlamentsarmee kann das Projekt SAFE konsensfähig und politisch handhabbar gelingen.

Wir dürfen dabei niemals aus dem Auge verlieren, dass die Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik immer unseren europäischen Werten dienen muss. Die Wahrung unserer Identität auf europäischer und internationaler Ebene beruht *„auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit“*, wie es im EU-Vertrag festgeschrieben ist. Diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam und bilden auch die Basis für das Handeln der EU heute und in der Zukunft.

Wir dürfen uns durch diese vielen objektiv schwierigen Fragen nicht von der Erreichung unseres Zieles abschrecken lassen. Die Sicherheit für Europa zu wahren und die Sicherheit in der Welt zu fördern sind es wert, sich diesen Aufgaben zu stellen. Denn das Neue, das kommt, bewusst zu gestalten, ist besser, als unbeweglich am Überlebten festzuhalten. ■



Hans-Gert Pöttering, Dr. phil.

Geb. 1945; Mitglied des Europäischen Parlaments seit der ersten Direktwahl 1979; 1984-1994 1. Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Abrüstung; seit 2007 Präsident des Europäischen Parlaments. Zahlreiche sicherheitspolitische Publikationen; zuletzt: *Von der Vision zur Wirklichkeit. Auf dem Weg zur Einigung Europas* (Bonn 2004); *Die Zukunft Europas. Unsere Werte und Herausforderungen*. (Auswahl der Reden; Brüssel, 2006).

Russlands Militär- und Sicherheitspolitik unter Putin und Medwedjew

Hannes Adomeit

Sechs Jahre nach seinem Amtsantritt als Präsident stellte Wladimir Putin fest, eine moderne Struktur für die Streitkräfte sei geschaffen worden, die konventionellen Streitkräfte erhielten neue Waffen und Ausrüstung, neue Schiffe praktisch aller Typen würden gebaut, die land- und seegestützten nuklearstrategischen Systeme würden modernisiert und mit einzigartigen Präzisionswaffen ausgerüstet, die Übungstätigkeit habe sich verstärkt, und jedes Jahr würden mehr Mittel für Verteidigung und nationale Sicherheit bereitgestellt. Aufgrund dieser angeblich dramatischen Veränderungen habe sich die Einsatzfähigkeit und Kampfmoral der Streitkräfte erheblich verbessert.¹⁾

Als ob die von Putin behaupteten Verbesserungen im Militärwesen dafür die Basis lieferten, waren die letzten fünfzehn Monate seiner achtjährigen Amtszeit und das erste Jahr der Politik seines Nachfolgers, Dmitrij Medwedjew, von einer ganzen Reihe, zum Teil dramatischer und Aufsehen erregender militär- und sicherheitspolitischer Schritte gekennzeichnet. Ein wichtiger Ausgangspunkt war die vielerorts als „dramatisch“ bezeichnete Rede Putins auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 10. Februar 2007. Der russische Präsident griff dort die Politik der USA und der NATO scharf an. Unter anderem kritisierte er die Osterweiterung der NATO, die Diskussion über eine Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens in der westlichen Allianz, die Pläne der USA, Teile ihres nationalen strategischen Abwehrsystems in Polen und Tschechien aufzubauen, und die von den NATO-Staaten unterlassene Ratifizierung des Anpassungsabkommens zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE).

In der Folgezeit wurde Putins Kritik mit Drohungen unterfüttert: Der Kreml und seine Generale warnten, Russland könnte als „Gegenmaßnahme“ zum Aufbau von Komponenten der amerikanischen Raketenabwehr in Polen und Tschechien Mittel- und Kurzstreckenraketen im Gebiet Kaliningrad und in Belarus stationieren und zu diesem Zweck die Produktion von Mittelstreckenwaffen wieder aufnehmen. Letztere Maßnahme würde bedeuten, dass Russland aus dem sowjetisch-amerikanischen Vertrag zur vollständigen Beseitigung nuklearer Mittelstreckenwaffen (INF-Vertrag) aussteigt. Im Dezember 2007 setzte Moskau ein „Moratorium“ zur Ausführung des KSE-Vertrags in Kraft und eröffnete sich somit zumindest theoretisch die Möglichkeit, konventionelle Truppen in beliebiger Höhe in Europa zu dislozieren.

Wiederum als Reaktion auf angebliche oder tatsächliche Veränderungen des militärischen Kräftegleichgewichts ist Russland dabei, sein nuklearstrategisches Potenzial zu modernisieren. Es hat Testserien der letzten Version der neuesten russischen Interkontinentalrakete, der *RS-24 Topol-M*, und der seegestützten ballistischen Rakete *Bulawa* durchgeführt,

die beide (geschätzt) bis zu sechs nukleare Sprengköpfe tragen können. Letzteres System ist für die neue Generation nuklearstrategischer U-Boote der *Borej*-Klasse bestimmt, von denen bis 2015 acht gebaut werden sollen.²⁾ Die strategische Bomberflotte hat einer Anordnung Putins zufolge ab August 2007 die 1992 nach dem Kalten Krieg eingestellten Langstreckenflüge über atlantische und pazifische Seegebiete in Richtung USA wieder aufgenommen.

Zudem strebt Russland erneut die Fähigkeit zur Projektion militärischer Macht an, wie sie in der Sowjetära bestand. Es sei „notwendig“, so Putin, unsere militärischen Positionen auch „auf Kuba und in anderen Ländern wiederherzustellen“.³⁾ Diesem Ziel entsprechen unter anderem Pläne der Marineführung, die Kriegsflotte mit bis zu sechs neuen Flugzeugträgern und Begleitschiffen auszurüsten.⁴⁾ Der militärischen Machtdemonstration dienten auch die umfangreichen Militärmanöver der Schanghai-Organisation für Sicherheit (SOZ) in der Nähe von Tscheljabinsk im Ural-Gebirge im August 2007 und der russischen Streitkräfte im Nordkaukasus im Juli des darauffolgenden Jahres sowie Seemanöver von Einheiten der russischen Nordmeerflotte unter Führung des Raketenkreuzers *Pjotr Welikij* (Peter der Große) mit der venezolanischen Marine in der Karibik im November 2008.

Den militärischen Machtdemonstrationen folgte schließlich die Anwendung militärischer Gewalt im August 2008 in Form der massiven Intervention russischer Boden- und Luftlandtruppen sowie militärischer Spezialeinheiten in Südossetien, Abchasien und im georgischen „Kernland“ bis 55 km vor Tiflis, von Luftangriffen auf Truppen und militärische Infrastruktur in Georgien, der Seeblockade des georgischen Hafens Poti durch Einheiten der russischen Schwarzmeerflotte und der Landung von Marineeinheiten in Otschamtschire in Abchasien und in Poti.

Diese Entwicklungen werfen wichtige Fragen auf: Ist der seit langem sichtbare Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, „Großmacht“-Rhetorik und tatsächlichen Fähigkeiten sowie zwischen Zielen und verfügbaren Mitteln nun beseitigt? Wie dramatisch sind die von Putin behaupteten Veränderungen im Militärwesen tatsächlich? Wie sieht der Strukturwandel der Streitkräfte wirklich aus? Wie weit ist der Modernisierungsgrad der konventionellen und nuklearstrategischen Streitkräfte fortgeschritten? Trifft es zu, dass ihre Einsatzfähigkeit verbessert und ihre Kampfmoral gestärkt worden ist? In welchem Maße sind den Streitkräften die enormen Einnahmen aus den hohen Öl- und Gaspreisen bis Herbst 2008 zugute gekommen? Und schließlich, wenn der Krieg in Georgien als Testfall für die behaupteten Veränderungen von Streitkräftestruktur, Einsatzgrundsätzen und Ausrüstung gelten kann, wie ist dieser ausgefallen? Ist der behauptete Wandel dort sichtbar geworden, oder aber hat er weiter bestehende Schwächen offenbart?

Nachfolgend werden die wichtigsten militär- und sicherheitspolitischen Programme, Pläne und Maßnahmen der letzten zwei Jahre dargestellt und daraufhin überprüft, inwieweit sie tatsächlich ausgeführt worden sind und, falls ja, welche Bedeutung ihnen zukommt. Zuerst werden die geplanten und erreichten Veränderungen bei Struktur, Personalstärke, Ausbildung, Moral, Modernisierungsgrad und Finanzierung der Streitkräfte und danach die vermutlichen Auswirkungen auf die russische Außen- und Sicherheitspolitik behandelt.⁵⁾

Strukturveränderungen und Personalstärke der Streitkräfte

Die russischen Streitkräfte zeichneten sich durch ein hohes Maß an Professionalität und Mobilität aus, stellte Putin nach sechs Jahren als Präsident fest. Er behauptete, dass die dafür notwendigen Truppenreduzierungen schon erfolgt seien und dass nun „bei der Anzahl der Streitkräfte ein Optimum von einer Million Mann“ angestrebt werde. Das militärische Kommando- und Mobilisierungssystem solle noch weiter verbessert werden. Bis zum Jahre 2011 sollten die konventionellen Streitkräfte über 600 einsatzfähige Einheiten verfügen, wobei der Schwerpunkt auf Einheiten der Luftwaffe, Luftverteidigung und Kommunikation sowie der radioelektronischen Aufklärung und Kriegführung gelegt werden sollte. Dies würde es Russland ermöglichen, bei Bedarf mobile und operativ eigenständige Einheiten schnell in Konfliktgebiete zu verlegen. Zeit- und Berufssoldaten (*kontraktniki*) sollten das Rückgrat dieser mobilen Einheiten bilden. Bereits im Jahre 2008 sollten diese Soldaten zwei Drittel der Streitkräfte insgesamt ausmachen.

Aus derartigen Plänen ist nichts geworden. Es hat einige Reorganisationen gegeben, die aber eher den Eindruck kosmetischer Operationen erwecken, statt grundlegenden Wandel herbeizuführen. Verschiedene Male wurden Veränderungen, die eingeführt worden waren, wieder rückgängig gemacht. Die russische Armee ist immer noch an der Vision eines „großmaßstäblichen“ Krieges (*krupnomasshtabnaja wojna*) ausgerichtet, die im starren Festhalten auch des Verteidigungsministers, Anatolij Serdjukow, an einer Massenarmee mit 1 Mio. Mann allein in den Streitkräften des Verteidigungsministeriums bis mindestens 2012 ihren Ausdruck findet. Dagegen haben regierungsunabhängige Militärexperten immer wieder darauf hingewiesen, die zentrale Aufgabe einer umfassenden Umstrukturierung der Streitkräfte müsse darin bestehen, die Konsequenzen aus dem Ende des Kalten Krieges und der verringerten Wahrscheinlichkeit eines großen konventionellen Krieges zu ziehen und sowohl konzeptionell als auch organisatorisch auf neue Bedrohungen und Herausforderungen aus dem Süden und Osten zu reagieren.

Eines der herausragenden Konzepte dieser Art war der Vorschlag des ehemaligen Kommandeurs der Luftlandtruppen, Generaloberst Georgij Schpak, als Alternative zu der auf der Wehrpflicht beruhenden Massenarmee 200.000 Mann starke mobile Einsatzkräfte zu schaffen, die, auf der Basis der Luftlandtruppen entwickelt, ausschließlich aus Zeit- und Berufssoldaten bestehen sollten. Zusätzlich zu den Luftlandtruppen sollten die mobilen Einsatzkräfte Teile der Landstreitkräfte, der Luftwaffe, der Marine und der Flugabwehr sowie logistische und medizinische Einheiten umfassen. Die Einsatzkräfte sollten fähig sein, innerhalb kurzer Frist auf Bedrohungen entlang den russischen Grenzen zu reagieren.⁶⁾

Wie aber die russische Militärintervention in Georgien im August 2008 offenbarte, gab es weder bei der Struktur der Streitkräfte noch bei den militärischen Einsatzgrundsätzen und der Ausrüstung grundlegende Veränderungen im Vergleich zu der Sowjetära. Der russische Generalstabschef, General Nikolaj Makarow, räumte ein, die Militärintervention in Georgien habe „eine Reihe von *ernsten Mängeln offen gelegt*“.⁷⁾ (Diese werden nachfolgend behandelt.) Generell sind die folgenden Defizite erkennbar:

- Eine einheitliche Militärstruktur und Führung wurde nicht geschaffen. Das betrifft auch die nuklearstrategischen Kräfte. So sind Pläne gescheitert, die see-, land- und luftgestützten Komponenten der nuklearstrategischen Kräfte zusammenzufassen und einem neu zu bildenden Vereinigten Oberkommando der Strategischen Abschreckungskräfte zu unterstellen.

- Die Umstrukturierung der „anderen“ Truppen, insbesondere der Truppen des Innenministeriums, ist nicht vorangekommen. Der Widerstand dieser militärischen Formationen gegen Kürzungen und organisatorische Veränderungen konnte nicht gebrochen werden. Der Wirrwarr von Streitkräften und Sondertruppen mit ihren vielfältigen Aufgabenüberschneidungen besteht weiter.

- Putins Bemühen, mithilfe der Ernennung von Sergej Iwanow zum Verteidigungsminister im April 2001, dem ersten Zivilisten auf diesem Posten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, größere Kontrolle über den mächtigen, aber reformresistenten Generalstab zu gewinnen, stellte sich als nicht erfolgreich heraus. Dies traf auch für die im Juni 2004 per Gesetz verfügte drastische Beschränkung der Rolle des Generalstabs zu. An der herausragenden Rolle dieses Führungsorgans änderte sich in der Praxis nichts.

- Die sechs Militärbezirke stellen immer noch eine ineffiziente und neuen Herausforderungen nicht entsprechende Struktur dar. Diese Organe bleiben praktisch sechs regionale Verteidigungsministerien, die sich immer noch an dem Ziel ausrichten, umfangreiche Mobilisierungsmaßnahmen durchführen zu können.

- Die Truppenstärke von Ende 2008 in Höhe von 1,13 Mio. Mann und die Planungen, diese bis 2012 auf eine Million zu reduzieren, stellen ein klares Scheitern der im Sommer und Herbst 2000 vom Nationalen Sicherheitsrat unter Vorsitz Putins gefassten Beschlüsse dar, denen zufolge die Personalstärke („Soll“-Stärke) der Streitkräfte im Zeitraum von 2001 bis 2005 um 365.000 Mann auf 835.000 verringert und 240.000 Offiziere entlassen werden sollten, davon 30% mit höheren Dienstgraden (Oberst, Oberstleutnant, Major) und 380 der damals 1.400 (!) Generale. Die Kürzungen bei den „anderen Truppen“ sollten nach den damaligen Beschlüssen 105.000 Mann betragen. Die Anzahl der Zivilbeschäftigten in den bewaffneten Kräften sollte um 130.000 reduziert werden. Diese Reduzierungspläne sind nicht ausgeführt worden. Es sind entweder überhaupt keine oder nur wenige Dienstposten gestrichen worden. Die Anzahl der Planstellen bei allen bewaffneten Kräften liegt auch heute noch bei fast zwei Millionen und die der zivilen Dienstposten bei einer Million, wobei die meisten der Letzteren beim Verteidigungsministerium angesiedelt sind und ihre Inhaber oft militärische Aufgaben wahrnehmen. Rechnet man zu diesen Zahlen die mehr als eine Million Mann der ebenfalls dem Innenministerium (MVD) unterstellten Polizeieinheiten und die paramilitärischen Sondereinheiten der Polizei (OMON) hinzu, beträgt das „Heer“ der Streitkräfte, Sondertruppen und Sicher-

heitskräfte sowie der in diesen militärischen, paramilitärischen und polizeilichen Formationen tätigen Zivilbeschäftigten rund vier Millionen Dienstposten.

- Ein Unteroffizierskorps, das wie in westlichen Staaten zentrale Aufgaben der Ausbildung und der Disziplin in der Truppe wahrnimmt, wurde nicht geschaffen.

Zusammenfassend kann für den Zeitraum bis Ende 2008 der Analyse des regierungsunabhängigen Instituts für nationale Strategie in Moskau zugestimmt werden. Diese kommt zu dem Schluss: „*In den letzten Jahren hat der Putin'sche Kreml nicht wenig dazu getan, einen Mythos über die ‚Wiedergeburt der militärischen Macht Russlands‘ aufzubauen - bis hin zu einer Ebene, auf der sich die Sowjetunion befand. ... Dieser Mythos hat nichts mit der Wirklichkeit gemeinsam. ... Der offiziellen Propaganda entgegen befinden sich die russischen Streitkräfte in einer tiefen Krise, die sich in ernstem Maße gerade unter Präsident Putin verschärft hat.*“⁸⁾ Dieser Kritik des regierungsunabhängigen Instituts für nationale Strategie in Moskau haben sich russische Militärexperten angeschlossen.⁹⁾ Aber auch offizielle Sprecher haben dem sporadisch beigepflichtet. So hat Iwanow in seiner damaligen Funktion als Verteidigungsminister im Jahre 2007 die Frage nach Fortschritten bei der Militärreform mit den Worten auf den Punkt gebracht: „*In der Armee gibt es keine Reformen.*“¹⁰⁾ Wie der Krieg in Georgien bewies, gab es doch einige Verbesserungen.

Der Krieg in Georgien: Militärische Aspekte

Präsident Medwedjew lobte vor russischen Militärs in Wladikawkas am 19. August 2008 die militärischen Operationen in Georgien als „gut geführt und wirksam“ und wertete sie als Beweis dafür, dass die russischen Streitkräfte „*die Krise der neunziger Jahre überwunden hätten*“.¹¹⁾ Sein Generalstabschef dagegen beklagte, wie erwähnt, dass die Intervention „*eine Reihe von ernsten Mängeln offen gelegt*“ hätte.¹²⁾ Welche dieser beiden Charakterisierungen eher der Wirklichkeit entspricht, hängt ganz vom Standpunkt des Betrachters und den angewandten Vergleichsmaßstäben ab: Zieht man für die Bewertung des Fünftagekrieges in Georgien die russischen Interventionen in Tschetschenien 1994-1996 und 1999-2004 heran, sind Verbesserungen bei der Operationsführung in Georgien unbestreitbar. Legt man dagegen die von NATO-Staaten und von den USA geführten Operationen wie den Golfkrieg 1990, die Luftangriffe gegen Jugoslawien 1999, den Krieg gegen die Taliban in Afghanistan 2001 und die Militärintervention gegen den Irak Saddam Husseins 2003 als Maßstab an, treten die Mängel deutlich hervor. Dies trifft auch für die von Putin aufgestellten Behauptungen über dramatische Veränderungen bei Struktur, Modernisierungsgrad und Ausrüstung der Streitkräfte zu.

Die Verbesserungen gegenüber den beiden Tschetschenien-Kampagnen liegen unter anderem darin, dass sich die militärischen Operationen nicht über Jahre hinweg mühsam voranschleppten, sondern nach nur fünf Tagen abgeschlossen werden konnten. Nach dem Beginn des georgischen Angriffs auf Zchinwali am 7. August um 23:30 Uhr konnte die russische Führung Truppen in Divisionsstärke der in Nordossetien stationierten 58. Armee durch den Roki-Tunnel nach Südossetien in Marsch setzen und Einheiten der in Pskow stationierten 76. Luftlandedivision in Zchinwali absetzen, gefolgt von Teilen der 98. Luftlandedivision und des 45. Aufklärungsregiments aus dem

Moskauer Militärbezirk. Ebenfalls wenige Stunden nach dem Beginn des georgischen Angriffs begann die russische Luftwaffe hauptsächlich von ihren Basen im Militärbezirk Nordkaukasus Ziele in Südossetien und im „Kernland“ Georgiens zu bombardieren und den Vormarsch der Bodentruppen zu unterstützen. Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte mit Marinesoldaten an Bord stachen von ihrer Basis in Sewastopol aus in See, um Landungsoperationen in Otschamtschiri in Abchasien und Poti durchzuführen und eine Seeblockade des letzteren Hafens zu errichten.

Die Schnelligkeit, mit der Einheiten aller drei Teilstreitkräfte personell aufgefüllt, mit scharfer Munition ausgerüstet, aufgetankt, transportiert und ihre Bewegungen untereinander koordiniert werden konnten, zeigt erstens, dass die Militärführung Lehren aus den beiden Tschetschenienkriegen gezogen hat. Zweitens weist sie auf die Tatsache hin, dass der Krieg gegen Georgien, wenn auch nicht unbedingt für den Zeitpunkt des 7. oder 8. August geplant, lange vorbereitet worden war.¹³⁾ Als erster Schritt dazu kann die Ankündigung Putins von Mitte Juli 2007 gelten, Russland würde aus dem Vertrag und seinem Anpassungsabkommen aussteigen, falls die NATO-Staaten den modifizierten Vertrag nicht bis Ende 2007 ratifizierten.¹⁴⁾ Der Ausstieg („Moratorium“) aus diesem Abkommen erfolgte im Dezember 2007, wodurch sich Russland vertraglicher Verbote entledigte, Truppen im Nordkaukasus zu konzentrieren, sie einzusetzen und dann in Südossetien und Abchasien Militärbasen aufzubauen. Weitere Schritte Moskaus waren die Stationierung von zusätzlichen 1.500 teils schwer bewaffneten Truppen zur Verstärkung der russischen „Friedenstruppen“ in Abchasien im April 2008; die Entsendung von Eisenbahnruppen ebenfalls nach Abchasien, offensichtlich zum Zweck, die Bewegungsmöglichkeiten russischer Truppen bis hin zum Transport von Panzern auf dem Schienenweg zu verbessern, im Mai; die Verlegung von Fallschirmjägern nach Südossetien in demselben Monat; und schließlich das Militärmanöver „Kaukasus 2008“ im Nordkaukasus, an dem 8.000 Soldaten, 700 Panzerfahrzeuge und 30 Militärflugzeuge der Truppen des Verteidigungsministeriums sowie Spezialeinheiten des Innenministeriums teilnahmen. Die Übungen wurden eindeutig in den Zusammenhang einer verschärften Situation in Abchasien und Südossetien mit den Worten des Oberkommandos der Streitkräfte gestellt. Eines der Ziele der militärischen Übungen sei es gewesen, „*Fragen zu lösen, die sich mit der Teilnahme von Truppen des [nordkaukasischen] Militärbezirks an Sonderoperationen zur Erzwingung des Friedens in Zonen militärischer Konflikte verbinden*“.¹⁵⁾

Der offensichtlichen Verbesserung der Einsatzfähigkeiten der russischen Truppen im Vergleich zu den 1990er-Jahren stehen allerdings Mängel gegenüber. Die Einsatzgrundsätze der militärischen Operation in Georgien, beginnend mit Artilleriefire und Luftangriffen, gefolgt vom Vorrücken von Bodentruppen, erinnert an traditionelle sowjetische Muster. Massiv Bodentruppen zu bewegen, wäre nur dann nicht notwendig gewesen, wenn die russische Luftwaffe die Fähigkeit besessen hätte, Raketen und Marschflugkörper bei zielgenauer Aufklärung in Echtzeit einzusetzen. Der Mangel an derartigen Fähigkeiten weist auf die massiven Ausrüstungsdefizite hin, die durch den Krieg offenbart wurden.

Wie groß diese Mängel bei den Bodentruppen waren, zeigt ein Vergleich der georgischen mit den russischen Panzern.¹⁶⁾ Obwohl beide Seiten mehrheitlich noch aus sowjetischer Produk-

tion stammende T-72 einsetzen, erwiesen sich die georgischen Panzer aufgrund ihrer moderneren Ausstattung als deutlich überlegen. Mittels GPS, Wärmebildkameras, Nachtsichtgeräten, Freund-Feind-Erkennungs- und Kommunikationssystemen waren sie auch für Einsätze bei schwierigen Wetterverhältnissen sowie bei Nacht gerüstet. Die russischen Panzer waren unter solchen Bedingungen praktisch „blind“.

Ähnlich verhielt es sich mit Defiziten bei der Luftwaffe. Die über Georgien hauptsächlich eingesetzten Su-25-Kampffljets standen schon seit 30 Jahren im Dienst. Ihnen fehlt es an moderner Computerausstattung zur Berechnung von Zielkoordinaten sowie an Radargeräten. Anstelle von Präzisionswaffen musste die russische Luftwaffe daher auf ältere Bomben- und Raketentypen zurückgreifen. In der Folge gelang es ihr erst spät, georgische Artillerie und Luftabwehrstellungen auszuschalten. Die russischen Bodentruppen waren unter massiven Artilleriebeschuss geraten, als sie den Roki-Tunnel verließen, um nach Zchinwali vorzustoßen. Die russische Luftwaffe räumte ein, drei Kampfflugzeuge vom Typ Su-25 durch georgischen Beschuss verloren zu haben, nach georgischen Angaben lag die Anzahl allerdings höher, nämlich bei insgesamt zwölf Kampfflugzeugen.

Die technologische Rückständigkeit der russischen Streitkräfte manifestierte sich außerdem bei der Aufklärung sowie den Kommunikations- und Navigationsmitteln. So fehlt es der russischen Armee an Drohnen und Satelliten. Das russische Gegenstück zu GPS, Glonass, verfügt erst über 13 der 24 Satelliten, die notwendig sind, um jederzeit für militärische Operationen notwendige Daten zu liefern. Aus Mangel an Aufklärungsmitteln sah sich die Militärführung gezwungen, strategische Bomber des Typs Tu-22 auf Erkundungsmission zu schicken. Eine dieser Maschinen wurde von der georgischen Luftabwehr abgeschossen. Bei den Bodentruppen gab es oft keine reguläre Funkverbindung zwischen den verschiedenen Einheiten. Offiziere mussten manchmal ihre eigenen Handys benutzen, um Kontakt zu den Stäben und Kommandoposten ihrer Einheiten aufzunehmen.

Modernisierung der Streitkräfte

Eine Neuausrüstung der russischen Streitkräfte, wie der Verlauf des Georgienkrieges zeigte, ist dringend geboten. Um Abhilfe zu schaffen, hat die russische Regierung ein Rüstungsprogramm für den Zeitraum 2007-2015 entwickelt, dessen Umsetzung sich allerdings schleppend vollzieht.¹⁷⁾ Schon in der Vergangenheit haben sich die Zielvorgaben für die Produktion und Lieferung neuer Waffen immer wieder als unrealistisch herausgestellt. Wie wenig in den letzten Jahren den Streitkräften an neuen Waffen und militärischer Ausrüstung zugeführt worden ist, zeigt eine Momentaufnahme des Zeitraums von 2005 bis 2007, welche die Zuführungen für die Luftwaffe und die Bodentruppen zeigt (Tabelle 1).

Als besonders unrealistisch müssen die oben erwähnten Vorstellungen der Marineführung gelten, die Flotte in den nächsten 20 Jahren mit bis zu sechs neuen Flugzeugträgern und dazugehörigen Begleitschiffen für die Bildung von Einsatzgruppen bei der Nord- und der Pazifikflotte auszustatten.¹⁸⁾ In der Sowjetära wurden fünf Flugzeugträger gebaut. Drei von ihnen wurden nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Schrott verkauft; ein vierter, die Admiral Kusnezow, ist nicht einsatzfähig. Der letzte Träger, die Admiral Gorschkow, wurde der indischen Marine geschenkt.

Tab. 1	Waffenlieferungen an die russischen Bodentruppen und die Luftwaffe (2005-2007)		
	2005	2006	2007
	7 Su-27SM Kampfflugzeuge	8 Su-34 Kampfflugzeuge	6 Su-34 Kampfflugzeuge
	17 T-90 Kampfpanzer	31 T-90 Kampfpanzer	31 T-90 Kampfpanzer
	92 BTR-80 Schützenpanzer	40 BMP-2 und 125 BTR-80/90 Schützenpanzer	100 BTR-80/90 und einige BMP-2 Schützenpanzer
	—	10 Mi-28N, Ka-50 und Ka-52 Hubschrauber	9 Mi-28N, Ka-50 und Ka-52 Hubschrauber
<small>Quellen: Mikhail Barabanov: The Russian Military: Still Saving for a Rainy Day. In: Moscow Defense Brief, (http://mdb.rumdbr1-2005/russian_military/?form=print, Stand: 1.8.2008; Andrey Frolov: Russian Defence Procurement in 2007, in: Moscow Defense Brief, No. 2 (2007), S.4-8, Für 2005 und 2007: tatsächliche Lieferungen; für 2006: geplant</small>			

Allerdings erhielt Russland dafür den Auftrag, dieses Schiff für 1,5 Mrd. USD umzurüsten. Dabei wurden Riesenprobleme offenbar: Eigentlich sollte es im Jahre 2008 einsatzfähig sein. Im Jahre 2007 teilte aber der verantwortliche Schiffsbaukonzern *Sewmasch* mit, vor 2011 sei mit einer Übergabe nicht zu rechnen, und man benötige noch mehrere Mrd. Dollar, um den neuen Termin zu halten.¹⁹⁾ Wann oder ob überhaupt das Schiff bei der indischen Marine in Dienst gestellt werden kann, ist ungewiss.

Im Gegensatz zur unterbliebenen Neuausrüstung der konventionellen Streitkräfte sind in den letzten Jahren einige Anstrengungen unternommen worden, Russlands nuklearstrategisches Potenzial zu modernisieren.²⁰⁾ In deren Verlauf ist eine Verschiebung innerhalb der Triade der Trägermittel vorgesehen: Der größte Teil der Sprengköpfe befindet sich derzeit auf land- und luftgestützten Trägern (ICBMs und strategischen Bombenflugzeugen). Bis 2015 soll sich aber dieses Verhältnis verändern. Die seegestützten Systeme (SLBMs) sollen doppelt so viele Sprengköpfe tragen wie die landgestützten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde eine seegestützte Version der *Topol-M*, die *Bulawa*, entwickelt. Im Juni 2007 testete die russische Marine nach vielen vorherigen Fehlschlägen zum ersten Mal (nach eigenen Angaben) erfolgreich ihre modernste Interkontinentalrakete, die *SS-NX-30 Bulawa*. Die Rakete kann mehrere, westlichen Schätzungen zufolge bis zu sechs voneinander unabhängig auf unterschiedliche Ziele programmierbare nukleare Sprengköpfe (MIRV) tragen.²¹⁾ Sie ist für die neue Generation nuklearstrategischer U-Boote der *Borej*-Klasse bestimmt, von denen bis 2015 acht gebaut werden sollen. Der Stapellauf des ersten Bootes dieses Typs mit Namen *Jurij Dolgorukij* fand nach über zehnjähriger Bauzeit im April 2007 statt. Und im November 2007 wurde eine andere seegestützte Interkontinentalrakete bei der Marine in Dienst gestellt, eine modifizierte und modernisierte Variante der *RSM-54 Sinewa*.

Mit der Einführung des *Bulawa*-Systems wird es allerdings weiterhin Probleme geben. Von insgesamt zehn Testabschüssen des neuen Systems schlugen fünf fehl. Der letzte Fehlschlag ereignete sich am 23. Dezember 2008 und wird sich als besonders kostspielig herausstellen, denn die Regierung hatte schon die Serienproduktion dieser Rakete autorisiert.²²⁾ Auch die für 2008 endgültig geplante Indienstellung der *Jurij Dolgorukij*, des ersten U-Bootes der neuen *Borej*-Klasse, verzögert sich. Vor diesem Hintergrund erscheint die im Februar 2007 geäußerte Ankündigung des russischen Verteidigungsministers, bis 2015 acht U-Boote dieser Klasse bauen lassen zu wollen, nur schwer realisierbar.

Auch die landgestützten Systeme sollen modernisiert werden. So haben die Strategischen Raketentruppen im Dezember 2007 erfolgreich eine neue Version ihrer neuesten Interkontinentalrakete, die *RS-24 Topol-M*, getestet. Wie die *Bulawa* kann auch sie (geschätzt) bis zu sechs nukleare

Sprengköpfe tragen. Zu Beginn des Jahres 2008 befanden sich 48 in Silos stationierte und sechs mobile *Topol-M* im Dienst; bis Ende des Jahres kamen noch acht weitere Raketen hinzu, womit sich die Anzahl der Rakentruppen-Regimenter auf insgesamt sechs erhöht hat. Zudem hat Putin mehrmals die Produktion einer Art strategischer Wunderwaffe angekündigt, einer neuen Rakete, die ihm zufolge nicht nur „extrem zielgenau“ ist und mit „mehrfacher Schallgeschwindigkeit“ fliegen, sondern deren „Kurs im Flug verändert“ werden kann und die infolgedessen in der Lage ist, „jegliches Raketenabwehrsystem“ zu überwinden.²³⁾

Insgesamt dürfte Russland derzeit noch über 15.000 nukleare Gefechtsköpfe verfügen. Etwa 3.300 davon sind einsatzbereit und für strategische Trägermittel vorgesehen. Bis 2015 wird diese Zahl, vor allem aufgrund der Überalterung der Trägerraketen, deutlich abnehmen. Dann sollen gemäß Prognosen höchstens 2.000 strategische Nuklearsprengköpfe einsatzfähig sein. Dies wäre in Übereinstimmung mit dem russisch-amerikanischen Vertrag über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (SORT) vom Mai 2002, der eine Verringerung der Anzahl der nuklearen Sprengköpfe auf einen Wert zwischen 1.700 und 2.200 Stück vorsieht.

Bei den landgestützten Raketen steht Russland zunächst eine drastische Reduzierung bevor, da zahlreiche Waffensysteme aus Altersgründen schrittweise außer Dienst gestellt werden müssen. Derzeit wird der russische Bestand im Westen auf etwa 500 strategische Trägerraketen der Systeme *SS-18 (Satan)*, *SS-19 (Stiletto)*, *SS-25 (Sickle)* und *SS-27 (Topol-M)*, silogestützt und mobil geschätzt. Prognosen für das Jahr 2015 gehen von 150-200 einsatzbereiten Interkontinentalraketen aus. Abhängig ist diese Zahl von zwei Faktoren:

Einerseits könnte Russland versuchen, die Lebensdauer derjenigen Raketen der *SS-18*- und *SS-19*-Produktionsreihe zu verlängern, die den kürzesten Betriebszeitraum aufzuweisen haben. Ein mögliches Indiz dafür sind vier erfolgreiche Tests mit beiden Raketentypen im zweiten Halbjahr 2006. Bis zu 40 Raketen des Typs *SS-18* könnten längstens bis 2020 genutzt werden; 30 Flugkörper vom Typ *SS-19*, die mit Hilfe von 2003 von der Ukraine erworbenen Raketenstufen modernisiert wurden und in sehr gutem Zustand sein sollen, sind möglicherweise sogar bis 2030 verwendbar. Da beide Systeme mehrere Sprengköpfe tragen können (*SS-18*: zehn, *SS-19*: sechs), bliebe Russland 2015 ein Maximum von 700 einsatzbereiten bodengestützten nuklearen Gefechtsköpfen.

Zum anderen hängt die Anzahl der künftig verfügbaren Sprengköpfe von den Produktionsraten für das neue System *SS-27* ab. Anfang 2009 verfügten die Strategischen Rakentruppen über 50 silogestützte Raketen dieses Typs und zwölf der mobilen Variante. In den zurückliegenden Jahren wurden maximal zehn, zumeist jedoch nur sieben Einheiten pro Jahr produziert. Expertenschätzungen gehen von etwa 70 (in Silos befindlichen) beziehungsweise 50 (mobilen) *SS-27* bis 2015 aus. Russland gibt an, für diese Systeme einen manövrierfähigen Gefechtskopf mit der Bezeichnung *Igla* entwickelt zu haben, der sämtliche Abwehrsysteme, auch das im Aufbau befindliche der USA, überwinden kann. Darüber hinaus kann diese Rakete mehrere Gefechtsköpfe - die Angaben schwanken von drei bis sechs - tragen und könnte so das russische Dilemma der drastisch geringer werdenden Anzahl an Trägermitteln ausgleichen. Der *START-II*-Vertrag hätte landgestützte Raketen mit Mehrfach-

sprengköpfen verboten. Sein Inkrafttreten wurde jedoch durch die Kündigung des ABM-Vertrages seitens der Regierung Bush im Juni 2002 verhindert. Sollte Ende Dezember 2009 *START-I*, der Veränderungen der Anzahl der Gefechtsköpfe an bereits existierenden Systemen untersagt (*SS-27* ist eine Weiterentwicklung der *SS-25*), auslaufen und nicht verlängert oder in russischem Sinn modifiziert werden, wäre der Weg zur Mehrfachbestückung der *SS-27* frei. Allerdings liegt es ganz im Interesse Russlands, zur Aufrechterhaltung beziehungsweise richtiger: Wiederherstellung nuklearstrategischer Ebenbürtigkeit mit den USA, drastische Kürzungen bei den einsatzfähigen und gelagerten Sprengköpfen zu erreichen. Dies ist mit dem Angebot der Regierung Obama, die Anzahl der Sprengköpfe der USA um 80% zu reduzieren, in greifbare Nähe gerückt. Allerdings ist eine wichtige Voraussetzung für nuklearstrategische Parität, dass sich die USA zu Beschränkungen ihres strategischen Abwehrsystems bereit erklären, denn ein funktionsfähiger Abwehrschirm kann nach den auch in Moskau gehandelten Theorien nuklearer Abschreckung die Offensivfähigkeiten entwerthen.

Neue Reformvorhaben

Im Oktober 2008 kündigte Verteidigungsminister Serdjukow umfangreiche Reformen an.²⁴⁾ Diese wurden unter anderem als anzuwendende Lehren aus dem Georgienkrieg und zur Beseitigung der von Generalstabschef Makarow festgestellten „ernsten Mängel“ bezeichnet. Den Reformplänen zufolge sollen die 10.000-12.000 Mann starken Divisionen aufgelöst und durch beweglichere Brigaden ersetzt werden. Diese sollen operativen Kommandos unterstellt werden, die wiederum unter dem Befehl der existierenden sechs Militärdistrikte (*okrugi*) stünden. Dadurch sollen Befehlsketten verkürzt und verbesserte Bedingungen dafür geschaffen werden, Entscheidungen schneller treffen und ausführen zu können. Derzeit unterstehen die Divisionen den Armeen, die wiederum von den Militärdistrikten befehligt werden. Unklar ist, warum die Militärbezirke beibehalten werden sollen, anstatt, wie in der Jelzin-Ära geplant, sie aufzulösen und die Brigaden geografischen „strategischen“ Richtungen zuzuordnen. Diese würden in etwa den *regional commands* der Streitkräfte der USA entsprechen.

Eine weitere Reformmaßnahme soll darin bestehen, schnelle Eingreifkräfte zu schaffen. Dies soll in Form von neu aufzustellenden Luftlandebrigaden erfolgen, die nicht dem zentralen Kommando der Luftlandetruppen in Moskau, sondern, wie die anderen Brigaden, ebenfalls den Militärdistrikten unterstellt werden sollen. Auch bei dieser Maßnahme geht es dem russischen Verteidigungsminister darum, Befehlsketten zu verkürzen.

Serdjukow will auch militärische Großeinheiten auflösen, die zwar über Waffen und militärische Ausrüstung verfügen, aber einen geringen Bereitschaftsgrad haben, weil sie personell unterbesetzt sind. Für einen länger währenden „großmaßstäblichen Krieg“ wie den Zweiten Weltkrieg sind derartige Einheiten sinnvoll, denn sie können aufgefüllt und dann eingesetzt werden. Sie sind dagegen unbrauchbar für militärische Konflikte wie in Georgien, wo Einheiten gebraucht werden, die sofort einsatzbereit sind.

Dementsprechend sollen die Ressourcen, die durch die Auflösung der Kaderdivisionen und -regimenter frei werden, dazu herangezogen werden, Einheiten in vollem Bereitschaftsgrad auszubauen, in denen nur Berufssoldaten Dienst tun. In Georgien wollte sich die Militärführung auf derartige Einheiten stützen,

musste aber wegen ihrer mangelnden Verfügbarkeit Einheiten mit Wehrpflichtigen heranziehen. Diese Einheiten erlitten wegen ihres geringeren Ausbildungsstandes disproportional höhere Verluste.

Serdjukow wies bei der Vorstellung seines Reformkonzepts darauf hin, dass die für 2012 geplante Armee von 1 Million Mann lediglich noch über 150.000 Offiziere verfügen würde - 15% des Personalbestands. Im internationalen Vergleich, gab er an, liege der Anteil der Offiziere bei 7% bis 20% des Bestands, in Russland aber bei 32%. Von den im Oktober 2008 insgesamt 1.100 auf der Gehaltsliste des Verteidigungsministeriums stehenden Generälen sollten 200 Posten wegfallen, ihre Anzahl auf 900 gekürzt werden. Das im Hauptquartier und in Moskau und anderen zentralen Kommandoeinrichtungen Dienst tuende Personal soll um 60% verringert, Dienststellen von 22.000 auf 8.500 reduziert werden. Auch die Anzahl der Militärakademien, die Offiziere ausbilden, soll bis 2012 schrumpfen, von 65 auf 10.

Während die aufgeblähten Personalstrukturen auf den höheren Ebenen getrimmt werden sollen, will Serdjukow der chronischen Unterbesetzung der Streitkräfte auf der mittleren Ebene abhelfen und für diesen Zweck 10.000 Leutnante einstellen. Vielleicht als wichtigste Maßnahme will er daran gehen, ein professionelles Unteroffizierskorps aufzubauen. Ob dies allerdings gelingen wird, ist zweifelhaft, vor allem bei einer Personalstärke der Streitkräfte in Millionenhöhe. Dazu wird man weiterhin die Wehrpflicht und Rekruten benötigen, was wiederum ganz andere Probleme aufwirft.

Berufsarmee, Wehrpflicht und die Demografie

Nicht zuletzt wegen der großen Unpopularität des Wehrdienstes hat es immer wieder Pläne gegeben, die Wehrpflichtigenarmee auf eine Berufsarmee umzustellen. Dies wurde beispielsweise im Dezember 2001 von Putin mit der Vorgabe verfügt, den entsprechenden Prozess der Umstellung bis 2010 abzuschließen. Ein entsprechendes Pilotprojekt zur Umstellung wurde bei der 76. *Garde-Luftlandedivision* in Pskow durchgeführt, die gesteckten Ziele konnten aber nicht erreicht werden: Der Generalstab hatte offensichtlich die Pläne torpediert, weil es ihm daran gelegen war, das Mischsystem aus Wehrpflicht und Zeit- sowie Berufssoldaten beizubehalten. Alle entgegenlaufenden Pläne sind immer wieder aufgegeben worden. So kann es auch nicht überraschen, dass ein noch zu erarbeitendes neues Konzept für den Streitkräfteaufbau die Beibehaltung der Wehrpflicht bis 2030 vorsieht.²⁵⁾

Im Januar 2008 ist zwar ein Gesetz in Kraft getreten, das die Wehrpflicht von 24 auf zwölf Monate verkürzt, verkürzt man aber die Wehrdienstzeit um die Hälfte und bleibt alles andere unverändert, muss man die Anzahl der einzuziehenden Rekruten pro Jahr verdoppeln. In den vergangenen Jahren sind bei den Frühjahrs- und Herbstberufungen jeweils insgesamt rund 300.000 Wehrpflichtige für zwei Jahre eingezogen worden. Als Übergang zur einjährigen Wehrpflicht sind zur Frühjahrs- und Herbstberufung 2007 Wehrpflichtige nur jeweils für 18 Monate und ab Frühjahr 2008 für zwölf Monate dienstverpflichtet worden. Ein einfaches Rechenexempel zeigt: Wenn die im Herbst 2006 (zweijährige Dienstzeit) sowie im Frühjahr 2007 Einberufenen (eineinhalbjährige Dienstzeit) ihre Dienstzeit im Herbst 2008 beendet haben, müssen die Kreiswehrrersatzämter ab diesem Zeitpunkt nicht nur immer lediglich 150.000, sondern

300.000 Rekruten einziehen, um die Anzahl von rund 600.000 in den Streitkräften pro Jahr dienenden Achtzehnjährigen zu halten. Nach westlichen Berechnungen wird es allerdings auch dann, wenn sämtliche Rückstellungsgründe gestrichen werden, nicht möglich sein, mehr als ca. 345.000 Wehrpflichtige im Alter von achtzehn Jahren jährlich einzuziehen. Aufgrund der negativen demografischen Situation - der schrumpfenden Anzahl von Männern im Wehrdienstalter - stellt sich die voraussichtliche Entwicklung wie folgt dar:

Der Generalstab will das Defizit durch Rückgriff auf noch der Wehrpflicht unterliegende ältere Jahrgänge und Steigerung des Anteils der in den Streitkräften dienenden Zeit- und Berufssoldaten auf über 70% im Jahre 2010 decken. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass ihm das gelingen wird.

Die negativen demografischen Entwicklungen verschärfen das Problem der Qualität der Streitkräfte im Mischsystem: Immer noch wird wenig mehr als ein Fünftel der jeweiligen Kohorte von Achtzehnjährigen zum Wehrdienst einberufen. Die tatsächlich dienenden Wehrpflichtigen stellen weiterhin eine negative Auslese der Gesellschaft dar: Der typische Pool der Eingezogenen kommt vornehmlich aus Provinzstädten und ländlichen Gebieten, hat kein Geld, um sich freizukaufen, verfügt über keine hinreichende Bildung oder Ausbildung und hat noch nie einen Beruf ausgeübt. Viele von ihnen sind alkohol- und drogenabhängig. Zudem kommt es immer wieder vor, dass die Kreiswehrrersatzämter der Truppe untaugliche oder nur bedingt taugliche Wehrpflichtige überstellen und infolgedessen 15%-20% dieser Rekruten während der ersten Dienstmonate aus gesundheitlichen, psychischen oder anderen Gründen wieder aus dem Wehrdienst ausscheiden. Nennenswerter Bevölkerungszuwachs wird in den nächsten Jahren lediglich in den nicht-slawischen, muslimischen und hauptsächlich ländlichen Gebieten Russlands zu verzeichnen sein. Dort aber ist der Wehrdienst besonders verhasst und der Pool für die Bemannung einer modernen, technologisch auf dem neuesten Stand befindlichen Armee klein.

Verteidigungsausgaben

Immer wieder findet sich in westlichen Darstellungen die Vorstellung, unter Präsident Putin sei der Einfluss der *Silowiki* - Inhaber führender Positionen der militärisch und sicherheitspolitisch wichtigen Ministerien und Ämter - auf die russische Politik stark gewachsen. Als Beleg dafür wird auf die rapide gestiegenen Verteidigungsausgaben hingewiesen. Diese hätten sich im Zeitraum von 2000 bis einschließlich 2007 mehr als vervierfacht. Zudem habe das russische Verteidigungsministerium für den Zeitraum von 2007-2015 ein Programm für die Modernisierung der Streitkräfte und des militärisch-industriellen Komplexes aufgelegt, das rund fünf Billionen Rubel kosten wird, nach aktuellen Wechselkursen berechnet rund 200 Mrd. USD. Obwohl die Zahlenangaben zutreffend sind, verzerren derartige Angaben und Argumente eine andere Wirklichkeit.

Was den Einfluss der *Silowiki* anbetrifft, ist es notwendig, eine Trennung zwischen ehemaligen und aktiven Mitarbeitern der Geheimdienste einerseits und dem Militär andererseits vorzunehmen. Während Erstere tatsächlich Machtpositionen mit Hilfe Putins im politischen „System Putin“ erworben und ausgebaut haben, lässt sich dies nicht für die Armee behaupten. Trotz aller „Großmacht“-Rhetorik ist das Militär bei der Ressourcenverteilung keineswegs vorrangig bedacht worden.²⁶⁾ In den beiden

Amtszeiten Putins hat es kein überproportionales Wachstum der Ansätze des Haushaltstitels „nationale Verteidigung“ gegeben. Die Analyse der verfügbaren Daten zeigt, dass sich zwar die Ausgaben in absoluten Zahlen ausgedrückt im Zeitraum 2000-2007 tatsächlich mehr als vervierfacht haben. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt hat sich aber nur in einer Bandbreite von 2,5% bis 2,8% bewegt; auch die geplanten Verteidigungshaushalte 2008 bis 2010 sehen einen Anteil von nur 2,7% vor. Vermutlich sind sogar die realen Zuwachsraten übertrieben, denn die Preissteigerungen im militärischen Sektor waren erheblich höher als in der Gesamtwirtschaft.

Addiert man die Budgetansätze für „nationale Verteidigung“ (1,06 Bio. Rbl.), „andere“ Militärausgaben (0,18 Bio. Rbl.), die Ausgaben für die „anderen Truppen“ (0,28 Bio. Rbl.) und weitere verteidigungs- und sicherheitsrelevante deklarierte (0,04 Bio. Rbl.) und versteckte Posten (0,08 Bio. Rbl.) für 2009, kommt man lediglich auf eine Gesamtsumme von 1,6 Bio. Rbl. oder umgerechnet 35,1 Mrd. EUR zum gegenwärtigen Wechselkurs. Im Vergleich zum Verteidigungsbudget der USA (2008 National Defense Authorization: 648 Mrd. USD) nehmen sich derartige Größen, auch wenn man sie kaufkraftbereinigt aufstockt, wie die einer europäischen Mittelmacht, nicht einer militärischen Großmacht oder gar „Supermacht“ aus.

Zudem hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Planungen für die Verteidigungsausgaben bis 2010 durcheinander gebracht. Noch im September 2008 gab die politische Führung die Devise aus, diese Krise sei ein Problem der westlichen Volkswirtschaften, Russland sei nur am Rande betroffen, es sei eine „Insel der Stabilität“. Dementsprechend kündigte Putin

verlassen und neue nuklearstrategische Waffen getestet; es ist angeblich dabei, neue zielgenaue nuklearstrategische „Wunderwaffen“ herzustellen, unternimmt wieder Flüge strategischer Bombenflugzeuge über atlantische und pazifische Seegebiete, hat umfangreiche Manöver mit Bodentruppen und der Luftwaffe im Ural und im Nordkaukasus und Seemanöver mit Venezuela in der Karibik durchgeführt, strebt (angeblich) die Wiederherstellung eines weltweiten Netzes von Militärbasen an und hat schließlich militärische Gewalt in Georgien angewandt.

Dies wirft wichtige Fragen auf: Stehen die militärischen Drohungen und Demonstrationen und der Gebrauch militärischer Gewalt in einem Gesamtzusammenhang? Geht die an den Tag gelegte schärfere Haltung auf die von Putin behaupteten Verbesserungen im Militärwesen zurück, und gibt es eine direkte Verbindung zwischen wiederhergestellten militärischen Fähigkeiten und ihrer Anwendung? Was ist bloßer Theaterdonner und was ernst zu nehmende Absicht? Vor allen Dingen: Gibt es bereits eine Trendlinie stärker militärisch akzentuierter Außenpolitik im postsovjetschen Raum und gegenüber den USA und der NATO und, falls ja, wird diese sich fortsetzen?

Ein Gesamtzusammenhang im Sinne eines übergeordneten strategischen oder sicherheitspolitischen Konzepts ließe sich eventuell aus der Initiative ableiten, die Medwedjew im Juni 2008 in Berlin gestartet hat. Er schlug dort einen neuen „kollektiven Sicherheitspakt“ unter Beteiligung aller europäischen Staaten vor, der für Stabilität im neuen „Großeuropa“, einer Schicksalsgemeinschaft „von Vancouver bis Wladiwostok“, sorgen sollte. Dies würde helfen, das Beharren westlicher Politiker auf engem „Atlantizismus“ zu überwinden. Dieser manifestierte sich unter anderem darin, dass sich die NATO immer mehr globale Aufgaben zuweise, dabei die UNO und den Sicherheitsrat unterlaufe und immer neue Erweiterungsrunden beginne. Seiner Forderung nach einem Sicherheitsvertrag verlieh der russische Präsident während des EU-Russland-Gipfeltreffens in Nizza am 14. November 2008 mit einem Hinweis auf Georgien und die angespannte Lage im Kaukasus Nachdruck. Diese Krisen hätten gezeigt,

dass „das Sicherheitssystem in Europa nicht perfekt ist“. Eine Konkretisierung der Forderung blieb allerdings auch auf der Tagung des Außenministerrats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am 6. Dezember 2008 in Helsinki aus.

Konstantin Kossatschow, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Duma, meinte nach dieser Tagung, die Initiative Medwedjews sei in einigen EU-Ländern falsch verstanden worden. Es gehe weder darum, die NATO aufzulösen, noch um eine Neugründung oder Ablösung der OSZE. Er kündigte neue, konkretere Vorschläge an.²⁹⁾ Diese sind aber bisher ausgeblieben.

Zu folgern ist, dass sich der Kern des Vorschlags gegen die NATO, gegen ihre funktionale Ausdehnung und ihre Osterweiterung sowie die amerikanische Militärpräsenz in Europa richtet. Ein Gesamtzusammenhang im Sinne eines übergeordneten strategischen oder sicherheitspolitischen Konzepts lässt sich nicht feststellen.

Dies lässt sich aus der Haltung Moskaus zu einem der Stützpfeiler europäischer Sicherheit, dem KSE-Vertrag und seinem Anpassungsabkommen, folgern. Russlands Klagen über die

Jahr	18-jährige (maximal verfügbar)	Einberufungsquote (25%)	Maximaler Zuwachs durch Wegfall der Rückstellungsgründe	Insgesamt
2008	1.021.248	255.312	90.000	345.312
2009	923.319	250.830	90.000	320.830
2010	816.757	204.189	90.000	294.189
2011	708.689	177.172	90.000	267.172

Quelle: Keir Giles: Where Have all the Soldiers Gone? Russia's Military Plans versus Demographic Reality, Defence Academy of the United Kingdom, Conflict Studies Centre, Russian Series, October 2006, S. 3

noch Mitte September 2008 an: „Für Zwecke der nationalen Verteidigung und der Sicherheit werden [für 2009] fast 2,4 Bl. Rbl. [53,8 Mrd. Euro] zugewiesen, was einen Zuwachs von ungefähr 27% bedeutet.“²⁷⁾ Mitte Februar 2009 gab allerdings Verteidigungsminister Serdjukow bekannt, die geplanten Verteidigungsausgaben würden um 15% gekürzt.²⁸⁾ Die finanz- und wirtschaftspolitischen Realitäten werden vermutlich auch die russische Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen.

Internationale Aspekte: Europäische Sicherheitsarchitektur oder russische Machtpolitik?

Wie eingangs beschrieben, hat das Russland Putins und Medwedjews in den letzten zwei Jahren eine ganze Reihe von Aufsehen erregenden militär- und sicherheitspolitischen Plänen und Programmen entworfen und zum Teil entsprechende Maßnahmen gesetzt. Moskau hat mit dem Ausstieg aus Rüstungskontrollverträgen wie dem INF-Vertrag und der Stationierung neuer Raketen (*Iskander-M*) in Kaliningrad und Belarus gedroht; es hat den KSE-Vertrag

Nichtratifizierung des KSE-Vertrags und eine angebliche Verschiebung des Kräftegleichgewichts muten künstlich an, denn in der Praxis hat keiner der 30 Signatarstaaten seine festgelegten Grenzen für die fünf vertragsrelevanten Waffenkategorien (TLE) überschritten.³⁰⁾ Und um konventionell aufzurüsten - falls dies beabsichtigt wäre -, bräuchte der Kreml gar nicht aus dem Vertrag auszusteigen, denn auch Russland unterschreitet bislang seine spezifischen Höchstgrenzen, verletzt sie allerdings an den Flanken (Kaukasus). Unklar ist auch, warum die neuen NATO-Staaten als militärisches Problem im Rahmen des Vertrags betrachtet werden, denn alle Bündnismitglieder zusammen haben heute 33% weniger Waffen der vertragsrelevanten Kategorien als die 16 NATO-Staaten im Jahr 1990; dabei setzt sich die Truppenverringerung in der Atlantischen Allianz sogar weiter fort. Die Streitkräfte der vier Bündnispartner außerhalb des KSE-Vertragswerks haben lediglich symbolische Bedeutung. Die angeblich von den baltischen Staaten ausgehende militärische Bedrohung besteht im Falle Lettlands aus drei Panzern sowjetischer Bauart (T-55) und in Litauen aus vier Flugzeugen des Typs L-39, die man nur mit großer Mühe als »Kampfflugzeuge« bezeichnen kann.

Hinsichtlich der Flankenregelungen wäre es sogar durchaus im Interesse Russlands, territoriale und nationale Begrenzungen von Streitkräften an seinen Grenzen aufrechtzuerhalten, verhindern diese doch eine Konzentration von NATO-Truppen.³¹⁾ Denn was die Stationierung ausländischer Truppen in dieser Zone betrifft, kann schwerlich von *substantial combat forces* die Rede sein - es sei denn, man sieht diese Definition durch die vier Kampfflugzeuge der NATO als erfüllt an, die auf der Luftwaffenbasis Zokniai in Litauen auf Rotationsbasis stationiert sind und Überwachungszwecken dienen. In Rumänien und Bulgarien befinden sich, ebenfalls auf Rotationsbasis, etwa 5.000 amerikanische Soldaten mit leichter Bewaffnung. Auch diese Kräfte sind nicht für einen Überraschungsangriff auf Russland vorgesehen (zumal sie dafür gar nicht geeignet wären), sondern für Einsätze außerhalb des KSE-Bereichs.

Insgesamt sind amerikanische Militärpräsenz und die Offensivfähigkeiten der USA in Europa seit dem Ende der militärpolitischen Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt kontinuierlich geschrumpft. So ist die Anzahl der in Europa stationierten US-Truppen von 213.000 Soldaten auf 43.000 zurückgegangen (und geplant war, sie bis Ende 2008 auf 24.000 zu reduzieren) und die der Kampfpanzer von 5.000 auf 130.

Wenn Russland wirklich, wie es erklärt, so großes Interesse an einer Ratifizierung des KSE-Vertrags und seiner Anpassungen durch die NATO hat, wäre es bis August 2008 ein Leichtes gewesen, dies zu erreichen. Seine in Istanbul 1999 eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Georgien hatte es nach Einschätzung der NATO nahezu erfüllt. Und im Falle Moldawiens stand lediglich der Abzug von etwas mehr als 1.000 Soldaten samt Munitionsvorräten aus. Dem Kreml schien und scheint es aber wichtiger zu sein, seine militärische Präsenz in Transnistrien zu bewahren, als die KSE-Vertragsratifizierung sicherzustellen. Mit der militärischen Intervention in Georgien und der Errichtung von Militärbasen in Abchasien und Südossetien mit jeweils 3.800 Mann hat es nun aber das Schicksal des KSE-Vertrags besiegelt.

Was die mögliche Verbindung zwischen verbesserten militärischen Fähigkeiten und einem „härteren“ Kurs in der russischen Außenpolitik betrifft, sind Zweifel angebracht, ob es eine derartige Verbindung gibt. Mit an Sicherheit grenzender Wahrrschein-

lichkeit machen sich Putin und Medwedjew keine Illusionen darüber, wie weit Russland hinter den nuklearstrategischen und konventionellen Fähigkeiten der USA und der NATO, insbesondere bei den hochtechnologischen Waffen, zurückgeblieben ist. Wie an den vielen Fehlschlägen von Tests nuklearstrategischer Systeme zu erkennen ist, nimmt die Leistungsfähigkeit des in der Sowjetära so mächtigen militärisch-industriellen Komplexes rapide ab. Viele Male hat Putin auf die demografische Krise in Russland hingewiesen, wobei er sicher auch ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik im Auge hatte.

Die plausiblere Erklärung für das selbstsichere Auftreten der russischen Machtelite und den schärferen Kurs des Kremls in der Außen- und Sicherheitspolitik hängt eher mit internationalen politischen und wirtschaftlichen Faktoren zusammen: Das kompromisslosere, eigennützigere und militärisch untermalte Auftreten und Auftrumpfen Russlands ist in vielem nur ein Spiegelbild der amerikanischen Außenpolitik unter dem Präsidenten Bush, aber auch ein Ergebnis der Bindung praktisch aller amerikanischen Kräfte im Nahen und Mittleren Osten. Weiterhin ist plausibel, dass die Schwäche der EU und ihr Lamentieren über die Energieabhängigkeit von Russland zum forschen Auftreten der russischen Machtelite beigetragen haben. Es wurde allerdings auch durch die positive wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung Russlands gefördert. Das Land profitierte von einem dramatischen Anstieg der Preise für Rohöl von 11,88 USD im russischen Finanzkrisenmonat August 1998 auf 133,90 USD im Juli 2008, dem Höhepunkt der Preisentwicklung im vergangenen Jahrzehnt. Dies bewirkte, dass Russland zu Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise über Devisenreserven in Höhe von fast 600 Mrd. USD verfügte und wirtschaftliche Wachstumsraten in Höhe von durchschnittlich ca. 7% im Zeitraum der beiden Amtszeiten Putins aufweisen konnte. Diese positive Entwicklung wiederum war ein wichtiger Grund für die breite Zustimmung der Bevölkerung zum Kurs Putins und lieferte der politischen Führung die Basis für die Abwehr jeglicher Kritik an der innenpolitischen Entwicklung in Russland. Das Land wurde vom Kreml als Hort „politischer Stabilität“ stilisiert.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat nun auch Russland voll und ganz erfasst. Die politische und soziale Stabilität des Landes hat sich als prekär herausgestellt. Wie die oben vorgenommene Analyse der Trends bei den Verteidigungsausgaben zeigt, hat der Kreml begonnen, auf die neu entstandene Situation zu reagieren und die Zuwachsraten dieser Ausgaben zu kürzen. Die martialische Rhetorik ist eingeschränkt worden. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass westlichen Interpretationen entgegengewirkt werden soll, die Militärintervention in Georgien sei der Auftakt zu einer militärisch akzentuierten Politik des Kremls im „nahen Ausland“ mit der Krim und der Ukraine als nächste Stationen auf diesem Weg.

Fazit

Die von Putin entwickelte These, im russischen Militärwesen seien dramatische Fortschritte gemacht und grundsätzlich neue Streitkräfte mit rationalen Strukturen, moderner Bewaffnung sowie verbesserter Einsatzfähigkeit und Kampfmoral geschaffen worden, entspricht nicht der Wirklichkeit. In einigen Bereichen sind zwar Verbesserungen erzielt und ist ein Anfang damit gemacht worden, die Armee auch an der wirtschaftlichen Erholung des Landes teilhaben zu lassen. Bisher ist aber keine grundsätz-

liche Veränderung bewirkt worden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird die Finanzierungsmöglichkeiten für Streitkräftereform und waffentechnische Modernisierung einschränken. Das vom ehemaligen Präsidenten und jetzigen Premier sowie den Generälen an den Tag gelegte Großmachtgehabe sowie militärische Maßnahmen, Demonstrationen und Drohungen sind infolgedessen weniger als Ausdruck eines gestiegenen Selbstbewusstseins zu werten, das auf militärischer Macht beruht, sondern als Folge der riesigen Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport und, verbunden damit, westlichen Wahrnehmungen Russlands als „Energiegroßmacht“ und „gefährlicher Abhängigkeit“ von russischen Lieferungen, hoher wirtschaftlicher Zuwachsraten und angeblicher politischer „Stabilität“.

Westliche Wahrnehmungen, dass der Einfluss der *Silowiki* auf die Politik in der Ära Putin gewachsen sei, mögen zutreffen. Unzutreffend ist allerdings die davon abgeleitete Vorstellung, diese Gruppierung sei mehr oder weniger homogen, habe gleich lautende Ziele, trete geschlossen auf und habe - wie an der Vervielfachung der Militärausgaben unter Putin abzulesen - erfolgreich den Vorrang militärischer Belange in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchgesetzt. Der analytische Fehler besteht nicht nur darin, dass, wie oben dargestellt, die Verteidigungsausgaben nicht überproportional zum Wirtschaftswachstum gestiegen sind, sondern auch, dass ehemalige und aktive Geheimdienstler mit den Militärs in einen Topf geworfen werden. Die mangelnde Trennung der Akteure verwischt die Tatsache, dass die Militärs zwar immer wieder in der Lage waren, Reformen zu bremsen oder ganz zu blockieren, aber nicht, größeren Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Es gibt viele Hinweise darauf, dass sich die politische und militärische Führung durchaus der enormen Probleme bewusst ist, die noch im militärischen Bereich zu meistern sind. Auch beweisen die martialische Rhetorik und Maßnahmen sowie das an den Tag gelegte Selbstbewusstsein nicht, dass die politische und militärische Führung Russlands dazu neigt, in der Außenpolitik wieder stärker auf militärische Instrumente zu setzen. Im Verhältnis zu den kleineren Nachbarstaaten, die außerhalb der NATO sind (Georgien, Moldawien), mag das vielleicht zutreffen, nicht aber im direkten Verhältnis zu den USA und der NATO. Gegenüber diesen Akteuren lässt sich das Säbelrasseln eher als Überspielen einer weiter bestehenden und in einigen Bereichen noch sich verschärfenden militärischen Schwächeposition deuten, die sich mit den Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf Russland noch verstärkt hat. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Putin in seiner Jahresbotschaft (poslanie) vor der Föderalen Versammlung am 10.5.2006, in: http://www.kremlin.ru/appears/2006/05/10/1357_type63372type63374type82634_105546.shtml.
- 2) SLBM = Submarine launched ballistic missile. Im Dezember 2007 testete die Marine eine weitere neue SLBM in der Barentssee, machte aber keine Angaben zum Typ der Rakete.
- 3) V. Putin prizval vosstanavit' pozicii Rossii v Kube, RBK.ru, 4.8.2008, <http://top.rbc.ru/politics/04/08/2008/214034.shtml>.
- 4) Rossija ukrepat svoj flot avianosnymi gruppami, in: RosBiznesKonsalting, 27.7.2008, <http://top.rbc.ru/politics/27/07/2008/208913.shtml>, 29.7.2008.
- 5) Der vorliegende Beitrag baut auf einem früheren Artikel des Autors in dieser Zeitschrift auf; siehe Adomeit, Hannes, Putins Militärpolitik, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Bd. 42, No. 4 (Juli-August 2004), S.395-408.
- 6) Oleg Odnokolenko: Desant generala Špaka. V Rossii možet pojavitsja mobil'naja 200-tysjačnaja professional'naja armija, sposobnaja stat' al'ternativnoj nynešnoj polutora-millionnoj, in: Itogi (Integrum-Datenbank,

online), 2.7.2002.

- 7) Russian Chief of General Staff Meets Military Attaches, Discusses Army Reform, Interfax-AVN, 10.12.2008.
- 8) Einleitung zu einer Studie des Instituts für nationale Strategie, Itogi s Vladimirovom Putinom: krizis i razloženie rossijskoj armii, Moskau, November 2007, S.2.
- 9) Der Militärfachmann Alexander Golz beispielsweise spricht von einem eklatanten Scheitern des Bemühens um eine Militärreform und von mehr als einem Jahrzehnt „verlorener Jahre“. Aleksandr Gol'c: Armija Rossii: odinacat' poterjannyj let, Moskau: Zacharov Verlag, 2004.
- 10) Iwanow am 7.2.2007, zit. bei Roger Dermott: Russian Military "Modernizing," Not Reforming - Ivanov, Eurasia Daily Monitor, 14.2.2007, http://www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2371909 (Hervorhebung nicht im Original). Weiter sagte er: „Fällt der Begriff ‚Reform‘, fangen die Leute an zu zittern und zu schlottern.“ Lediglich Modernisierungsvorhaben würden in den Streitkräften durchgeführt.
- 11) Präsident Medwedjew am 19.8.2008, Prezident Medvedev vruchil boevye nagrody našim soldatam i oficeram, in: Rossijskaja gazeta, 19.8.2008, <http://www.rg.ru/2008/08/19/medvedev-vladikavkaz.html>. Natürlich wollte Medwedjew in Anbetracht der siegreichen Operation gegen Georgien vor den Militärs nicht öffentlich auf Mängel eingehen. Umgekehrt ist verständlich, dass Makarow gerade auf diese hinweist, weil er dadurch bessere Argumente gegenüber der politischen Seite hat, dass diese trotz Wirtschafts- und Finanzkrise Modernisierungsvorhaben in der Armee nicht vernachlässigt.
- 12) Siehe Fußnote 7.
- 13) Eine gute Analyse der Vorbereitungen findet sich bei Brian Whitmore: Did Russia Plan Its War in Georgia?, in: Eurasianet.org, 16.8.2008, http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/pp081608_pr.shtml.
- 14) Dekret (ukas) des Präsidenten vom 14.7.2007, in: <http://www.kremlin.ru/text/docs/2007/07/137830.shtml>; die entsprechende Begründung des Erlasses (sprakvka), in: <http://www.kremlin.ru/text/docs/2007/07/137831.shtml>.
- 15) So der Sprecher des Oberkommandos der Landstreitkräfte, Igor' Konašenko in: ITAR-TASS (russ.) vom 15.7.2008.
- 16) Die Darstellung der Mängel folgt zum Teil verbatim der Analyse von Margarete Klein, Militärische Implikationen des Georgienkrieges: Zustand und Reformbedarf der russischen Streitkräfte, Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin), SWP-Aktuell, No. 74 (Oktober 2008). Zusätzliche Angaben bei Nikita Petrov: Russian Army's Weaknesses Exposed During War in Georgia, in: RIA Novosti, 9.9.2008 und Felix K. Chang: Resurgent: An Initial Look at Russian Military Performance in Georgia, in: Foreign Policy Research Institute, fpri.org, 13.8.2008, <http://www.fpri.org/enotes/200808.chang.russiaresurgentgeorgia.html>.
- 17) Federal'naja programma voozruženija: četyre trilliona rublej do 2015 goda, in: Federal'nye celevyje programmy Rossii, 5.2.2008, <http://fcp.vpk.ru/cgi-bin/cis/fcp.cgi/Fcp/News/View/2010/2082>.
- 18) Rossija ukrepat svoj flot avianosnymi gruppami, in: RosBiznesKonsalting, 27.7.2008, in: <http://top.rbc.ru/politics/27/07/2008/208913.shtml>, 29.7.2008.
- 19) Interfax (russ.), 1.8.2007.
- 20) Die nachfolgende Darstellung der Entwicklungen bei den nuklearstrategischen Waffen stützt sich auf Hannes Adomeit, und Alexander Bitter: Russland und die Raketenabwehr, Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin), SWP-Aktuell, No. 23 (April 2007).
- 21) MIRV = Multiple independently targetable reentry vehicle.
- 22) Russia's Bulava Missile Fails Yet Another Test, in: UPI.com, 30.12.2008, http://www.upi.com/Security_Industry/2008/12/30/Russias_Bulava_missile_fails_yet_another_test/UPI-48141230644980/.
- 23) Die ersten Male anlässlich strategischer Manöver im Februar 2004 und auf einer Kommandeurstagung im November 2004, siehe: Zajavlenie Prezidenta Rossii Vladimira Putina na press-konferencii v Plesceke, in: <http://www.fednews.ru/>; Zaključitel'noe slovo na soveščanii rukovodjaščego sostava Voozružennyjch Sil Rossii, 17.11.2004.
- 24) Minoborony Rossii namereno sokratit' čislo generalov, in: Kommersant online, 14.10.2008, <http://kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=1040944>. Eine gute Zusammenfassung der geplanten Reformmaßnahmen Serdjukows findet sich bei Simon Saradzhan: Reforming Russia's Military, <http://www.res.ethz.ch/news/sw/details.cfm?lng=en&id=93199>; siehe auch: The Russian Armed forces Will Total 1 Million Servicemen, in: RIA Novosti, 14.10.2008, und A Military Reform That Does Not Seem to Satisfy Anyone, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 5, No. 241, 18.12.2008.
- 25) Russia's Army to Rely on Nanotechnology, Draftees till 2030, in: Kommersant', 1.8.2008, http://www.kommersant.com/p-12956/Draft_concept_army/, 1.8.2008.
- 26) Die nachfolgende Darstellung der Entwicklung bei den Verteidigungsausgaben folgt Julian Cooper: Military Expenditure in the Three-Year Federal Budget of the Russian Federation, 2008-2010, University of Birmingham: Centre for Russian and East European Studies (Research Working Paper), October 2007.

27) Putin: raschody na oboronu vozrastajut na 27%, Novaja politika, 16.9.2008, in: <http://www.novpol.ru/text51884.html>.

28) Krizis vynuždaet Rossiju sokratit' voennoj bjudžet na 15 procentov, Izvestija.ru, 11.2.2009, <http://izvestia.ru/news/news197844>.

29) Eric Bonse: Medwedjews Sicherheitsarchitektur, in: Handelsblatt, 10.12.2008.

30) TLE = Treaty Limited Equipment. Diese Kritik an der Haltung der russischen Regierung zu KSE und AKSE folgt der Analyse des Militärexperten der Nachrichtenagentur RIA Novosti, Khranchikhin, Alexander, „Will Nato and Russia Once Again Count Tanks and Aircraft in Europe?“, in: <http://en.rian.ru/analysis/20070430/64680846.html>.

31) Im Rahmen der Flankenregelungen (Artikel V des KSE-Vertrags) waren Russlands Waffensysteme in den Militärbezirken Leningrad und Nordkaukasus auf 700 Panzer, 1.280 Artilleriegeschütze und 580 gepanzerte Fahrzeuge begrenzt worden.



Dr. Hannes Adomeit

Geb. 1942; 1969 Diplom in Politologie, Freie Universität Berlin; 1972-77 Russian Institute Certificate in Russian Studies, M.A. und Ph.D. „with distinction“, Columbia University, New York; 1989-1997 Professor für Internationale Beziehungen und Direktor des Forschungsprogramms für Russland und Ostmitteleuropa an der Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University und Fellow am Russian Research Center der Harvard Universität; 1997-2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin; seit 2007 Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Brügge und Natolin (Warschau). Publikationen u.a. *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev*, Baden-Baden (Nomos), 1998 sowie Studien zur russischen Außen- und Sicherheitspolitik, Militärpolitik und zum militärisch-industriellen Komplex, abrufbar unter www.swp-berlin.org.

Solferino und seine Folgen - Sadowa und Sedan

Eine Untersuchung der Waffenwirkung im Feldzug von 1859
und deren Auswirkung auf die weitere Waffenentwicklung

Franz Felberbauer

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es als Folge der industriellen Revolution zu stürmischen Fortschritten in der Waffentechnik. Die Schlachten in dieser Periode - Solferino, Sadowa (Königgrätz) und Sedan - gaben die Richtung vor und beschleunigten diese Entwicklung. Die taktische Anpassung an diese Veränderungen erfolgte jedoch langsam und mit großen Opfern an Soldatenleben.

Solferino (1859) brachte den Durchbruch der gezogenen Feuerwaffen bei Infanterie und Artillerie und deren Einführung in fast allen Heeren Europas. Mit Sadowa (Königgrätz 1866) endete die jahrhundertelange Dominanz der Vorderladerwaffen. Der Deutsch-Französische Krieg (1870/71) etablierte die Artillerie als jene Waffengattung, die zukünftige Kriege entscheiden sollte.

Bei Solferino trafen nicht nur drei Heere, zum letzten Mal geführt von den drei Monarchen, mit unterschiedlicher Bewaffnung aufeinander, es traf auch eine veraltete Taktik, ausgeführt von Generälen mit einem pathologischen Glauben an die Fechtweise des großen Napoleon I., auf eine neue Waffentechnik. Napoleon I. und Feldmarschall Graf Radetzky hatten in der Feldherrnkunst keine Nachfolger gefunden.

Es ist erstaunlich, dass die Auswirkungen der unterschiedlichen Bewaffnung der Heere 1859 in der historischen Literatur kaum Beachtung finden. Namhafte Historiker geben sogar die Elemente der Bewaffnung falsch an (zum Beispiel Turnbull 124, Andics 155).¹⁾ Der tatsächliche Einfluss unterschiedlicher Waffen wird zwar in der Auswirkung geschildert, als Ursache aber nicht erkannt. Vielfach werden heroische Bajonettkämpfe beschrieben, die höchstwahrscheinlich in dieser Form kaum stattgefunden haben.

Der Verlierer von 1859 - Österreich - zog die richtigen Schlüsse für die Weiterentwicklung seiner Artillerie, aber katastrophal falsche Schlüsse für die Taktik der Infanterie. Das Ergebnis war eine fürchterliche Niederlage gegen Preußen 1866, die nur durch die reformierte, tapfere österreichische Artillerie etwas gemildert wurde.

Nach Sadowa (Königgrätz) lernten ausnahmsweise die Sieger von den Besiegten: Preußen erkannte die Schwäche seiner Artillerie und rüstete sie technisch und taktisch auf und um. Auch Frankreich, das bisher am Vorderladergewehr festgehalten hatte, stattete mit großer Schnelligkeit seine Infanterie mit dem hervorragenden *Chassepot*-Gewehr nach dem Zündnadelprinzip aus.

Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 war es die verbesserte preußische Artillerie, die der eigenen Infanterie trotz ihrer inferioren Bewaffnung zum Siege verhalf. Frankreich hatte sich nämlich bei seiner Artillerie auf den Lorbeeren der Siege von Magenta und Solferino ausgeruht.

Alle Geschosse der bei Solferino eingesetzten Infanteriegewehre - sowohl die Kugeln der Perkussionsgewehre mit glatten Rohren als auch die Langgeschosse der *Minié*-Gewehre und *Lorenz*-Gewehre - verfügten, wenn sie trafen, über genügend Auftreffenergie, um fürchterliche Verwundungen und tödliche Treffer hervorzurufen. Der wesentliche Unterschied bei diesen Waffen lag in der Treffwahrscheinlichkeit. Diese wird weitgehend von der Schussentfernung und Art des Zieles bestimmt. Geschlossen stehende Linieninfanterie, Kavallerie oder vorgehende Kolonnen stellen völlig andere Ziele (Flächenziele) dar als in Schwärmen vorgehende Tirailleure, Geschütze in Feuerstellung oder hinter Mauern oder in Gräben gedeckt stehende Infanterie (Punktziele). Die mögliche Waffenwirkung müsste daher die Taktik bestimmen. Bei Solferino war es oft umgekehrt. Bevor man jedoch näher auf die Wirkung der Waffen eingehen kann, erscheint eine Beschreibung ihrer Vor- und Nachteile erforderlich.

Die Bewaffnung der Franzosen

Das *Minié*-Gewehr

Zur Zeit Napoleons I. konnte die Infanterie aller Nationen mit einer glattrohrigen Steinschlossmuskete nur auf etwa 75 m wirksam mit einer Schussfolge von höchstens drei Schuss pro Minute schießen. Jenseits dieser Entfernung gab es nicht einmal gegen geschlossen stehende Linieninfanterie Treffer. Scharfschützen und Jäger besaßen gezogene Büchsen (Kugelstutzen), die zwar bis etwa 200 m recht genau schossen, deren Kugeln aber in ein „Pflaster“ gehüllt und mühsam gegen den Widerstand der Züge und Felder den Lauf hinunter gehämmert werden mussten. Dieser Ladevorgang konnte zwei bis drei Minuten dauern.

Die ersten Versuche, ein Gewehr zu schaffen, das sich „wie eine Muskete ladet und als Büchse schießt“²⁾ wurden in Frankreich unternommen. 1828 entwickelte Capitaine Delvigne ein solches System, dem 1840 die Erfindung des Colonel Thouvenin folgte. Beide Lösungen erforderten mechanische Veränderungen an den Gewehren. Das Einhämmern des Geschosses in die Züge und Felder musste mit dem Ladestock erfolgen. Die dadurch verformten Geschosse waren unsymmetrisch und hatten zwangsläufig schlechte Flugeigenschaften. Trotzdem wurden diese Systeme in einigen europäischen Armeen für die Jägertruppen eingeführt.

Captaine Claude Etienne Minié schuf 1849 eine sehr elegante Lösung: Er entwickelte ein ogivales Langgeschoss mit einer Höhlung im flachen Boden.³⁾ Es ließ sich so leicht laden wie eine Kugel. Beim Abschuss pressten die Pulvergase ein kleines eisernes Näpfchen (*culot*) in die Höhlung, welches das

Geschoß aufweitete und in Zug und Feld einpresste (Bild 1). Es wurde bald entdeckt, dass der Einpressvorgang auch ohne Eisennäpfchen funktionierte. Das Langgeschoß behielt seine ballistisch günstige Form bei und verließ den Lauf immer in gleicher Richtung. Der Drall der Züge teilte sich dem Geschoß mit, das dadurch im Flug stabilisiert wurde. Durch die Aufweitung dichtete das Geschoß den Innenraum des Laues weitgehend gegen den Laderaum ab. Der Druck der Pulvergase wurde voll wirksam, und die Mündungsgeschwindigkeit und damit die Schussweite stiegen an. Durch den Drall ergab sich bei Verwendung eines Langgeschoßes im Vergleich zur Kugel eine präzisere Flugbahn, eine viel geringere Streuung und eine höhere Treffwahrscheinlichkeit.

Mit dem *Minié*-Gewehr erzielte man mit einiger Übung auf Ziele von der Größe eines Mannes bis 225 m (300 Schritt) recht gute Treffer. Gegen Reiter oder Pferde mit ihrer größeren Zielfläche erhöhte sich diese Treffwahrscheinlichkeit auf 300 m bis 350 m. Große Massenziele wie Infanteriekolonnen konnten bis etwa 750 m unter Feuer genommen werden.⁴⁾

Das *Minié*-Gewehr besaß damit etwa die zwei- bis dreifache effektive Schussweite einer glatten Muskete. Bereits dieser erste gezogene Vorderlader in Truppenverwendung machte eine bisher übliche napoleonische Taktik unmöglich, die darin bestand hatte, dass Glattohrgeschütze praktisch ungehindert auf 250 m bis 300 m an die Infanterie heranfahren und sie mit Kartätschen unter Feuer nehmen konnten. Auch die napoleonische Taktik, Infanteriekolonnen mit zweifacher Kompaniebreite und großer Tiefe im Schnellschritt zum Durchbruch vorrücken zu lassen, konnte angesichts der großen Reichweite des Gewehres gegen solche Flächenziele nicht mehr aufrechterhalten werden.

Ein großer Vorteil des *Minié*-Systems bestand darin, dass sich nahezu jedes alte glatte Gewehr billig umrüsten ließ, indem man einfach Züge in den glatten Lauf einschnitt. Allerdings musste dabei das Kaliber - bei Gewehren der Napoleonzeit waren etwa 18 mm gebräuchlich - beibehalten werden, wodurch die Geschoßmasse beim Übergang von der Kugel zum Langgeschoß um etwa 10% zunahm. Die übliche Taschenmunition von 60 Patronen sank bei gleicher Masse auf etwa 48 *Minié*-Patronen ab. Ihre Geschoßmasse betrug 46 g mit einer Pulverladung von etwa 4,5 g.

Frankreich entschied sich für diese *Minié*-Lösung. Bis zum Jahre 1859 konnten aber nur das französische Gardekorps und Jägerbataillone mit dem *Minié*-Gewehr ausgerüstet werden.⁵⁾

Die übrigen Verbände - ebenso wie die Armee Piemont-Sardiniens - verwendeten weiterhin eine glatte Muskete mit Perkussionszündung.

Die französische Artillerie bei Solferino

Napoleon I. verfügte über die 1774 von Oberst Griebauval eingeführten Kanonen, deren Sechspfünder mit Kartätschen etwa 250 m bis 300 m und mit Vollkugeln bis etwa 800 m effektiv waren. Mit den neu eingeführten gezogenen Infanteriegewehren des Feldzuges von 1859 konnte man die Bedienungen dieser Geschütze und besonders deren Pferde wirksam unter Feuer nehmen und abschießen, bevor sie für einen Kartätschangriff einsatzbereit waren.

Wollte man die Existenzberechtigung dieser Waffengattung nicht aufs Spiel setzen, war eine Wirkungssteigerung der Geschütze unbedingt nötig. Die einfachste Lösung bestand darin, nach dem Vorbild der Infanteriegewehre in die vorhandenen Glattohrgeschütze Züge einzuschneiden. Die Langgeschoße konnten mit Führungselementen (Warzen) versehen werden, die man an der Mündung in die Züge einsetzte und mit einem entsprechenden Ladewerkzeug dem Drall folgend ins Rohr drehte, bis sie auf der vorher geladenen Treibladung aufsaßen.

Frankreich entschied sich für diese Methode. Man hatte auf Weisung Kaiser Napoleons III. nach erfolgreichen Vorversuchen in den Jahren 1848 bis 1850 in die alten bronzenen Gribauval-Vierpfünder-Vorderlader von 86,7 mm-Kaliber sechs Züge eingeschnitten und eine neue Munition entwickelt. Das System wurde unter dem Namen „*La Hitté*“⁶⁾ eingeführt.

Der Vierpfünder, nunmehr als leichte „*canon de 4, rayé, de campagne*“ (Feldkanone) bezeichnet, wurde mit vier Pferden bespannt und war äußerst beweglich. Die neuen Hohlgeschöße mit Warzenführung wogen vier kg. Es gab eine Sprenggranate (*obus ordinaire*), ein Schrapnell (*obus à balles*) und eine Kartätsche (*botte a mitraille*) (Abbildung 2).

Dies bedeutete eine totale Abkehr vom System der jahrhundertlang verwendeten Vollkugeln und Kartätschen. Für die Sprenggranate benötigte man einen Aufschlagzünder und für die Schrapnelle einen Zeitzünder. Die in Frankreich eingeführten Geschoßzünder waren allerdings ziemlich mangelhaft. Die Geschoßwirkung ließ hauptsächlich aus diesem Grund zu wünschen übrig. Bei den Sprenggranaten war die Treffgenauigkeit auf größere Entfernungen wegen des zum Laden von vorne nötigen Spiels zwischen Rohrwand und Geschoß unbefriedigend. Die Granaten streuten mit zunehmender Schussweite ziemlich stark und zerlegten sich beim Aufschlag in etwa 50 bis 60 Splitter.⁷⁾

Die bevorzugte Munition der französischen Artillerie war das Schrapnell, ursprünglich eine englische Erfindung. Ein granatähnliches, dünnwandigeres Hohlgeschöß wurde mit Kugeln gefüllt und enthielt eine Zerlegerladung, die durch einen Zeitzünder ausgelöst wurde. Schrapnelle waren nur wirksam, wenn der Zeitzünder an einem Punkt der Flugbahn ansprach, der vor und über dem zu bekämpfenden Ziel lag. In diesem Fall schlugen die 50 bis 60 Kugeln der Füllung im Zielgebiet ein. Löste der Zünder zu früh oder zu spät aus, so landeten sie wirkungslos im Gelände. Die Reichweite des neuen gezogenen französischen Vierpfüunders hatte sich aber gegenüber dem glattrohrigen Vorgängermodell verdoppelt, ein Vorteil, den die veraltete österreichische Artillerie im Jahre 1859 nie egalieren konnte.

Im italienischen Feldzug 1859 traten 32 Batterien (zu je sechs

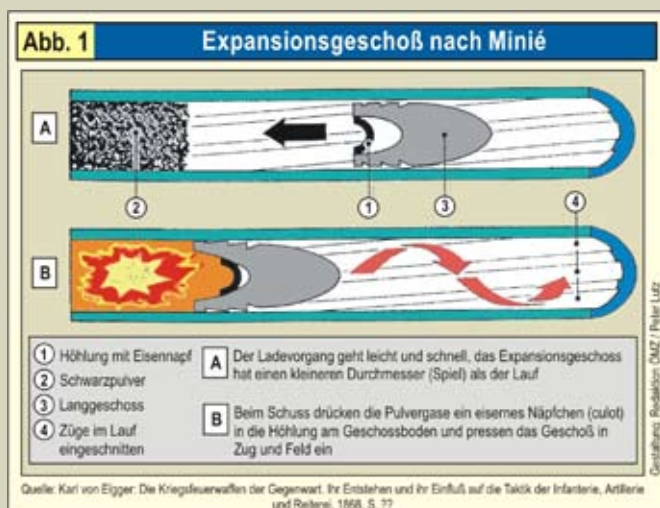
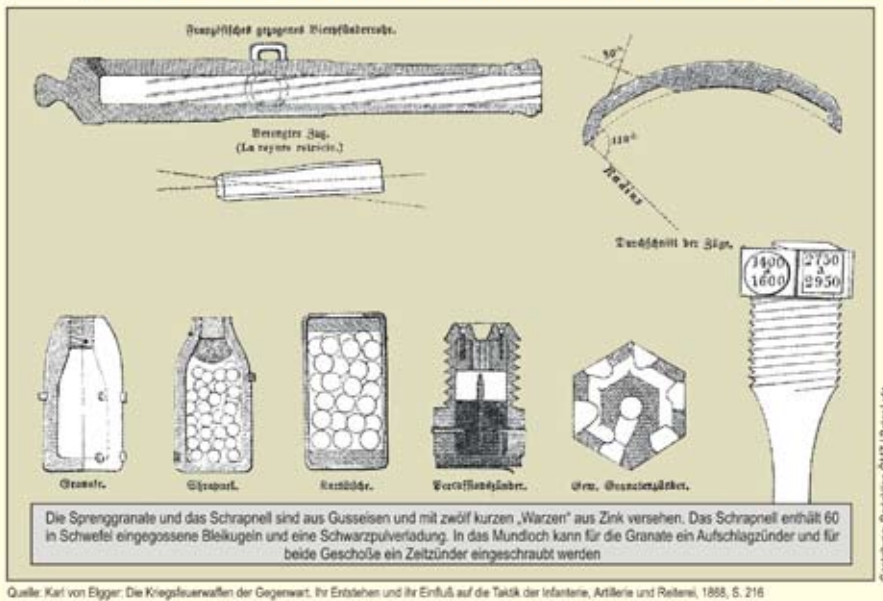


Abb. 2

Zeitgenössische Darstellung der canon de 4, rayé, de campagne und der dazugehörigen Munition sowie des verwendeten Zugprofils



Quelle: Karl von Egger: Die Kriegswaffen der Gegenwart, ihr Entstehen und ihr Einfluß auf die Taktik der Infanterie, Artillerie und Reiterei, 1888, S. 216

Handfeuerwaffen durch neue, einheitliche, gezogene Gewehre nach diesem System zu ersetzen. Die Neuanfertigung des Vorderladegewehres Muster 1854 bot die Chance, das Kaliber von den bisher für Glattrohrmusketen üblichen 18 mm auf 13,9 mm zu reduzieren. Der Vorteil gegenüber dem französischen Gewehr System Minié, bei dem das alte Kaliber beibehalten werden musste, weil man einfach in die alten Gewehre Züge eingeschnitten hatte, war ein zweifacher: Zum ersten wurde die Traglast für den Soldaten geringer. Die Lorenz-Patrone wog nur ca. 32 g (Geschoß 28 g, Ladung 4,5 g),⁸⁾ also rund zwei Drittel der französischen Minié-Patrone. Die gleiche Pulvermenge bei viel geringerer Geschossmasse resultierte in einer höheren Mündungsgeschwindigkeit und flacherer Flugbahn. Für die Perkussionszündung wurde ein sehr praktisches Zündhütchen eingeführt,

Geschützen) also 192 der „*canon de 4, rayé, de campagne*“ ins Feld, dazu noch vier Batterien Zwölfpfünder, ebenfalls in der Ausführung als gezogene Vorderlader. Napoleon III. ließ den noch mit glatten Musketen ausgestatteten Verbänden seiner Armee eine erhöhte Anzahl an gezogenen Geschützen zuteilen, um einen Ausgleich für die verminderte Reichweite und Feuerkraft ihrer Infanteriewaffen herzustellen.

Die Bewaffnung der Österreicher

Das Infanteriegewehr System Lorenz

Der Unterleutnant Josef Lorenz hatte nach langwierigen Versuchen ein Kompressionsgeschöß für die Jägerbüchse *M 1849* entwickelt und damit eine sehr einfache Methode der Geschößstauchung eingeführt. Das Lorenz-Bleigeschöß (Abbildung 3) wies an seinem hinteren Ende zwei tiefe Rillen auf und wurde beim Abschuss infolge der Massenträgheit zusammengeschoben, dadurch breiter und so in Zug und Feld eingepresst.

Dieses Geschöß löste alle Probleme, die bisher durch das mühsame Stauchen der Kugel mit dem Ladestock und die schlechten Flugeigenschaften der deformierten Geschöße entstanden waren.

Die oberste Militärbehörde entschloss sich, alle eingeführten

das leicht anzubringen war und auch bei Regenwetter eine hohe Zundsicherheit bot. Der geringere Geschößquerschnitt ergab einen geringeren Luftwiderstand im Flug und damit insgesamt eine höhere Reichweite als das französische *Minié*-Gewehr.

Der chronische Geldmangel Österreichs - dem damaligen österreichischen Finanzminister Baron Bruck wird der Ausspruch zugeschrieben: „*Gott erhalte die österreichische Armee, ich kann es nicht mehr!*“⁹⁾ - und die mangelnde Kapazität der Produktionsstätten führten dazu, dass 1859 nur die Linienregimenter der in Oberitalien stehenden 2. Armee mit dieser Waffe ausgerüstet wurden. Die übrigen Truppen verwendeten das glatte Infanteriegewehr *M 1842* weiter. Die Verbände der in Österreich sehr starken Jägertruppe waren weiterhin mit der gezogenen Jägerbüchse *M 1849*, einer Verbesserung des Systems Delvigne mit dem Lorenz-Kompressionsgeschöß, ausgerüstet. Damit konnten in der Minute fünf gut gezielte Schüsse abgegeben werden. Die Jäger rekrutierten sich zum Beispiel aus Tirol, einem Land, dessen Bevölkerung auch zivil das Schießen pflegte, beziehungsweise aus einschlägigen Berufen wie Jägern und Förstern. Sie stellten als erfahrene Schützen in der österreichischen Armee eine Elitetruppe dar.

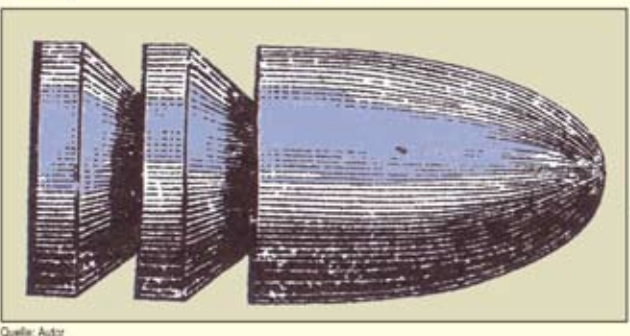
Die nach und nach zur Verstärkung nach Oberitalien verlegten Regimenter wurden zwar mit dem Lorenz-Gewehr ausgerüstet, eine gründliche Ausbildung an dieser weittragenden Waffe hatte aber nicht stattgefunden. Sie konnten daher die Vorteile ihrer Gewehre kaum nützen. Die taktischen Veränderungen, die sich aus der erhöhten Schussweite ergaben, wurden ebenfalls nicht bzw. falsch berücksichtigt

Die österreichische Artillerie 1859

Das österreichische Artilleriematerial von 1859 stammte noch aus der Mitte des vorhergehenden Jahrhunderts. Fürst Wenzel von Liechtenstein, seit 1744 Generaldirektor der österreichischen Haus-, Land- und Feld-Artillerie, hatte bis 1753 sein persönliches Vermögen eingesetzt, um für seine verehrte Kaiserin Maria Theresia jene moderne Artillerie zu schaffen, die man für die Kriege gegen Preußen benötigte. Er unterband auch

Abb. 3

Österreichisches Kompressionsgeschöß nach Lorenz



jede Günstlingswirtschaft bei der Artillerie. Karriere machte man nur aufgrund erbrachter Leistung. In seinem Versuchsstab dienten zahlreiche ausländische Spezialisten. Darunter der französische Oberst Jean-Baptiste Vaquette de Gribeauval, der in österreichischen Diensten die gesamte Entwicklung mitgemacht und genau studiert hatte. Nach seiner Rückkehr in die französische Armee schuf er um 1774 aufbauend auf den österreichischen Verbesserungen jenes französische Artilleriesystem, dem Napoleon I. seine größten Erfolge verdankte. Seine wesentlichste Veränderung im Vergleich zu den liechtensteinschen Geschützen bestand darin, dass er die Rohrlänge der französischen Artillerie auf 18 Kaliberlängen erhöhte. Gegenüber den 16 Kaliberlängen der österreichischen Artillerie gab dies den französischen Kanonen während der gesamten Revolutionskriege und während der Napoleonischen Kriege einen merkbaren Vorteil in der Reichweite. Trotz dieser negativen Erfahrungen wurde das österreichische System nicht verbessert. Die Munition für diese Geschütze bestand aus gusseisernen Vollkugeln, Kartätschen und Brandgeschossen. Liechtenstein hatte das Spiel auf 4,4 mm reduzieren lassen, wodurch es möglich wurde, auf eine Entfernung von 750 m gegen ein Ziel von der Breite und Höhe einer Infanteriekompanie eine 50- bis 70-prozentige Treffwahrscheinlichkeit zu erreichen. Auf 1.125 m (1.500 Schritt) sank diese Treffwahrscheinlichkeit auf 12% ab. Die österreichische Artillerie war daher an Schussweite und Munitionswirkung bei Solferino gegen die französischen Geschütze hoffnungslos im Nachteil. Für die piemontesische Artillerie sind dieselben Wirkungsreichweiten und Treffergebnisse anzunehmen wie bei der österreichischen.

Die Bewaffnung der piemontesischen Armee

Die Truppen Piemont-Sardiniens waren mit einer Glattrohr-Muskete mit Perkussionszündung bewaffnet, nur die *Bersaglieri*, eine piemontesische Elite-Truppe, verfügten über gute gezogene Büchsen (Kugelstutzen mit Pflasterkugeln). Die Infanteriebewaffnung war in jeder Hinsicht dem *Minié*-Gewehr unterlegen. Die Artillerie war mit Achtpfündern und Sechzehenpfündern, montiert auf den von dem sardinischen Artillerieoffizier (später General) Giovanni Cavalli entwickelten Lafetten, ausgerüstet, alles Glattrohrkanonen. Wirkung und Reichweite der piemontesischen Waffen entsprachen dem Standard der Napoleonischen Kriege.

Die Waffenwirkung und Taktik bei Solferino

Der Feldzug 1859 wurde von Österreich von Anfang an diplomatisch und strategisch verloren. Kaiser Franz Josef I. war 1848 in einer Notsituation mit 18 Jahren zur Regierung gekommen und sofort in die schwierige Situation des ungarischen und italienischen Aufstandes geraten. Zehn Jahre nach der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn mit russischer Hilfe 1849 und den eindrucksvollen Erfolgen (Sommecampagna 1848, Novara 1849) Feldmarschall Radetzky in Italien war die österreichische Armee kein voll funktionsfähiges Instrument mehr. Die Mobilisierung der im Frieden aus Geldmangel auf die unbedingt notwendige Mannschaft reduzierten Verbände erfolgte sehr langsam, besonders in den ehemaligen Aufstandsgebieten gab es Probleme. Die italienischen und ungarischen Truppenteile galten als unzuverlässig.

Kaiser Franz Josef I. hatte keinerlei Erfahrung als militärischer Befehlshaber. Feldmarschall Radetzky war 1858 gestorben. Feldzeugmeister Ferencz Jozsef Gyulai, aus einem ungarischen Magnatengeschlecht stammend, wurde durch Graf Grüne, den Generaladjutanten Franz Josefs, für die Nachfolge Radetzky favorisiert. Der Ausspruch Grünes: „*Was der alte Esel mit achtzig Jahren gekonnt hat, wirst du auch zusammenbringen!*“ ist überliefert. Gyulai konnte es nicht. Die Wahl dieses nach außen hin mit Festigkeit auftretenden, aber seiner Aufgabe als Oberbefehlshaber in keiner Weise gewachsenen Generals kann nur als äußerst unglücklich bezeichnet werden. Dazu kam, dass die Masse der obersten Truppenführer ihre Positionen nicht wegen ihrer Tüchtigkeit, sondern wegen ihrer adeligen Herkunft und ihrer Beziehungen zum Hof erhalten hatten. Schon Erzherzog Karl, dem es als erstem europäischem Feldherren gelungen war, Napoleon I. zu Lande zu schlagen, hatte bei seiner Armee reform 1806 ohne Erfolg gegen diesen Übelstand angekämpft. Regimentsinhaber, die ihre Regimenter kaum jemals sahen, konnten die Stellen bis zum Hauptmann nach eigenem Gutdünken besetzen. Bei Solferino betrieben einige höchstrangige Kommandanten Befehlsverweigerung.

Der ideale Typ des wissenschaftlich gebildeten Offiziers, den Erzherzog Karl bei seiner Armee reform 1806 gefördert hatte, trat nach dem Revolutionsjahr 1848 wieder in den Hintergrund. Er fand sich vermutlich noch am ehesten bei der Artillerie und der Pioniertruppe, beides traditionell hervorragende Truppengattungen der österreichischen Armee, in denen kaum Aristokraten dienten. Den Pionieren gelang es auch 1859, durch gezielte Zerstörungen von Brücken, Wegen und Straßen den Vormarsch der französischen Armee nachhaltig zu verzögern.

Vielleicht auch aus diesem Grund zogen die Artilleristen aus der Niederlage von Solferino die richtigen Schlüsse. Für Infanterie und Kavallerie galt dies nicht. Bei der Überbewertung der Tradition und dem Konservatismus der aristokratischen militärischen Führungsschicht wäre es auch vergeblich gewesen, zu verlangen, dass die Taktik der in rascher Folge wechselnden Waffentechnik angepasst würde. Man hatte die Wirkungsweise und Leistung der neuen Waffen nicht verstanden und offensichtlich nach 1859 nicht nur nichts dazugelernt, sondern die Mängel noch vergrößert. In der österreichischen Armee fand sich in dieser Periode kein Militärwissenschaftler vom Range der Deutschen von Plönies und Rüstow oder des Schweizer Elgger. Man hatte offenbar auch deren Veröffentlichungen nicht gelesen, weil beispielsweise Rüstow genau beschrieb, wie sich die preußische Armee mit ihrem Zündnadelgewehr gegen die Stoßtaktik der Österreicher verhalten sollte. Und es genau so tat.

Die Einführung gezogener Gewehre mit Expansions- oder Kompressionsgeschossen hatte die brauchbaren Schussweiten der Infanterie erweitert, die Einführung der Perkussionszündung ihre Zuverlässigkeit auch bei nassem Wetter bedeutend erhöht. Bei Solferino verfügten Franzosen und Österreicher wenigstens zum Teil über derartige Handfeuerwaffen. Dem 1854 neu eingeführten österreichischen *Lorenz*-Gewehr ging nicht nur der Ruf voraus, bedeutend weiter zu schießen als die französische *Minié*-Waffe, es schoss auch tatsächlich weiter und genauer. Die wirklich brauchbare Schussweite lag aber, wie zeitgenössische Militärwissenschaftler sowohl vor 1859 als auch vor 1866 aufgezeigt haben, nicht dort, wo sie von der militärischen Führung angenommen wurde.

Der Ablauf der Ereignisse ist bekannt: Napoleon III. wusste um die Vorteile des österreichischen Gewehrs und schrieb in seinem Tagesbefehl zu Beginn des Feldzuges: „... *die neuen Waffen sind nur gefährlich, wenn Ihr ihnen fernbleibt*“¹⁰⁾ Tatsächlich war die erfolgreiche französische Taktik bei Solferino, mit aufgepflanztem Bajonett in weit aufgelöster Ordnung so rasch wie möglich an die österreichische Infanterie heranzukommen. Die französische Infanterie, besonders die Jäger, war nicht nur aus dem Krimkrieg, sondern auch aus ihren Kolonialkriegen in Algerien und Marokko mit dieser Fechtweise vertraut. War die Distanz auf diese Weise verringert, so wurde auf nahe und damit sehr wirksame Entfernung das Feuer eröffnet. Der preußische Hauptmann Rüstow schrieb bereits 1862: „[D]ie Franzosen haben [bei Solferino] *sehr viel geschossen und keineswegs allein das Bajonett gebraucht, wie man die Welt glauben machen möchte*.“¹¹⁾

Statistische Unterlagen über die Art der Verwundungen nach der Schlacht, die damals bereits verfügbar waren, hatten gezeigt, dass auf hundert Verwundungen durch Feuerwaffen kaum eine mit blanker Waffe kam.¹²⁾ Allein dadurch ist die damals besonders in Zeitungen vertretene Ansicht, die Siege der französischen Armee in Oberitalien seien nur durch das fürchterliche französische Bajonett errungen worden, eindeutig widerlegbar.

Es kam kaum zu Bajonettkämpfen, weil die angegriffene Truppe in Wirklichkeit auswich.¹³⁾

Die österreichische militärische Führung übernahm jedoch aufgrund dieser völlig falschen und unrealen Annahme die französische „Stoßtaktik“. Vor Solferino erwartete man sich alles vom - möglichst weiten - Schießen, nachher war man von der geringen Leistungsfähigkeit der neuen und falsch eingesetzten Feuerwaffe enttäuscht, und Österreich setzte nun voll auf den Spruch des russischen Feldmarschalls Suworow, dass „*das Bajonett weise und die Kugel töricht*“ sei.

Die selbstmörderische „Stoßtaktik“ führte in der Folge im Krieg von 1866 gegen Preußen - angesichts der Feuergeschwindigkeit¹⁴⁾ der preußischen Zündnadelgewehre von bis zu neun Schuss in der Minute - zu fürchterlichen Verlusten auf österreichischer Seite. (Allerdings verhalf dieselbe „Stoßtaktik“ im Krieg von 1864 gegen Dänemark und auch 1866 bei Custozza gegen Italien zu unleugbaren Erfolgen. Militärwissenschaftler wiesen aber bereits unmittelbar danach darauf hin, dass diese Erfolge mit unnötig hohen Verlusten erkauft wurden.)

Doch auch Solferino ist nicht eindeutig zu beurteilen. Die französische Führung war taktisch, hauptsächlich wegen der Kriegserfahrung im Krimkrieg, etwas besser. Die französischen Soldaten waren auch viel besser gepflegt¹⁵⁾ und strategisch besser geführt. Abgesehen von dem unter den gegebenen Umständen richtigen Befehl Napoleons III., rasch die Distanz zu den österreichischen Linien zu verringern, standen die französischen Offiziere der waffentechnischen Entwicklung genauso hilflos gegenüber wie ihre Gegner. Es gab in Frankreich das böse Wort von den Löwen, die (bei Solferino) von Eseln angeführt wurden. Die Begründung des napoleonischen Tagesbefehls war weniger der Waffentechnik als der Psychologie zuzuschreiben. Besonders die afrikanischen Kontingente der französischen Armee nahmen instinktiv angesichts der Feuerwirkung der österreichischen Gewehre von selbst eine aufgelöste Ordnung ein, mit der sie in überlegener Anzahl die Österreicher überannten.¹⁶⁾ Die Folge war, dass sich in der französischen Armee die Meinung verbreitete, dass Generäle und Offiziere wenig

zählten. „*C'est le général soldat qui a gagné la bataille de Solferino*.“¹⁷⁾

Die mangelnde Qualität der piemontesischen Führung wurde dadurch demonstriert, dass die gesamte zahlenmäßig überlegene piemontesische Armee, trotz der äußersten Tapferkeit der italienischen Soldaten, von einem einzigen österreichischen Korps geschlagen werden konnte.

Was sich vermutlich tatsächlich bei Solferino abgespielt hat, beschrieb der preußische Hauptmann und Militärwissenschaftler Cäsar Rüstow bereits 1862 in seinem Buch „Die neueren gezogenen Infanteriegewehre. Ihre wahre Leistungsfähigkeit“.

Vorauszuschicken ist, dass die Glattrohrmusketen mit ihrer wirksamen Reichweite von etwa 75 m keine großartige Ausbildung im Zielen und Schießen erforderten. Man trainierte die Soldaten darauf, möglichst schnell zu laden und abzufeuern.

So wurden zum Beispiel für die frisch ausgehobenen Rekruten der napoleonischen Armee, die 1813 zahlreich in der Völkerschlacht bei Leipzig fochten, vier Schüsse mit Platzpatronen und zwei scharfe Schüsse als völlig ausreichende Schießausbildung angesehen. Diese „Schießausbildung“ erforderte nur wenige Tage Zeit und erfolgte während des Verlegungsmarsches aus den Rekrutendepots in Frankreich nach Sachsen.¹⁸⁾ Die preußische Armee führte erst unter General Scharnhorst und nach dem Sieg über Napoleon I. verpflichtende Schießübungen auf Scheiben ein. Der berühmte preußische Waffendrill hatte bis dahin nur zur Erhöhung der Feuerschnelligkeit gedient. Es genügte bei der Distanz von maximal 75 m, das Gewehr in Richtung der gegnerischen Linie zu halten. Bei manchen preußischen Gewehren zur Zeit Friedrichs II. fehlten Zielvorrichtungen wie Kimme und Korn gänzlich. Die Flugbahn der Rollkugel war so, dass man bei dieser geringen Schussweite treffen musste, wenn auch nicht den Mann, auf den man angehalten hatte. Nach Einführung des Zündnadelgewehres stellte Preußen pro Jahr 100 Patronen für jeden Mann für Schießübungen zur Verfügung.

Schon die ersten gezogenen Gewehre besaßen ein so genanntes Standvisier. Ziele man damit auf die Körpermitte des Gegners, so erhob sich die Flugbahn des Geschosses bis etwa 275 m Schussentfernung nie über 1,7 m, der Körperhöhe eines Soldaten. Jedes Ziel innerhalb dieses „bestrichenen Raumes“ wurde getroffen, zumal jedes Expansionsgeschoss die Gewehrmündung immer in derselben Richtung verließ (Abbildung 4).

Schoss man auf weitere Entfernung, so war der Schütze gezwungen, die Entfernung abzuschätzen und mittels eines aufzuklappenden Stangen- oder Schiebevisieres mit der entsprechenden Entfernungsmarke zu zielen. Bei den Waffen dieser Periode erhob sich bei Schussweiten über die Entfernung des Standvisiers von 250 m bis 300 m hinaus das Geschoss in weitem Bogen über die Stehhöhe eines Mannes, und erst am Ende der Flugbahn gab es wieder einen bestrichenen Bereich, in dem Treffer möglich waren. (Abbildung 4)

Der deutsche Hauptmann von Plönies hatte die Flugbahnen der damals bekannten gezogenen Gewehre untersucht und 1861 das Buch „Neue Studien über die gezogenen Feuerwaffen“ veröffentlicht, in dem er genaue Tabellen für die bestrichenen Räume bei verschiedenen Schussweiten auflistete.

Von Plönies fand für das österreichische Infanteriegewehr *M 1854* mit dem „Lorenz'schen Compressionsgeschoss“ (in Abbildung 4 als „*Süddeutsches Gewehr österr. Kal[ibers]*“ bezeichnet), dass sich bei einer Schussentfernung von 450 m (600 Schritten) der bestrichene Raum für ein Ziel von Infan-

teristenhöhe bei einem Haltepunkt Körpermitte auf nur etwa 50 m einengte, und zwar etwa 27 m vor und 23 m hinter dem Zielpunkt. Für ein höheres Ziel wie einen Reiter stieg der bestrichene Raum auf etwa 75 Meter an.

Schätzte der österreichische Infanterist nun die Entfernung des Gegners auf 450 m und stellte sein Visier danach ein, so verfehlte er das Ziel, wenn die tatsächliche Entfernung 420 m oder 475 m betrug, obwohl sein Schätzfehler in diesem Fall nur 25 m bis 30 m oder ungefähr 6,5% der Zielentfernung betragen hätte.

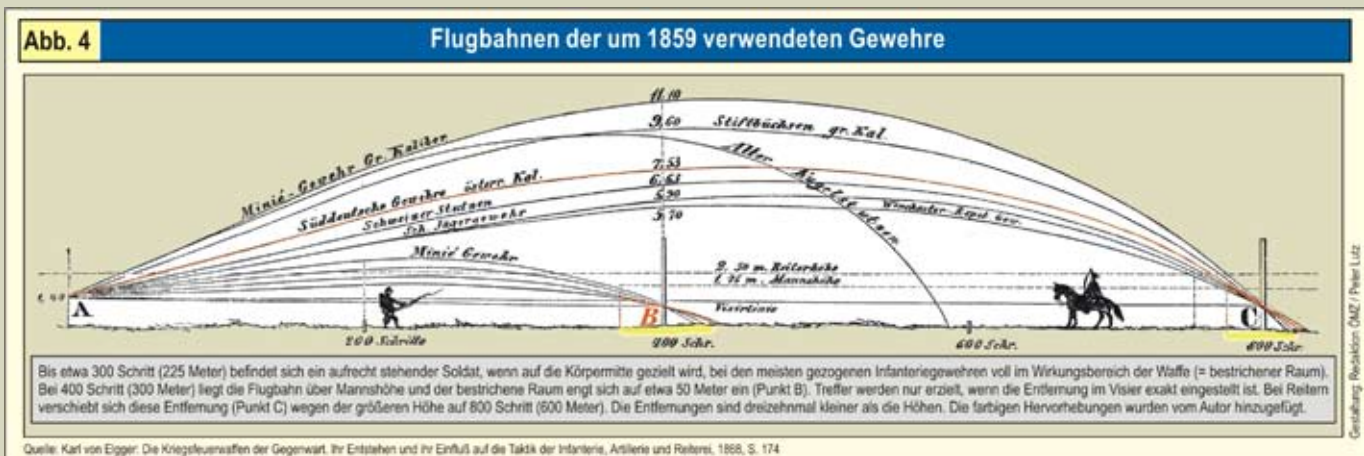
Für das französische *Minié*-Gewehr waren wegen seiner im Vergleich zur Geschoßmasse viel schwächeren Pulverladung die bestrichenen Räume bei größerer Schussweite sogar noch viel ungünstiger.

Die Problematik lag ganz offensichtlich darin, dass die Soldaten auf dem Schießplatz bei exakt ausgemessenen Schießentfernungen mit den neuen Gewehren tatsächlich sehr gut trafen, aber im Gefecht nicht in der Lage waren, Distanzen richtig abzuschätzen. Gelände, Beleuchtung, Ermüdung und persönliche physische Merkmale (Augenfehler) spielten dabei eine große Rolle. Selbst nach modernen Erkenntnissen können Entfernungen bis maximal 450 m von ausgebildeten Soldaten nur mit einem Fehler von 25% bis 30% geschätzt werden. Bei intensiver Ausbildung verbessern sich die Werte etwas. Eine vernünftige Erstschusstreffwahrscheinlichkeit wird daher nur auf Entfernungen von weit unter 450 m zu erzielen sein. Modernste Infanteriewaffen und Ausbildungsmethoden des 21. Jahrhunderts berücksichtigen diese Tatsachen.¹⁹⁾

Die Auseinandersetzungen bei Solferino dürften sich (nach Rüstow) wie folgt abgespielt haben: Die französischen Soldaten

passiven Verteidigung, kehrt und räumt das Feld. Der Feind dagegen, weit entfernt, den wirklichen Bajonettkampf zu suchen, macht halt und eröffnet aus nächster Nähe ein wirksames Feuer auf die Zurückgehenden, welches nun auch die nahe stehende geschlossene Reserve trifft, deren moralischer Halt schon durch das Zurückgehen der Schützen gelitten hat.“²¹⁾

Der Logik dieser Ausführungen ist zuzustimmen. Sie lässt aber auch eine weitere Auslegung zu: Im Norden des Schlachtfeldes wies das österreichische VIII. Korps unter Feldzeugmeister Benedek die Angriffe der zahlenmäßig weit überlegenen piemontesischen Armee bei nur leichten eigenen Verlusten ab. In diesem hügeligen und sehr bewachsenen Gelände war die Sichtweite wohl sehr viel geringer als im Südteil. Die geschlossen angreifenden piemontesischen Divisionen kamen damit erst innerhalb des vollen bestrichenen Raumes des *Lorenz*-Gewehrs in die Sichtweite der Soldaten des VIII. Korps. (Diese Truppe war als Teil der 2. Armee schon sehr früh mit damit ausgerüstet worden.) Dessen Feuer war damit höchst wirksam, wie die schweren Verluste der Piemontesen zeigten. Es kann hier kaum zu Bajonettkämpfen gekommen sein, weil die Angriffe der Piemontesen nach vorliegenden Berichten bereits 80 m bis 90 m vor den Stellungen der Österreicher zusammenbrachen. Hier muss man annehmen, dass das Vertrauen der Österreicher in ihr Gewehr und damit das Selbstvertrauen stieg. Die Österreicher gingen früh zum Gegenangriff über und nahmen sogar die Höhe von San Martino ein. Das Abwehrfeuer der Italiener muss wegen ihres leistungsschwachen Gewehres als wenig wirksam angesehen werden. Benedek zögerte den befohlenen Rückzug sogar fünf Stunden hinaus und warf die Division von General Duraldo aus ihren Stellungen bei Madonna del Scoperta. Nur



rückten in stark aufgelösten Schwärmen geringer Tiefe vor. Sobald die Österreicher im Vertrauen auf ihr weittragendes Gewehr auf 500 m bis 600 m das Feuer eröffneten, hatte dies aus den oben erklärten Gründen keinerlei Wirkung. Rüstow schrieb: „Die Schützen verlieren das Vertrauen auf die Waffe, auf deren Wirkung sie so stark rechneten, sie werden unruhig und schießen umso schlechter. Schließlich stürzt sich der Feind, in malerischer Hose, vielleicht sonst noch phantastischer Tracht, mit gefällttem Bajonett und wüstem Geschrei auf die Position. Der biedere Deutsche,²⁰⁾ statt zu bedenken, dass mit der Nähe des Gegners seine Waffe höchst wirksam wird, lässt sich imponieren, und statt zu schießen oder den Entschluss zu fassen, dem Feind seinerseits entgegenzugehen und ihn seine größere physische Kraft fühlen zu lassen, macht er, verbissen in den Gedanken der unseligen

die Bedrohung seiner Rückzugslinie durch die bei Solferino durchgebrochenen Franzosen hielt ihn davon ab, einen finalen Schlag gegen die zurückgehenden piemontesischen Truppen zu führen. Diese Erfolge müssen neben anderen Faktoren dem überlegenen österreichischen Infanteriegewehr zugeschrieben werden.

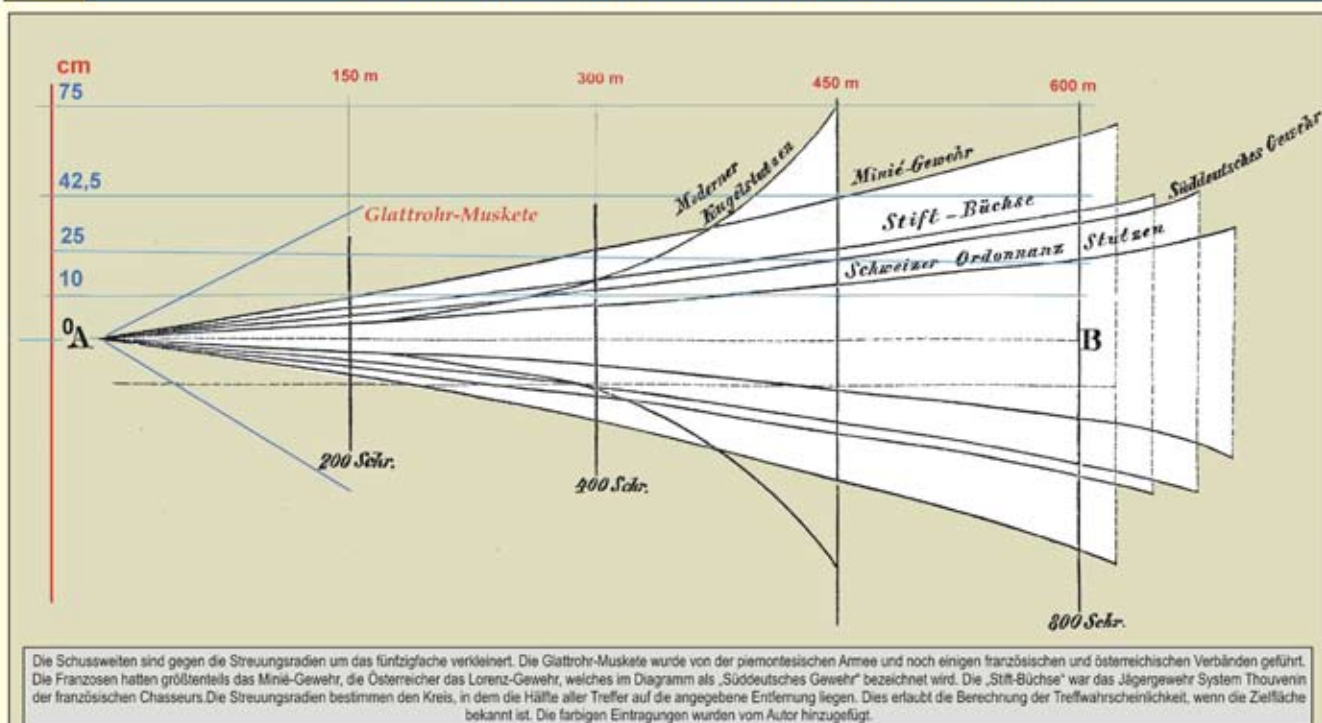
Die zeitgenössischen Autoren mussten sich bei der Beurteilung der Waffenwirkung auf den bestrichenen Raum beschränken. Der bestrichene Raum konnte empirisch auf dem Schießplatz ermittelt werden. Auch die Streuung der Waffen, das ist vereinfacht gesagt der Durchmesser, in dem alle Schüsse liegen, wenn man mit immer gleichem Haltepunkt auf eine Scheibe schießt, wurde damals im Versuch bestimmt. In Abbildung 5 sind die Ergebnisse in Form der

Streuungsradien, innerhalb derer 50% aller Treffer liegen, für die 1859 eingeführten Gewehre dargestellt. Die Einführung der Wahrscheinlichkeitsrechnung bietet die Möglichkeit, auch die Treffwahrscheinlichkeit dieser Waffen nach der im 20. Jahrhundert üblichen Methode mit ausreichender Genauigkeit zu berechnen.²²⁾ Dadurch bietet sich die Möglichkeit einer zusätzlichen Beurteilung, die den zeitgenössischen Autoren nicht zugänglich war. Die Auflösung der geschlossenen Infanterieformationen in Tirailleurschwärme erfordert nämlich gezieltes Schießen auf einzelne Soldaten, nicht den Schuss auf eine gegenüberstehende kompakte Fläche von Infanterie.

Chance, einen ungedeckt stehenden österreichischen Soldaten zu treffen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, dass die Angriffe der piemontesischen Divisionen schon weit vor jener Entfernung zusammenbrachen, auf der das Bajonett einsetzbar gewesen wäre.

Der schweizerische Hauptmann von Elgger schrieb zum Feldzug von 1859:²³⁾ „Man frage jene Offiziere beider Armeen, welche bei Magenta und Solferino den ganzen Tag in erster Linie gefochten haben, ob sie jemals im freien Felde ein Bajonettgefecht oder ein Handgemenge gesehen haben. Man wird sich eines anderen belehren“. Und weiter: „Es ist gut und sogar

Abb. 5 Die Streuungsradien der bei Solferino verwendeten Infanteriewaffen



Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz

Quelle: Karl von Egger: Die Kriegswaffen der Gegenwart. Ihr Entstehen und ihr Einfluß auf die Taktik der Infanterie, Artillerie und Reiterei. 1868. S. 171

Der bestrichene Raum gibt nur an, ob der Soldat überhaupt im Wirkungsbereich der Waffe liegt. Durch die mit der Entfernung steigende Waffenstreuung kann man auch rechts und links an ihm vorbeischießen.

Alle Männer sind nun etwa 40 cm breit, und der zu treffende Körper von den Oberschenkeln aufwärts etwa 80 cm hoch. Berechnet man die Treffwahrscheinlichkeit für eine solche Fläche mit Verwendung der Daten aus Abbildung 5, so ergeben sich unter Schießplatzbedingungen folgende Treffwahrscheinlichkeiten:

Die körperliche und seelische Belastung im Gefecht reduziert diese berechneten Werte erheblich. Die übliche Annahme ist, dass sich die Streuungswerte verdoppeln und die Treffwahrscheinlichkeiten halbieren.

Bei den Angriffen der piemontesischen Armee auf das VIII. Korps ist anzunehmen, dass sich ihre Angriffskolonnen ab etwa 200 m in jener Zone befanden, in der das österreichische Lorenz-Gewehr theoretisch 100% Treffer erzielen konnte.

Die Piemontesen hatten aber - unter der Annahme bester Schießplatzbedingungen - auf 200 m keine und erst bei 75 m Meter eine etwa 70-prozentige

notwendig, dass der Soldat Vertrauen zu seinem Bajonett habe und dass er sich im Nahkampf für unüberwindlich halte. Doch dass - wie das Benehmen der Österreicher im Feldzuge 1866 in Böhmen gezeigt - höhere Offiziere und Generäle das wahre Wesen des Bajonettangriffes nicht besser kennen und es sich einfallen lassen, alles mit dem Bajonett machen zu wollen, dass sie nicht wissen, dass der Bajonettangriff moralisch, aber nicht physisch wirkt, das ist doch zu arg“.

Rüstow und Elgger kamen zu dem Schluss, dass „ein gründliches Studium der Kriegswissenschaften“ die Österreicher veranlassen hätte müssen, bei Solferino erst innerhalb von 225 m mit ihren dann sicher treffenden Gewehren das Feuer zu eröffnen. Beim VIII. Korps Benedeks scheint dies auch tatsächlich der Fall gewesen zu sein. Im Mittel- und Südteil des Schlacht-

		Treffwahrscheinlichkeiten (in %)				
Waffe/Entfernung		75 m	150 m	200 m	300 m	450 m
Muskete	Piemont, Frankreich	70	40	0	0	0
Kugelstutzen	Jäger Piemont	100	95	50	41	4
Minié-Gewehr	Frankreich	100	81	78	21	12
Lorenz-Gewehr	Österreich	100	100	97	71	30

Quelle: Autor

feldes gelang es der französischen Armee, unter massivem Einsatz überlegener Truppenmassen, mit großen Verlusten die entscheidenden Höhen einzunehmen. Die versuchten massierten Gegenstöße der Österreicher blieben meist nicht im Feuer der *Minié*-Gewehre, sondern im Granat- und Schrapnellfeuer der französischen Artillerie liegen.

Die Artillerie bei Solferino

Napoleons I. Artillerietaktik bestand im Wesentlichen darin, hinter einem Schleier von leichter Infanterie - Tiralleuren und Voltigeuren - und leichter Kavallerie eine „große Batterie“ von 40 bis 100 Kanonen in etwa 250 m Entfernung vor der gegnerischen Linie zusammenzuziehen und mit Kartätschen eine Lücke zu schießen, in die seine Sturmkolonnen (*masse de rupture*) im Geschwindschritt²⁴⁾ einbrachen. Diese Artillerietaktik wurde bei Solferino nur auf österreichischer Seite versucht. Gegen die französischen Geschütze war die österreichische Artillerie aber chancenlos. Die gezogenen Kanonen der Franzosen konnten wegen ihrer überlegenen Schussweite sowohl gegen die österreichische Infanterie als auch gegen die österreichische Artillerie wirken, bevor Letztere in Aktion treten konnte. Die französische Artillerie schaffte es auch, rasch entscheidende Höhen zu besetzen und dort eine größere Anzahl von Batterien zu massieren.

Wie weit diese bessere Artillerieführung Napoleon III. selbst zuzuschreiben war, ist nicht völlig geklärt. Er war aber, wie sein großes Vorbild Napoleon I., Artillerieoffizier und an der schweizerischen Offiziersschule in Thun ausgebildet worden. Sein Lehrer war der spätere Schweizer General Guillaume Henri Dufour, der Gründer der heute noch bestehenden Militärschule in Thun.

Napoleon III. verfasste ein „*Manuel d'Artillerie*“, das in seiner deutschen Ausgabe als „Handbuch der Artillerie“ auch im deutschsprachigen Raum ein Standardwerk für Artillerieoffiziere wurde. Napoleon III. war von der Regierung in Bern zum Ehren-Hauptmann der Schweizer Artillerie ernannt worden.²⁵⁾

Napoleon III. wird die Entscheidung zugeschrieben, nach den entsetzlichen Verlusten der französischen Infanterie bei der Erstürmung des Zypressenhügels und der Höhen von Solferino, Cassiano und Monte Fontana die von den Österreichern gut befestigte Höhe von Cavriana nach mehreren vergeblichen verlustreichen Infanterieangriffen mit seiner gesamten Gardartillerie sturmreif schießen zu lassen. Er soll persönlich die Leitung der Artillerie übernommen und vor der Feuereröffnung die Richtung jedes einzelnen Geschützes überprüft haben.²⁶⁾ Die Granaten, deren Sprengkraft durch die Steine der Mauern und die Holzsplitter der Dächer verstärkt wurde, hatten in den mit Verteidigern dicht belegten Häusern und Gräben eine fürchterliche Wirkung. Der Ort wurde zu einem Schutthaufen geschossen, und die anschließend vorrückende französische Infanterie fand kaum mehr Widerstand vor. Bei Cavriana dürfte zum ersten Mal Artillerie in einer Weise eingesetzt worden sein, die, vom Russisch-Japanischen Krieg beginnend, im Ersten Weltkrieg einen Höhepunkt erreichte.

In Österreich sind, wie bei Niederlagen üblich, nur die vermutlich wenigen erfolgreichen Aktionen der österreichischen Artillerie überliefert und dokumentiert, weil man die beteiligten Soldaten ausgezeichnet hatte. Diese Berichte geben ein gutes Bild der eher verzweifelten Lage der Österreicher, zeigen aber

auch die Schwächen des *La Hitte*-Systems auf.

So gelang es Hauptmann Krobotin bei Solferino, mit einer Sechspfünder-Batterie zwei französische Batterien auf 1.800 m Entfernung mit Rollschüssen erfolgreich unter Feuer zu nehmen²⁷⁾ und zu demontieren. Der Rollschuss mit der Vollkugel war das beliebteste alte Artillerie-Schießverfahren, das allerdings nur im ebenen Gelände funktionierte. Man schoss Vollkugeln so ab, dass sie mehrmals den Boden berührten und wieder abprallten, und erzielte so die größte Wirkung in die Tiefe.

Hauptmann Winterstein hatte am 8. Juni im Gefecht bei Melegnano seine halbe Kavallerie-Batterie 10/VII in einer rasch aufgeworfenen Erdddeckung positioniert und ließ sich auf 1.000 m von drei französischen Kanonen beschießen, ohne das Feuer zu erwidern. Erst als diese auf ca. 600 m heranrückten, eröffnete er das Feuer und erzwang ihren Rückzug. Als die Franzosen daraufhin zwölf Kanonen vorführten, wiederholte er dieses Verfahren, zwang auch diese zum Rückzug und konnte zuletzt stürmende *Zuaven* zweimal mit Kartätschen zurückweisen.²⁸⁾

Diese beiden Vorfälle sind nur dadurch erklärbar, dass die französischen Kanonen eine geringe Treffwahrscheinlichkeit gegen Punktziele aufwiesen und auch die Geschosßwirkung gegen derartige Ziele gering war. Im offenen Gelände gelang es der massierten französischen Artillerie nahezu immer, die mit großer Tapferkeit angreifende österreichische Infanterie - ein typisches Flächenziel - abzuwehren.

In der Verteidigung konnte sich die österreichische Artillerie offensichtlich ganz gut schlagen, besonders wenn sie in leichten Feldbefestigungen aufgestellt wurde. Dauerhafte Erfolge gelangen aber nur gegen die ebenfalls mit glatten Vorderladern kämpfenden Piemontesen. Die französischen gezogenen Kanonen gewannen bei längerem Feuerwechsel die Oberhand.

Die von der österreichischen Artillerie meist gewählte Angriffsmethode dürfte gewesen sein, in alter napoleonischer Taktik mit den zum Feuer bereiten Geschützen an die französischen Infanterielinien heranzugaloppieren, abzuprotzen und zu versuchen, sie mit schnellen Kartätschenlagen zu überfallen. Obwohl es nur eine Minute dauerte, um 200 m vorzurücken, abzuprotzen und zu schießen, war dies gegen *Minié*-Gewehre eine an Selbstmord grenzende Vorgehensweise.

Grundsätzlich war das stark hügelige Gelände Oberitaliens nicht geeignet, um in diesem Feldzug Artillerie in Massen einzusetzen. Der französischen Armee gelangen einige Massierungen. Die Österreicher versuchten nur bei Solferino, mehrere Batterien unter dem Kommando des Majors Graf Bylandt-Rheid zusammenzuziehen, um den geplanten Gegenangriff der 1. Armee von Feldzeugmeister Graf Wimpffen bei Guidizzolo zu unterstützen. Auch dieses Unternehmen scheiterte an der überlegenen Reichweite der französischen Artillerie.

Frankreich nach Solferino

Der oberitalienische Feldzug brachte Frankreich zwei ruhmreiche, aber äußerst kostspielige Siege, die die französische Armee in einer gefährlichen Selbsttäuschung hielten. Man benannte zwei bedeutende Pariser Boulevards nach Magenta und Solferino und sah, wie viele siegreiche Mächte davor und danach, keinen Grund, die Bewaffnung seiner erfolgreichen Armee zu ändern. Auch die miserable Logistik des französischen Heeres wurde nicht verbessert.²⁹⁾

Österreich nach Solferino

Die österreichische militärische Führung hatte aus dem Geschehen bei Solferino geradezu katastrophale Schlüsse für die zukünftige Einsatztaktik der Infanterie gezogen. Die österreichische Artillerieführung dagegen beurteilte die Lage völlig richtig und schuf in erstaunlicher Schnelligkeit eine neue Artilleriewaffe, die sich in den folgenden Kriegen ausgezeichnet schlug.

Das Infanteriegewehr *M 1854* war praktisch neu eingeführt worden, hatte sich nach Ansicht der obersten Militärbehörde 1859 bewährt, es bestand kein Grund - und es gab auch kein Geld -, es zu ändern. 1861 wurde lediglich die Geschossform verändert. Man wechselte vom Lorenzschon Kompressionsgeschoss zu einem Expansionsgeschoss, das eine etwas höhere Mündungsgeschwindigkeit erwarten ließ.

Völlig anders war die Lage bei der Artillerie. Frankreich hatte als erstes Land Geschütze mit gezogenen Rohren nach dem System *La Hitte* eingeführt, und die klaren Erfolge in Oberitalien wurden vor allem den neuen Geschützen zugeschrieben. Das System *La Hitte* verbreitete sich demgemäß sehr schnell und fand in Belgien, Dänemark, Italien, den Niederlanden, Norwegen, der Schweiz und in den USA Einführung.

Österreich hatte einige französische *La Hitte*-Geschütze erbeutet und damit ausgedehnte Schießversuche unternommen. Man beschloss, als Zwischenlösung eine Anzahl vorhandener Glatrohr-Geschütze nach diesem System umzubauen, aber - wohl in richtiger Erkenntnis der Schwächen des Systems - die Suche nach einem leistungsfähigeren Geschütz mit gezogenem Rohr fortzuführen.

Zuerst glaubte die militärische Führung in Wien eine ausgezeichnete Lösung in dem von dem Artillerieoffizier Oberst Baron Lenk von Wolfsberg, Departementchef bei der Generalartilleriedirektion, entwickelten Schießwolle-Geschütz gefunden zu haben. In einem großen Schritt nach vorne wollte man zusammen mit neuen gezogenen Vorderladern auch ein völlig neues Treibmittel, die Schießwolle,³⁰⁾ einführen, um möglichst hohe Schussweiten zu erreichen. Nach sehr zufriedenstellenden Schießversuchen wurde am 19. Februar 1861 die Einführung dieser Kanone beschlossen.³¹⁾ Nachdem schon drei Regimenter damit ausgerüstet worden waren, musste die weitere Einführung gestoppt werden, weil nacheinander mehrere Schießwollmagazine ohne äußeren Anlass explodiert waren. Trotz viel besserer ballistischer Eigenschaften gegenüber dem Schwarzpulver, wie höherem Gasdruck, keiner Rauchentwicklung und keinerlei Rückständen, musste dieses Treibmittel wegen seiner nicht sofort erkennbaren Tendenz zur Selbstentzündung schließlich aufgegeben werden.

Unter Benützung der wesentlichen konstruktiven Vorteile des Schießwollgeschützes wurde die Entwicklung fortgeführt. Vor allen Dingen verbesserte man die Form der Züge so, dass beim Laden das Geschoss vollkommen zentriert wurde. Die Besonderheit war die Ausbildung der so genannten Bogenzüge am Umfang dieses Mantels. Sie passten in die entsprechenden Züge des Geschützrohres und bewirkten eine wesentlich bessere Abdichtung, als es die Warzenführung der französischen *La Hitte*-Geschütze vermochte. Ähnlich wie bei der *La Hitte*-Kanone wurden vier Munitionsarten eingeführt: Hohlgeschosse (Sprenggranaten), Schrapnells, Brandgeschosse und Büchsenkartätschen. Um einen problemlosen Ladevorgang zu

ermöglichen, musste der Geschossdurchmesser um 2,4 mm kleiner gemacht werden als das Geschützkaliber (Spiel). Beim Abschuss entwich natürlich ein Teil der Pulvergase durch diesen Spielraum und verringerte die ballistische Leistung im Vergleich zu einem Hinterlader. Das Geschütz war aber der beste Vorderlader, den es je gab.

Die Geschosse wurden mit einem Ladewerkzeug genau in die Mündung eingesetzt und durch eine Rechtsdrehung bis zum hinteren Ende des Rohres geführt. Sie bestanden aus Gusseisen. Um den zylindrischen Eisenhohlkörper war ein Mantel aus einer Zinn-Zinklegierung gegossen. Die wichtigste und auch treffgenauere Munitionsart war das Hohlgeschoss mit Aufschlagzünder. Die Schrapnelle waren mit 80 Bleikugeln gefüllt und verfügten über einen verbesserten Brennzünder, der eine relativ gute Einstellung der Flugzeit bis zur Zerlegung erlaubte. Brandgeschosse und Kartätschen wurden nur in geringer Zahl mitgeführt, letztere nicht mehr zum Angriff, sondern nur mehr zur Notabwehr von Infanterieangriffen.

Das neu eingeführte Vierpfünder-Feldgeschütz (8 cm) *M 1863* zeichnete sich daher durch seine für damalige Verhältnisse sehr zufriedenstellenden ballistischen Eigenschaften aus. Es war dazu außerordentlich leicht, sehr beweglich und manövrierfähig. Im neu erbauten Artilleriearsenal in Wien wurde innerhalb von nur zwei Jahren das komplette Geschützmaterial für die österreichische Artillerie neu gefertigt.

Der Feldzug 1864 gegen Dänemark bot sofort die erste Gelegenheit, die Verwendbarkeit der neuen Waffe im Einsatz zu erproben. Man kämpfte gemeinsam mit Preußen. Es zeigte sich die völlige Überlegenheit der österreichischen gezogenen Geschütze über die dänische glatte Vorderladerartillerie, auch im Vergleich mit den glatten deutschen Hinterladern. Preußen sah sich daraufhin veranlasst, seine Artillerie schnellstens auf gezogene Geschütze umzurüsten. Bei Beibehaltung der Hinterladung wurde dabei eine sehr hohe Genauigkeit beziehungsweise geringe Streuung erreicht. Die von hinten geladenen Geschosse wurden beim Abschuss in die Züge gepresst und dichteten das Rohr völlig ab.

Die Lehren aus Magenta und Solferino fanden ihren taktischen Niederschlag in einem 1865 neu verfassten „*Exerzier-Reglement für die kaiserlich königliche Artillerie*“.

Die Feuerstellung (Ziffer 132 des Reglements) sollte auf alle Fälle vorher erkundet und so ausgewählt werden, dass die Geschütze vor der Feuereröffnung möglichst verdeckt waren und auch beim Feuern möglichst viel Deckung besaßen. Eine Lehre aus dem Gefecht des Hauptmanns Winterstein bei Melegnano. Als Deckung werden dichte Hecken, Mauern und Straßendämme empfohlen. Die Batterien mussten in den Marschkolonnen weit vorne eingegliedert werden, um Zeit für eine ausreichende Erkundung der Batteriestellungen zu haben. Die Batterien sollten grundsätzlich zusammenbleiben, feuerten aber (zur besseren Schussbeobachtung) geschützweise. Man hatte erkannt, dass die Sprenggranate die wirkungsvollste Munitionsart war. Gegen Infanterie im offenen deckungslosen Gelände fand auch das Schrapnell Verwendung, doch sollte es, wegen der ungenauen Brennzünder, die eine höhere Längstreuung ergaben, nur gegen tiefe Ziele wie Kolonnen oder aus der Flanke heraus Verwendung finden. Gegen breite Ziele geringer Tiefe - Infanterie in Schwarmlinie - hatte man erkannt, dass Schrapnelle wenig Wirkung besaßen und ver-

wendete nur Sprenggranaten oder ermittelte wenigstens mit Sprenggranaten die korrekte Schussentfernung.

Der Kartätschangriff der Kavallerie-Batterien gegen Infanterie, eine von der napoleonischen reitenden Artillerie übernommene und noch auf Glattrohrgeschütze und Glattrohrmusketen abgestimmte Kampfweise, wurde in Ziffer 54 des Exerzierreglements ausdrücklich verboten. Bei Solferino hatte man noch Artilleristen für diese Taktik ausgezeichnet, die aber im Feuer treffsicherer gezogener Gewehre eher ein Selbstmordunternehmen gewesen sein dürfte.

Königgrätz (Sadowa) 1866

Als es 1866 zum Krieg zwischen Österreich und Preußen kam, hatten die Österreicher den Vorteil, dass sie ihre Geschütze schon länger kannten und besser zu bedienen wussten. Wegen der geringen Friedensstärke der Batterien musste die Mannschaft durch zahlreiche Reservisten ergänzt werden, die weder mit den neuen Geschützen noch mit der neuen Kampfweise vertraut waren. Diese Probleme scheinen aber gut gelöst worden zu sein, und die deutsche Artillerie, die ihre neuen Kanonen oft erst bei der Mobilisierung zu sehen bekam, war schlechter dran.

Köhler schreibt:³²⁾ „... [In] der Schlacht bei Königgrätz bleibt [die preußische Artillerie] dauernd in der Unterlegenheit der österreichischen Artillerie gegenüber. Es glückt ihr nicht, diese auch nur vorübergehend niederzuhalten und sie von der Bekämpfung unserer Infanterie abzulenken. Dagegen gelingt es den österreichischen Artilleriesführern öfter, stärkere Gruppen zu bilden und das Feuer zu massieren. Sie waren immer schneller feuerbereit als wir, schneller beim Aufmarsch und verschossen fast die doppelte Munitionsmenge. Der österreichischen Artillerie allein war es zu verdanken, dass die Armee vor der Zertrümmerung bewahrt wurde. 200 Geschütze, die vor Königgrätz den Rückzug deckten, sind die Retter des Heeres geworden.“

Preußen hatte zwar gesiegt, hatte aber trotz seines Sieges erkannt, dass die preußische Artillerie die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hatte. General Moltke erließ klare Richtlinien, welche die Rolle der Artillerie im Kampf der verbundenen Waffen neu regelten. Die Kriegserfahrungen von 1866 wurden sorgfältig analysiert und die Mängel und Unvollkommenheiten beseitigt. Man gründete 1867 eine Artillerie-Schießschule und zog die Artillerie zu allen Manövern und Truppenübungen heran. Das preußische gezogene Hinterladegeschütz verfügte über eine hohe Schussweite und eine hohe Treffgenauigkeit. Man entschied, dass diese Vorteile nur mit der Sprenggranate und einem guten Aufschlagzünder voll nutzbar wären, und fasste den Entschluss, auf Schrapnelle mit ihren unsicheren Brennzündern zu verzichten.

Da die Erfolge im böhmischen Feldzug 1866 auch vom österreichischen Gegner hauptsächlich dem Zündnadelgewehr zugeschrieben wurden,³³⁾ sah man keinen Grund, diese Infanteriewaffe, zu der die Soldaten großes Vertrauen hatten, zu ändern.

Frankreich nach Königgrätz

Solferino brachte den Durchbruch der gezogenen Waffen, Königgrätz (Sadowa) den Durchbruch der Hinterlader. Frankreich, bisher vehement gegen alle Hinterladesysteme eingestellt, entwickelte in Windeseile ein neues Gewehr. Die französischen

Techniker kopierten zwar das Zündnadelsystem, aber das neue französische *Chassepot*-Gewehr war dem 1870 schon fast dreißig Jahre alten Zündnadelgewehr an Trefffähigkeit erheblich und an Schussweite um mehr als das Dreifache überlegen. Es war außerdem wesentlich handhabungssicherer, weil eine neuartige Dichtung verhinderte, dass aus dem Verschluss austretende Pulvergase den schießenden Soldaten im Gesicht verletzten.

Taktisch zog Frankreich aus Königgrätz die falschen Lehren. Die extreme Stoßtaktik, die bei Magenta und Solferino erfolgreich gewesen war, wurde aufgegeben und durch ein ebenso extremes Festhalten an fixen Verteidigungsstellungen ersetzt, das sich auf das weitreichende Feuer des *Chassepot*-Gewehres abstützte.

Bei der Artillerie hielt man am *La Hitte*-System fest. Man hatte damit ja bei Magenta und Solferino gesiegt. Es wurden eine geringfügig verbesserte Munition und ein neuer Achtpfünder mit gezogenem Rohr eingeführt. Während die preußischen 8 cm- und 9 cm-Feldgeschütze mit Granaten 3.800 m weit schossen, schaffte der französische Vierpfünder-Vorderlader nur 3.160 m. Die französischen Granaten hatten Zeitzünder, die nur zwischen 1.400 m und 1.600 m sowie zwischen 2.750 m und 2.950 m ansprachen³⁴⁾ (siehe Abbildung 2). Bei allen anderen Entfernungen wirkte die Granate als Vollgeschöß. Treffer waren damit nur durch Zufall zu erzielen.

Es war nun nicht so, dass die französischen Generäle über die preußischen Entwicklungen nicht informiert gewesen wären. Bei der Weltausstellung von 1851 im Londoner Glaspalast hatte ein Herr Krupp bereits seine neuen Hinterlade-Kanonen mit Rohren aus Tiegelsstahl ausgestellt. 1867 in Paris stellte Krupp ein Monster einer 50 t schweren Kanone vor, die Granaten von 450 kg Masse verfeuern konnte. Drei Jahre später nahm sie Paris unter Beschuss.

Der französische Militärattaché in Berlin, Oberstleutnant Baron Stoffel, versuchte verzweifelt und völlig vergeblich mit eindringlichen Berichten auf die von Preußen drohenden Gefahren hinzuweisen.

Bei der glänzenden Parade der französischen Armee in Longchamps zu Ehren des russischen Zaren Alexander III. und des Königs Wilhelm von Preußen marschierten, ritten und fuhren 31.000 Mann in glanzvollen Uniformen an den Fürsten vorbei. (Eigentlich hätten es 60.000 sein sollen, aber die brachte man einfach nicht zusammen.) Die Artillerie hatte die Bronzerohre ihrer *La Hitte*-Vierpfünder, die schon bei Solferino gefeuert hatten, auf Goldglanz poliert. Der preußische Premierminister Fürst Bismarck sah sich das alles gut an und fand wohl zu seiner Befriedigung vieles veraltet. Der beste Diplomat des 19. Jahrhunderts ließ sich natürlich nichts anmerken und gratulierte dem alten Marschall Canrobert, einst Korpskommandant bei Solferino, der die Parade kommandiert hatte, freundlichst zu dem glanzvollen Ereignis.

Sedan 1870

Im Deutsch-Französischen Krieg 1870 war die waffen-technische Lage zwischen den beiden Mächten ähnlich wie bei Solferino. Der Unterschied bestand darin, dass diesmal Frankreich eine deutlich überlegene Infanteriewaffe und eine deutlich unterlegene Artillerie besaß. Das *Chassepot*-Gewehr war dem Zündnadelgewehr an Schussweite mehr als dreifach überlegen (etwa 1.500 m gegen 450 m) und hatte, noch viel wichtiger, ein kleineres Kaliber, eine viel geringere Streuung,

eine höhere Mündungsgeschwindigkeit und damit bei gleicher Schussdistanz eine viel bessere Treffwahrscheinlichkeit. Zusätzlich hatten die Franzosen mit der *Mitrailleuse* im Geheimen eine Art Maschinengewehr entwickelt. 37 gebündelte Gewehrläufe konnten auf einmal oder rasch hintereinander abgefeuert werden. Geladen wurde mit einer Platte, die mit 37 Patronen bestückt war. Die Wirkung war aus zwei Gründen enttäuschend: Die französische Armee hatte die Waffe so geheim gehalten, dass die Bedienungsmannschaften nur unzureichend ausgebildet waren. Durch die organisatorische Zuteilung zur Artillerie stand die *Mitrailleuse* meist am falschen Ort, d.h. zu weit hinten, und wurde von den neuen weitreichenden Krupp-Hinterlader-Kanonen der Preußen sofort unter Feuer genommen und außer Gefecht gesetzt.³⁵⁾

Die Deutschen gewannen den Krieg durch überlegene Mobilisation, überlegene Logistik und überlegene Strategie. Ihre Strategie war aggressiv, ihre Taktik defensiv. Mit Umgehungen und Überflügelungen, die schon 1866 gegen Österreich erfolgreich angewandt worden waren, spalteten sie die französischen Armeen auf und zwangen sie, mit verkehrter Front in Richtung Paris anzugreifen.³⁶⁾ Im Angriff konnten die Vorteile des technisch besseren *Chassepot*-Gewehres nicht zum Tragen gebracht werden. Außerdem kam die französische Infanterie fast nie in den Schussbereich des Zündnadelgewehrs, weil sie schon vorher im Feuer der deutschen Artillerie scheiterte.

Die deutsche Artillerie, technisch überlegen und taktisch besser ausgebildet, wurde rücksichtslos eingesetzt, wenn die eigene Infanterie im *Chassepot*-Feuer liegen blieb. Die Geschütze wurden bis und oftmals vor die eigenen Infanterielinien vorgezogen und nahmen auf 1.125 m bis 1.875 m die französische Infanterie mit Granaten unter Feuer.³⁷⁾ Sobald die eigene Infanterie wieder Luft bekommen hatte, wurde die französische Artillerie mit Granaten bekämpft, und zwar auf Schussentfernungen von 2.250 m bis 3.000 m. Die Franzosen verwendeten hauptsächlich ihre Schrapnelle, deren Wirkung wegen der mangelhaften Zünder gegen Punkt- oder Linienziele naturgemäß bescheiden war.

Die Wirksamkeit der einzelnen Waffen in diesem Krieg lässt sich auch anhand bekannt gewordener Verlustzahlen beurteilen. In den Lazaretten von Metz konstatierten französische Ärzte, dass nur 2% der Verwundeten Säbelhiebe oder Bajonettstiche aufwiesen, ca. 30% waren durch Bleigeschöße der Infanterie getroffen worden. Die verbleibende große Menge, annähernd 68% der Verwundungen, waren durch Granatsplitter verursacht worden.³⁸⁾

Die Entwicklung der Waffentechnik, begonnen bei Solferino, setzte sich in den folgenden Jahrzehnten ungehemmt fort, und die dadurch ausgelöste Steigerung an Verlusten erreichte im Ersten und Zweiten Weltkrieg ihren traurigen Höhepunkt. ■

ANMERKUNGEN:

1) Patrick Turnbull: Solferino, The Birth of a Nation. London 1985, S.124, behauptet fälschlich, das französische Infanteriegewehr „outranged that of the Austrians“. Er schreibt über das piemontesische Gewehr „it took no fewer than twenty separate movements to load“. Die Piemontesen waren mit ihren glatten Perkussionsflinten sicher am schlechtesten von allen drei Armeen bewaffnet, aber zu behaupten, dass 20 Ladegriffe erforderlich waren, ist ungläubwürdig, weil seit der Einführung der Steinschlossflinten um 1700 in Europa nur sechs Handgriffe zum Laden nötig waren. Bei Helmut Andics: Das österreichische Jahrhundert. Die Donaumonarchie 1804-1900, Wien/München/Zürich 1974, sind die Österreicher 1859 mit Hinterladekanonen ausgerüstet, die in Wirklichkeit erst 1875 eingeführt wurden.

2) Aussage des deutschen Oberst Berner in: Caesar Rüstow: Das Minié-

Gewehr. Berlin 1855 (Nachdruck Zürich 1976), S.4.

3) Nach englischen Quellen wurde das Expansionsgeschöß bereits 1823 von Captain John Norton erfunden.

4) Rüstow, Minié-Gewehr, a.a.O., S.26.

5) Walter Markow, Heinz Helmer: Schlachten der Weltgeschichte, Stuttgart 1978, S.291.

6) General LaHitte war der Vorsitzende des französischen Prüfungsausschusses.

7) Eine 105 mm-Sprenggranate im Zweiten Weltkrieg mit 14 kg Masse zerlegte sich in etwa 1.000 Splitter, moderne Entwicklungen ergeben bis zu 5.000 Splitter.

8) Karl von Elgger: Die Kriegsfeuerwaffen der Gegenwart. Ihr Entstehen und ihr Einfluß auf die Taktik der Infanterie, Artillerie und Reiterei, Leipzig 1868 (Nachdruck Zürich 1978), Teil 1, S.81.

9) Eine Anspielung auf die damalige österreichische Hymne mit dem Text „Gott erhalte unseren Kaiser“ zu der Melodie, die 1804 von Josef Haydn für Österreich geschrieben wurde und die seit 1922 als Nationalhymne Deutschlands verwendet wird.

10) Caesar Rüstow: Die neueren gezogene Infanteriegewehre. Ihre wahre Leistungsfähigkeit und die Mittel, dieselbe zu sichern. Darmstadt & Leipzig 1862 (Nachdruck Zürich 1977), S.15.

11) Ebenda.

12) Elgger, Kriegsfeuerwaffen, a.a.O., S.260.

13) Ebenda.

14) Elgger, Kriegsfeuerwaffen, a.a.O., S.124. Das ist etwa drei mal mehr als bei einem Vorderlader.

15) Aufgrund schwerer logistischer Fehler erhielten die österreichischen Truppen bei Solferino kein Essen und mussten die Schlacht hungrig und durstig durchstehen.

16) Dasselbe wird von der Schlacht bei Königgrätz 1866 berichtet, bei der die preußischen Truppen ebenfalls eine nicht den Regeln entsprechenden aufgelöste Ordnung einnahmen.

17) J. F. C. Fuller: A Military History of the Western World. New York 1958, S.103.

18) Peter Hofschroer: Leipzig 1813, London 1993, S.15.

19) Die neuesten amerikanischen Pflichtenhefte für eine zukünftige Infanteriewaffe SPIW (Special Purpose Individual Weapon) sehen den Einbau eines Laser-Entfernungsmessers vor. Die meisten europäischen Armeen trainieren ihre Soldaten auf Schussentfernungen von 200 m, nur die Schweizer üben auf 300 m.

20) Die Österreicher insgesamt als „Deutsche“ zu bezeichnen ist typisch für die deutsche Sicht der Donaumonarchie. Sie findet sich noch 1917, als für die 12. Isonzoschlacht (Durchbruchsschlacht bei Caporetto) sechs deutsche Divisionen an den Isonzo verlegt wurden und zahlreiche erstaunte Äußerungen ihrer Angehörigen überliefert sind, als sie herausfanden, dass viele österreichische Soldaten nicht Deutsch konnten. Österreichische Regimenter setzten sich in der Regel aus Angehörigen von zwei bis fünf Völkern der Monarchie zusammen.

21) Rüstow, Infanteriegewehre, a.a.O., S.14-15.

22) Diese Methode der Bestimmung der Treffwahrscheinlichkeit im Gefecht wurde von der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg hauptsächlich für Panzerabwehrgeschütze gegen Panzer (also Punktziele) entwickelt, wobei das Feuer erst eröffnet werden sollte, wenn eine Treffwahrscheinlichkeit von 20% (von fünf Schüssen ist ein Treffer zu erwarten) gegeben war.

23) Elgger, Kriegsfeuerwaffen, a.a.O., S.261.

24) Napoleons Beitrag zum Faktor Zeit in der Kriegführung war die Steigerung des Marschtempos der Infanterie von 70 Schritt in der Minute auf 120 Schritt in der Minute.

25) Ausstellungskatalog: Napoleon III, Der Kaiser vom Bodensee, Konstanz/Arenenberg 2008, S.37.

26) Turnbull, a.a.O., S.139.

27) Anton Dolleczeck: Geschichte der österreichischen Artillerie von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart. Wien 1887, S.472.

28) Ebenda.

29) Die verzweifelte Lage der zahllosen Verwundeten, die Henry Dunant zur Gründung des Roten Kreuzes veranlasste, kam hauptsächlich dadurch zustande, dass das Sanitätsmaterial der französischen Armee infolge schwerer logistischer Fehler im Hafen von Genua zurückgeblieben war.

30) Die Schießwolle wurde 1846 fast gleichzeitig von Professor Schönbein in Basel und Professor Böttger in Göttingen erfunden. Dabei wird Baumwolle in konzentrierte Salpeter- und Schwefelsäure eingelegt, anschließend in Wasser gewaschen und getrocknet.

31) Andreas Rutzky, Oblt im k.k. 9. ArtlRgt, Otto von Grahl, Lt im k.k. 8. ArtlRgt: Das gezogene Schießwoll-Feld- und Gebirgs-Geschütz (nach Lenk's System), Wien 1862.

32) Max Köhler: Der Aufstieg der Artillerie bis zum Großen Kriege in Umrissen mit Zeittafeln. München 1938, S.106.

33) Es gab natürlich auch Gegenstimmen. Nicht wenige Militärwissenschaftler waren der durchaus nachvollziehbaren Ansicht, dass die österreichische Armee, deren Front durch die Armee des Prinzen Friedrich Karl gebunden wurde, deren linke Flanke durch die Elbarmee des Generals Bittenfeld bedroht und die durch eine dritte Armee, die des preußischen Kronprinzen, überraschend in der rechten Flanke und im Rücken angegriffen wurde, diese Schlacht auch mit Zündnadelgewehren verloren hätte.

34) Köhler, a.a.O., S.111; Elgger, Kriegsfeuerwaffen, a.a.O., Bild 216.

35) Bernard Brodie & M. Fawn: From Crossbow to H-Bomb, The evolution of the weapons and tactics of warfare. Bloomington, Indiana, 1973, S.145.

36) Die preußischen Truppen manövrierten besonders bei Gravelotte und Sedan so geschickt, dass sie die Verbindungslinien zwischen den französischen Armeen und ihrem Hinterland blockierten, sodass den Franzosen keine andere Wahl blieb, als mit verkehrter Front Richtung Paris gegen die defensiv eingesetzte Feuerkraft der preußischen Artillerie und Infanterie anzugreifen.

37) Köhler, a.a.O., S.111-115.

38) A.V. Kropatschek: Über das Verhalten von Waffen im deutsch-französischen Krieg 1870-1871. In: Mitteilungen über Gegenstände des Artillerie- und Geniewesens, Wien 1872, S.99.

Mag. Dr. phil. Dr. mont. DI

Franz Felberbauer, MSc

Geb. 1936; Bgdr i.R.; Studium an der Montanuniversität Leoben; 1960 Eintritt in das BMLV; 1961 Fulbright Stipendium an der Northwestern University, Chicago, bei gleichzeitiger Arbeit als Forschungsassistent für das U. S. Air Force Office for Scientific Research; 1963 Abschluss mit Master of Science; nach Ableistung des Präsenzdienstes Offiziersausbildung an der TherMilAk (Jahrgang ISONZO); 1971 Promotion an der Montanuniversität Leoben; von 1977 bis 1991 Werksdirektor der Werke Wien der Steyr Daimler Puch AG; u.a. in dieser Zeit verantwortlich für die Produktion und Entwicklung aller Steyr-Panzerfahrzeuge; 1991 Wiedereintritt in das BMLV als Projektleiter für die Kampfwertsteigerung des JaPzA1 Kürassier und der Panzerhaubitze M109A5Oe, sowie für die Entwicklung des Rechenstellen- und Fahrschulpanzers M109; ab 2001 Studium an der Universität Wien, Fachrichtung Geschichte; 2004 Sponsion zum Magister; 2007 Promotion zum Doktor der Philosophie; ab 2008 Lehrauftrag an der Universität Wien.

Subsahara-Afrika - Versuch einer Stabilitätsanalyse (Teil 2)

Martin Pabst

Im 1. Teil dieses Beitrages (ÖMZ 2/2009, S. 177-186) wurden grundsätzliche sicherheitspolitische Fragen in Subsahara-Afrika behandelt sowie die Stabilitätsrisiken in West- und Zentralafrika analysiert. Im 2. Teil soll nun ein Blick auf Ost- und Nordostafrika sowie das südliche Afrika geworfen werden.

Die jüngsten Entwicklungen in Westafrika (Putsch in Guinea-Conakry im Dezember 2008; tödlicher Bombenanschlag auf den Generalstabschef der Armee in Guinea-Bissau im März 2009, daraufhin Ermordung des Staatspräsidenten durch aufgebraute Soldaten) zeigen auf, wie schnell in Subsahara-Afrika die Lage eskalieren kann. Soziale und wirtschaftliche Verwerfungen, eine unterentwickelte rechtsstaatliche und pluralistische Kultur, gruppenbezogene Ressentiments sowie eine hohe Gewaltbereitschaft bei der Durchsetzung von Machtinteressen sind vielerorts manifest - auch in Regionen wie dem südlichen Afrika, das noch als Zone der Stabilität gepriesen wird.

Ost- und Nordostafrika

Das nordöstliche Afrika beherbergt nicht nur die meisten Friedenssoldaten, sondern auch die meisten bewaffneten Konflikte südlich der Sahara. Drei friedensunterstützende Missionen von UNO und *Afrikanischer Union* (AU) mit einer Ist-Stärke von ca. 23.780 und einer Soll-Stärke von 36.800 Friedenssoldaten sind derzeit im Sudan und in Somalia tätig: die *United Nations Mission in Sudan* (UNMIS), die *African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur* (UNAMID) und die *African Union Mission to Somalia* (AMISOM).¹⁾ Hinzu kommen ca. 1.200 Soldaten der Anti-Piraterie-Mission *EU NAVFOR Somalia Operation Atalanta*.

Weitere Missionen sind absehbar. Im Mai 2008 sprach sich der UNO-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1814 unter bestimmten Voraussetzungen für die Übernahme der AMISOM durch die UNO aus. Erwogen wird eine Aufstockung von 2.850 auf bis zu 27.000 (!) Soldaten sowie 1.500 Polizisten. In der öffentlichen Diskussion ist außerdem eine internationale Militärmission im Grenzgebiet von Uganda, Südsudan, der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik zur eventuellen Unterstützung des Friedensprozesses mit der *Lord's Resistance Army* (LRA).²⁾ Unstrittig ist, dass beide Missionen mit sehr „robusten“ Mandaten und Machtmitteln versehen sein müssten, um erfolgreich gegen Friedensstörer vorzugehen.

Die *United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea* (UNMEE) wurde vom Sicherheitsrat zum 31.7.2008 beendet - nicht weil eine Beilegung des Grenzkonfliktes gelungen wäre, sondern wegen unzureichender Friedenswilligkeit der Konfliktparteien und Behinderung der Missionstätigkeit.

In Nordostafrika bestehen zwei großräumige Konfliktzonen, in denen in den letzten Jahren eng miteinander vernetzte bewaffnete Auseinandersetzungen stattgefunden haben bzw. noch andauern:

a) Horn von Afrika

- Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea um Badme, Bure, Tsorona-Zalambessa;
- Grenzkonflikt zwischen Eritrea und Dschibuti um Ras Doumeira und die Insel Doumeira;
- Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Somalia um die äthiopische Ostprovinz Ogaden;
- Sezessionskonflikte/Aufstände in Äthiopien (Ogaden und Oromia);
- Bürgerkrieg in Somalia (Islamisten gegen Übergangsregierung und *Warlords*; Klans gegen Klans);
- Grenzkonflikt in Somalia um Sanaag und Sool („autonome“ Republik Puntland versus „unabhängige“ Republik Somaliland);

b) Norduganda/Sudan/Tschad

- Sezessionskonflikt im Südsudan;
- Gruppenkonflikte im Südsudan (ethnisch orientierte Milizen gegen das Dinka-dominierte *Southern People's Liberation Movement/Army*);
- Grenzkonflikt im Sudan (Zugehörigkeit der ölreichen Provinz Abyei zum Nord- oder Südsudan);
- Aufstand im Ostsudan (Beja und Rashaida gegen Zentralregierung);
- Bürgerkrieg im sudanesischen Darfur (schwarzafrikanische gegen arabisierte Gruppen bzw. Regierung; Ausstrahlung auf andere sudanesischen Bundesstaaten wie Süd-Kordofan; Verschränkung mit dem Bürgerkrieg im Tschad);
- Bilateraler Konflikt Sudan/Tschad (wegen der Unterstützung von Aufständischen im jeweiligen Nachbarland);
- Aufstand in Norduganda, inzwischen verlagert ins Grenzgebiet von Südsudan/Demokratischer Republik Kongo/Zentralafrikanischer Republik (betrieben durch die *Lord's Resistance Army/LRA*).

Den in der Politikwissenschaft gebräuchlichen Grenzwert von 1.000 Toten für die Einstufung als Krieg³⁾ überschritten 2008 die Kämpfe in Somalia und Darfur.

Die Staaten in Nordostafrika zeigen viele Ähnlichkeiten. So erkennt *Freedom House* keine demokratische Ordnung in diesem Raum. Äthiopien, Dschibuti und das international nicht anerkannte Somaliland werden als „teilweise frei“, Eritrea, Somalia und Sudan als „nicht frei“ klassifiziert.⁴⁾

Sudans Präsident Omar Hassan Ahmad al-Bashir kam 1989 über einen Militärputsch ins Amt. Das Einparteiensystem wurde erst ab Ende der 1990er Jahre aufgeweicht; für 2009 sind landesweite freie Wahlen vereinbart. In Äthiopien und Eritrea

haben revolutionäre Rebellenführer die Macht in Befreiungskriegen erobert und bis heute daran festgehalten. Meles Zenawi ist seit 1991 Regierungschef in Äthiopien, Isayas Afewerki seit 1993 Präsident von Eritrea. Salva Kiir mit einem ähnlichen Hintergrund (Führer des *Sudan People's Liberation Movement/Army*) wurde 2005 südsudanesischer Präsident. In Äthiopien

und im Südsudan erfolgen nur zögerliche Schritte hin zu einer politischen Öffnung. Eritrea pflegt weiterhin ein Einparteienregime. Die letzten Präsidentschaftswahlen fanden dort 1993 statt, und die 1997 von der Verfassungsversammlung ratifizierte Verfassung ist bis heute nicht in Kraft getreten. Die autoritären bis repressiven Systeme in Nordostafrika sind durch ein hohes



Maß an Korruption und Rechtswillkür gekennzeichnet. Der Anteil der Militärausgaben ist hoch - an der Spitze steht Eritrea, wo zwischen 2003 und 2008 im Durchschnitt 11,25% des BIP pro Jahr auf Militärausgaben entfielen.⁵⁾ Auf dem Höhepunkt der Aufrüstung nach dem Krieg gegen Äthiopien (1998-2000) stand jeder 14. Eritreer unter Waffen.

Fast alle Staaten in Nordostafrika sind Vielvölkerstaaten. Eine Ausnahme bildet Somalia, doch sorgen dort Rivalitäten zwischen Klans bzw. Sub-Klans für entsprechende Fragmentierung. Politische Akteure machen sich überlieferte Ressentiments (z.B. Christen gegen Muslime, Viehzüchter gegen Nomaden, Schwarzafrikaner gegen Arabischsprachige etc.) und die Konkurrenz um knappe Ressourcen (Wasser, Land) zu eigen und fachen Konflikte an. Zahlreiche Bevölkerungsgruppen in Nordostafrika sind es gewohnt, Waffen zu führen. Proliferation aus afrikanischen Bürgerkriegsgebieten und Importe haben in den letzten Jahrzehnten außerdem für eine massive Aufrüstung mit modernen Kriegswaffen gesorgt. Zusammenstöße verlaufen dadurch viel blutiger als in der Vergangenheit.

Konflikte bleiben in aller Regel nicht auf ein Territorium begrenzt. Denn die staatlichen Grenzen in Nordostafrika stimmen nicht mit den Besiedelungsgrenzen überein. So leben die Somalis in Somalia, Äthiopen (Ogaden), Nordkenia und Dschibuti, die Zaghawa im Tschad und im Sudan (Darfur), die Nuer im Südsudan und in Äthiopien, die Acholi im Südsudan und in Uganda. Von Äthiopien abgesehen, das auf eine 3.000-jährige Geschichte zurückblickt, sind National- und Staatsbewusstsein gering entwickelt. Vorherrschend sind ethnisch-kulturelle Identitäten und Loyalitäten.

Aus der Kolonialzeit stammt die Praxis, staatliche Herrschaft auf die Hauptstadt, wichtige Transportwege und Rohstoffvorkommen zu beschränken. Die Peripherie wird vom Staat unzureichend kontrolliert und versorgt. Soziale Dienstleistungen überlassen Regierungen dort internationalen Hilfsorganisationen; Sicherheit und Kontrolle übernehmen lokale Autoritäten wie Stämme, Milizen, Rebellen und Banden. Mit Hilfe einer geschickten „Teile und herrsche“-Strategie suchen Regierungen an der Peripherie Einfluss auszuüben. Ein Beispiel sind die *Janjaweed* in Darfur: Aus arabisierten Stämmen rekrutierte die sudanesisische Regierung Milizen, versorgte sie mit Waffen und brachte sie gegen ihre schwarzafrikanischen Nachbarn in Stellung. Eine solche Herrschaftsstrategie ist kostengünstig und ermöglicht es zudem, die Verantwortung für Entwicklungsdefizite und Repression auf lokale Kräfte abzuwälzen. Die Bedeutung nichtstaatlicher Akteure nimmt tendenziell zu, ihre Zahl vermehrt sich. Konfliktlösung wird dadurch erschwert. Wie das Beispiel Somalia zeigt, kann Reststaatlichkeit vollends verloren gehen. Konfliktlösung wird dann zur Sisyphus-Aufgabe.

Keiner der Staaten in der Region kann durch Entwicklungsanstrengungen überzeugen. Im Human Development Report 2007/08 belegten die Länder in Nordostafrika unter 177 untersuchten Staaten hintere Plätze: Sudan (147), Dschibuti (149), Eritrea (157), Äthiopien (169), das kriegsruinierte Somalia entzieht sich überhaupt einer Einordnung.⁶⁾ Wenn Rohstoffvorkommen vorhanden sind, wie z.B. Öl im Sudan, so kommen die daraus erzielten Einnahmen der Bevölkerung kaum zugute. Periphere Regionen klagen über Marginalisierung. Am Beispiel der Schulfrequenz wird ungleichmäßige Entwicklung deutlich: Im Sudan besuchten 2006 im Bundesstaat Khartum 86,3% aller Kinder die Grundschule, in Sinnar 66,6%, in Süd-

Kordofan 53,3%, in West-Darfur 46,4%. Zentral-Äquatoria mit der südsudanesischen Hauptstadt Juba kam auf 43,0%, das Schlusslicht bildete der südliche Bundesstaat Unity mit 4,3% (Landesdurchschnitt 53,7%).⁷⁾

Vermittler tun sich in Nordostafrika schwer, friedenswillige Partner zu finden. Zum einen neigen die dortigen politischen Akteure traditionell zu gewaltsamen Lösungen, zum anderen profitieren sie von der Fortdauer bewaffneter Konflikte. Sie sind es gewohnt, Konflikte an der Peripherie zu schüren, um eigene Machtbefugnisse zu legitimieren, Entwicklungsdefizite zu kaschieren und sich zu bereichern (z.B. durch die Erhebung von Abgaben von lokalen Potentaten oder durch Beteiligung an kriminellen Aktivitäten). Verbreitet ist auch eine „Kultur“ der Destabilisierung von Nachbarstaaten. So hat Uganda über viele Jahre im südsudanesischen Bürgerkrieg die *Sudan People's Liberation Army* (SPLA) gegen die sudanesisische Regierung unterstützt. Im Gegenzug mischte sich Khartum auf der Seite der LRA in den Bürgerkrieg in Norduganda ein.

Staaten und Regierungen sehen sich in erster Linie als Rivalen, nicht als Partner in einer Schicksalsgemeinschaft. Eifersüchtig streiten sie um die regionale Vormachtstellung. Grenzkonflikte um wertlose Orte oder Gebietsstreifen werden zu existenziellen Fragen aufgebauscht - dies auch zur Ablenkung von innenpolitischen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Der Schmuggel von Menschen, Drogen, Waffen oder elektronischen Geräten auf dem Land- und Seeweg bildet eine einträgliche Einnahmequelle. Rebellengruppen sind nach dem Ende des Kalten Krieges in geringerem Maß als früher politisiert, sondern an der Kontrolle von Ressourcen und Transportwegen interessiert. So finanziert sich die LRA im Dreieck Südsudan/Demokratische Republik Kongo/Zentralafrikanische Republik durch die illegale Gewinnung und Ausfuhr von Edelsteinen, Gold und Elfenbein.⁸⁾ Durch den Einsatz modernster Waffen und Kommunikationsmittel können Kriminelle heute zum globalen Problem werden, wie die von Somalia ausgehende Piraterie verdeutlicht.

Angesichts der stark frequentierten Schifffahrtsroute durch den Golf von Aden (20.000 Frachter pro Jahr) und der Nähe zur arabischen Halbinsel (Entfernung Dschibuti/Jemen 20 km) hat das Horn von Afrika eine hohe strategische Bedeutung. Seit 1896 ist Frankreich in Dschibuti präsent, hat einen Hafen und Flugplatz angelegt und unterhält einen Militärstützpunkt (2.900 Mann). Seit 2002 ist auch die *Combined Joint Task Force - Horn of Africa* (CJTF-HOA) des *United States Africa Command* in Dschibuti stationiert (ca. 1.800 Mann). Sie unterstützt die multinationale Anti-Terror-Operation *Enduring Freedom*.

Nordostafrika ist politisch, wirtschaftlich, religiös und kulturell eng mit der arabischen Halbinsel verknüpft. Vorrangiges Interesse des Westens ist es, die internationalen Schifffahrtsrouten am Horn von Afrika zu schützen, ein weiteres Staatsversagen zu verhindern, bewaffnete Konflikte beizulegen und das Eindringen von Dschihadisten zu verhindern.

Konfliktfördernde Attribute wie ethnisch-kulturelle Gegensätze, Ressourcenknappheit und ungleichmäßige Entwicklung treffen auch auf Ostafrika zu. Doch zeichnet sich diese Region durch größere Stabilität aus. Weder findet hier gegenwärtig ein bewaffneter Konflikt noch eine internationale Friedensmission statt.

Freedom House klassifiziert dort nur Ruanda als „nicht frei“. Alle anderen Staaten erhalten die Bewertung „teilweise

frei“. Ein demokratisches System fehlt freilich auch in dieser Region. In punkto Wirtschaft und Entwicklung kann Ostafrika mit Erfolgen aufwarten. Diverse Staaten verzeichnen hohe Zuwachsraten. So erzielte Uganda in den letzten zwei Jahrzehnten durchschnittliche Wachstumsraten zwischen 5% und 9% des Bruttoinlandsproduktes. Der Anteil in Armut lebender Bürger konnte von 56% (1992) auf 31% (2007) gesenkt werden. Auch bei der HIV/Aids-Bekämpfung erzielte Uganda vorzeigbare Erfolge.

Bewaffnete Konflikte wurden in den letzten Jahren beigelegt. Der Bürgerkrieg in Norduganda ist seit 2006 de facto beendet, wenngleich seine Ursachen - die unzureichende Teilhabe jener Region an politischer Macht und wirtschaftlicher/sozialer Entwicklung - noch nicht beseitigt sind. In Burundi wurde 2008 die letzte aktive Rebellenarmee mit einem Friedensabkommen eingebunden; dessen Tragfähigkeit ist allerdings noch offen. Ruanda beendete zum Jahreswechsel 2008/09 seine Politik verdeckter Intervention im Ostkongo durch Unterstützung dortiger Rebellenarmeen. Im Gegenzug gestattete die Regierung in Kinshasa gemeinsame kongolesisch/ruandische Militäroperationen gegen exilruandische Milizen im Ostkongo. Ob Ruanda an dieser Politik festhalten wird, bleibt freilich abzuwarten. Die tansanische Regierung zeigt sich gegenüber der autonomen Insel Sansibar gesprächsbereit. Im Jahr 2000 war es hier noch zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Oppositionsanhängern gekommen, die rund 30 Menschenleben forderten. Sezessionistische bzw. islamistische Tendenzen auf Sansibar sind inzwischen abgeklungen.

Hoffnungsträger und Sorgenkind zugleich ist Kenia. Das Land ist teilindustrialisiert und besitzt einen fortgeschrittenen Dienstleistungssektor. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 19,4 Mrd. USD ist die kenianische Volkswirtschaft fast um ein Drittel größer als die tansanische und doppelt so groß wie die ugandische. Andererseits wird das Land seit Jahrzehnten von autoritärer Regierungsführung, Korruption und Günstlingswirtschaft geprägt. Politische Eliten manipulieren ethnisch-kulturelle Gegensätze und die Konkurrenz um knappe Ressourcen zur Durchsetzung politischer Interessen. Wiederholt haben sich blutige Zusammenstöße zwischen Bevölkerungsgruppen ereignet. Die Anfang der 1990er-Jahre von den Gebern erzwungene Demokratisierung hat die Gruppenkonflikte eher noch angeheizt als abgebaut. Vom erfreulichen Wirtschaftswachstum (6,3% im Jahr 2007) profitiert nur eine kleine Minderheit. An die neun Mio. Kenianer (23% der Bevölkerung) verdienen weniger als einen USD pro Tag. 60% der Bevölkerung der Hauptstadt Nairobi leben in Slums. Die Gewaltkriminalität ist endemisch. Mafiöse Banden erfreuen sich stillschweigender Duldung durch Teile der Sicherheitskräfte. Nach den offenkundig von Präsident Mwai Kibaki manipulierten Wahlen im Dezember 2007 kam es zu einer Orgie der Gewalt. Laut dem offiziellen Untersuchungsbericht waren 1.133 Getötete (darunter 405 durch kenianische Sicherheitskräfte) und über 300.000 Vertriebene zu beklagen. 500.000 Menschen wurden von Nahrungsmittelhilfe abhängig. Sowohl Regierungs- wie Oppositionspolitiker waren in „ethnische Säuberungen“ und Vertreibungen involviert. Mit der Bildung einer befristeten „Großen Koalition“ konnte im April 2008 eine weitere Eskalation vermieden werden. Ob es endlich zu einem nachhaltigen Reformprozess kommt, bleibt abzuwarten.⁹⁾ Einem Strafgerichtshof zur Verfolgung der Täter stimmte die Koalitionsregierung jedenfalls erst zu, als der Vorsitzende

der Untersuchungskommission mit der Weitergabe der Namen prominenter Verdächtiger an den Internationalen Strafgerichtshof drohte. Nun blockiert das Parlament die Umsetzung.

Kenia, Tansania und Uganda profitierten in der Kolonialzeit von vergleichsweise großen Entwicklungsanstrengungen durch Großbritannien. Bereits 1948 wurden erste Grundlagen für eine überregionale Kooperation gelegt. An diese Tradition knüpfte man an, als 2001 eine *East African Community* (EAC) wiedererrichtet wurde. Auch Burundi und Ruanda haben sich inzwischen der EAC angeschlossen.

Problematisch sind überlappende Staatenzusammenschlüsse. Neben der EAC besteht die 1986 als *Inter-Governmental Authority on Drought and Development* (IGADD) gegründete *Inter-Governmental Authority on Development* (IGAD) mit Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda als Mitgliedern. Während die EAC als einzige Regionalorganisation in Subsahara-Afrika nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Union anstrebt, verfolgt die IGAD bescheidenere Ziele, so lediglich die ökonomische Kooperation, nicht die ökonomische Integration. Zur Sahel- und Saharage-meinschaft (SinSad) gehören aus Ost- und Nordostafrika die Staaten Dschibuti, Eritrea, Somalia und Sudan. Burundi und Ruanda sind 2007 der EAC beigetreten, bleiben daneben aber weiterhin Mitglieder der *Communauté Économique des États de l'Afrique Centrale/Economic Community of Central African States* (CEEAC/ECCAS). Tansania ist gleichzeitig Mitglied der EAC und der *Southern African Development Community* (SADC).

Die IGAD setzt sich für die friedliche Beilegung innerer und zwischenstaatlicher Konflikte sowie für die Erhaltung von Frieden, Stabilität und Sicherheit ein. Sie hat sich bei den Verhandlungen für ein Friedensabkommen im Südsudan-Bürgerkrieg (2002-2005) wie auch in Somalia hervorgetan und mit internationaler Unterstützung das bereits teilweise funktionale Frühwarnsystem CEWARN aufgebaut. Sicherheits- und verteidigungspolitische Initiativen der EAC schritten nur langsam voran. Die AU beauftragte daher die IGAD mit dem Aufbau einer *East African Standby Brigade* (EASBRIG) im Rahmen der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Konkurrenz unter den IGAD-Mitgliedern verzögerte die Umsetzung, weswegen 2007 eine von der Regionalorganisation unabhängige Sicherheitsstruktur, der *East African Peace and Security Mechanism* (EAPSM), geschaffen wurde. Das politisch-strategische Führungsgremium EASBRICOM sitzt in Karen bei Nairobi, wo sich auch die Planungszelle PLANELM und das mit internationaler Unterstützung errichtete *Peace Support Training Center* (PSTC) befinden. Brigadehauptquartier und Logistikbasis werden in Addis Abeba (Äthiopien) angesiedelt. Weitere Ausbildungszentren wurden in Kenia, Ruanda und Uganda identifiziert. Die Grundlagendokumente sind unterschrieben und abrufbare Kräfte zugesagt. Eine internationale Initiative, die *Friends of EASBRIG Group*, fördert den Aufbau der Regionalbrigade.¹⁰⁾

Gemäß Arno Meinken verfügen die Streitkräfte von Äthiopien, Burundi, Eritrea, Ruanda und Uganda über mittlere, diejenigen von Kenia und Sudan über beschränkte militärische Fähigkeiten.¹¹⁾ Angesichts der zahlenmäßigen Stärke ihrer Armeen würden vor allem die Mächte in Nordostafrika als militärische Führungsnationen in Frage kommen: Eritrea bietet 172.200, Äthiopien 162.500, der Sudan 104.500 Soldaten auf.¹²⁾

Doch sind gemeinsame Einsätze in Friedensmissionen angesichts großer zwischenstaatlicher Rivalitäten und Spannungen unwahrscheinlich. So scheiterte 2006 die bereits beschlossene IGAD-Friedensmission nach Somalia (IGASOM) nicht zuletzt daran. Stattdessen entsandte die AU die AMISOM mit Friedenssoldaten aus den Nichtanrainerstaaten Uganda und Burundi nach Somalia. In EASBRICOM werden sich neben Äthiopien wohl vor allem Burundi, Kenia, Ruanda und Uganda einbringen. Kenia zeichnet sich durch wirtschaftliche Stärke aus, hat eine konstruktive, friedensfördernde Außenpolitik vorzuweisen und verfügt über reiche Erfahrungen in UNO-Friedensmissionen. Doch zählt seine Berufsmarine nur 24.120 Mann.

Nordostafrika wird auch in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt bewaffneter Konflikte sein. Drängendstes Problem ist Somalia. Der international nicht mandatierte Einmarsch Äthiopiens und die US-Luftschläge gegen mutmaßliche *Al Qaida*-Kämpfer haben das Land nicht befriedet, sondern eine breite nationale Widerstandsbewegung entfacht und islamistische Tendenzen gestärkt. Ob der Abzug der äthiopischen Truppen und die Wahl des gemäßigt-islamistischen Politikers Sharif Sheikh Ahmed zum Staatspräsidenten (31.1.2009) eine Befriedung einleiten werden, bleibt abzuwarten. Die radikalen Islamisten sind in Süd- und Zentralsomalia militärisch stark und sie verstärken ihren Druck: Am 22.2. verloren elf burundische AMISOM-Friedenssoldaten bei einem Bombenanschlag auf ihren Stützpunkt in Mogadischu ihr Leben. Militante *Al-Shabaab*-Kämpfer kontrollieren inzwischen die meisten Städte, sie haben die Parlamentarier aus Baidoa vertrieben und die Hauptstadt Mogadischu weitgehend eingekreist. Ohne Einbindung zumindest eines Teils der von Sheikh Aweys angeführten radikalen Islamisten wird der Friedensprozess wohl keinen Bestand haben. Ende Februar erklärte Sheikh Ahmed, die Scharia einführen zu wollen - offenkundig, um *Al-Shabaab* entgegenzukommen. Problematisch ist auch, dass in der Übergangsregierung nun beide Führungspositionen (Staatspräsident und Premierminister) von Mitgliedern des Hawiye-Klans gestellt werden. Widerstand von Seiten der Darud ist zu erwarten, möglicherweise angeführt vom zurückgetretenen Präsidenten Abdullahi Yusuf, der in seiner Heimatregion Puntland über Unterstützung verfügt. Kriminalität und Piraterie können nur dann langfristig ausgetrocknet werden, wenn Somalia wieder eine stabile, anerkannte Regierung auf breiter Grundlage hat. Schlimmstes Szenario wäre eine weitere Fragmentierung der Konfliktakteure und eine Ausbreitung von Gewalt und Instabilität nach Äthiopien und Kenia.¹³⁾

Die Rivalität der beiden hochgerüsteten Regionalmächte Äthiopien und Eritrea kann jederzeit wieder in einen zwischenstaatlichen Krieg münden. Die letzte Konfrontation in den Jahren 1998-2000 forderte an die 70.000 Tote. Alternativ sind neue äthiopisch-eritreische „Stellvertreterkonflikte“, wie 2006-2008 in Somalia oder im Ogaden, denkbar. Auf eine Entschärfung kann man wohl erst dann hoffen, wenn in beiden Staaten Reformprozesse Fuß fassen und Führungseliten aus der Vergangenheit an Einfluss verlieren. Da beide Staaten von externen Gebern abhängig sind, bestehen gewisse Einwirkungsmöglichkeiten.

Der Bürgerkrieg in Darfur ist von einer Lösung weiter entfernt denn je. Die viel zu spät entsandte *African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur* (UNAMID) kann wegen Behinderungen von Seiten Khartums und Engpässen bei der Truppen- und Ausrüstungsrekrutierung (Hubschrauber!) nur unzureichend aufwachsen. Die von Khartum erzwungene Hybridstruktur mit

gemeinsamem Kommando ist schwerfällig und konfliktträchtig. Auch ist die Vorgabe zum weitgehenden Einsatz afrikanischer Truppen problematisch. Diese entsprechen in Ausbildung und Ausrüstung vielfach nicht dem UNO-Standard. Vermittlungsbemühungen erfolgen in Darfur über eine separate politische UNO-Mission; diese war bisher nicht erfolgreich. Bislang mangelt es auch an einer einheitlichen Linie der internationalen Gemeinschaft beim Darfur-Friedensprozess. Die Rebellen sind inzwischen in zahlreiche Fraktionen zersplittert; die Kriminalisierung der Region hat zugenommen.

Der am 4.3. erlassene Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen Staatschef Omar al-Bashir wegen Verdachts auf Kriegs- und Menschheitsverbrechen hat die Spannungen erhöht. Bashir wies 13 Hilfsorganisationen aus und kündigte an, die Arbeit der restlichen Organisationen binnen Jahresfrist zu beenden. In Darfur mehren sich Überfälle auf UNAMID-Soldaten. Der Konflikt in Darfur weitet sich gegenwärtig in andere südsudanesischen Bundesstaaten aus, wo an der Trennlinie zwischen Nord- und Südsudan weitere gefährliche Konfliktherde schwelen (Süd-Kordofan/Nubaberge, Blue Nile, Abyei). Unter unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen nimmt dort die Unzufriedenheit über nicht eingehaltene politische und materielle Zusagen zu. Auch ist völlig offen, ob, wie vereinbart, 2009 landesweite Wahlen und 2011 ein Referendum über Verbleib oder Loslösung des Südsudans stattfinden und, wenn ja, ob deren Ergebnisse von den Konfliktparteien auch akzeptiert werden. Die von der *United Nations Mission in Sudan* (UNMIS) begleitete Umsetzung des Friedensabkommens für den Südsudan schreitet mit großen Verzögerungen und Defiziten voran. So hat die Aufstellung „Gemeinsamer Integrierter Einheiten“ nur begrenzte Fortschritte gemacht; de facto sind sie vielerorts weiter getrennt. Beide Konfliktparteien betreiben offenkundig eine Aufrüstungspolitik. Die innenpolitische Dynamik im Nordsudan ist völlig offen, hier könnte es in den kommenden Jahren zu personellen Wechsels und Machtverschiebungen in der *National Congress Party* (NCP) sowie zu neuen Allianzen mit anderen Parteien kommen. Anzeichen für eine nachhaltige Demokratisierung sind freilich weder hier noch im Südsudan erkennbar. Somalische Verhältnisse sind für die Zukunft nicht ausgeschlossen. „Foreign Policy“ und „Fund for Peace“ setzten das Land in ihrem „Index gescheiterter Staaten 2008“ auf Platz 2 hinter Somalia.¹⁴⁾ Staatlichkeit müsste im Sudan von Grund auf unter Einbeziehung aller Parteien und Bevölkerungsgruppen neu aufgebaut werden, mit dem Ziel einer landesweiten gerechten politischen und ökonomischen Ordnung.¹⁵⁾

Die LRA ist zu einem transnationalen Faktor der Destabilisierung geworden. Die Armeen Ugandas und der Dem. Rep. Kongo haben sich nun zu gemeinsamem Vorgehen zusammengefunden, doch allein mit militärischen Mitteln wird das Problem nicht zu lösen sein. So stammt ein beträchtlicher Teil der LRA-Führungskader und -Kämpfer inzwischen aus dem Südsudan. SPLM/A-kritische Bevölkerungsgruppen wie die Acholi neigen zu einer Unterstützung der LRA. Ein Friedensprozess muss umfassend sein und alle Interessengruppen einschließen. Gelingt es nicht, die Konfliktregion zu befrieden, so könnte eine Zone der Instabilität vom Sudan bis in den Kongo entstehen.¹⁶⁾

Essenziell für die Region wird die Stabilisierung Kenias sein. Aufgrund seiner politischen Bedeutung, seines wirtschaftlichen Potenzials und seines Entwicklungsstandes ist es der wichtigste regionale Ankerstaat, auch wenn Kenia keine vergleichbare

Dominanz wie Südafrika im südlichen Afrika ausüben kann. Von Nairobi aus operieren zahlreiche internationale Hilfsorganisationen, um das Los der Bevölkerung in Äthiopien, Somalia oder dem Sudan zu verbessern. Wichtige internationale Organisationen einschließlich UNO-Behörden sind hier vertreten. Richtungsweisende Friedenskonferenzen haben in Nairobi stattgefunden. Mombasa ist der wichtigste Handelshafen für zahlreiche Nachbarstaaten und hat auch strategische Bedeutung: 1980 schlossen die USA mit Kenia einen Vertrag, der militärische Nutzungsrechte für den Hafen Mombasa sowie die Militärflughäfen Embakasi und Nanyuki einräumt.

Südliches Afrika

Das südliche Afrika gilt derzeit als stabilste Großregion in Subsahara-Afrika. 2002 konnte in Angola die jahrzehntelange Rebellion der *União Nacional para a Independência Total de Angola* (UNITA) beendet werden. Als letzter bewaffneter Konflikt verbleibt damit der inzwischen mit niedriger Intensität ausgetragene Sezessionsversuch in der angolanschen Exklave Cabinda. Fraktionen der *Frente para a Libertação do Enclave de Cabinda* (FLEC) kämpfen weiterhin für die Unabhängigkeit des 7.270 km² großen, von ca. 300.000 Menschen bewohnten Territoriums, das in der Kolonialzeit einen anderen Status als Angola hatte (Protectorat statt Kolonie).

Lediglich auf der Inselgruppe der Komoren ist derzeit eine militärische Friedensmission tätig, die *Mission d'assistance électorale et sécuritaire aux Comores de l'Union Africaine* (MAES) mit 470 Soldaten aus dem Senegal, Sudan und Tansania. Sie beendete im März 2008 gewaltsam die Rebellion auf der Insel Anjouan.

Freedom House identifiziert im südlichen Afrika mehr Staaten als in jeder anderen afrikanischen Region als „frei“: Botswana, Lesotho, Mauritius, Namibia und Südafrika verfügen über pluralistische Systeme und rechtsstaatliche Ordnungen; sie gewährleisten die Meinungsfreiheit und beachten die Grund- und Menschenrechte. Als „teilweise frei“ werden Angola, die Komoren, Madagaskar, Malawi, Mosambik, Sambia und die Seychellen klassifiziert, als „nicht frei“ lediglich Simbabwe und Swasiland.¹⁷⁾

An der Südspitze des afrikanischen Kontinents findet sich demnach ein geschlossener Block pluralistischer Systeme. Hingegen wird das Hinterland von Staaten mit autokratischen Tendenzen dominiert. Angolas Präsident José Eduardo dos Santos ist seit 1979 im Amt, sein simbabwischer Kollege Robert Mugabe seit 1980 (zunächst als Premierminister, dann als exekutiver Staatspräsident). Angola und Mosambik haben nach dem Ende des Kalten Krieges die marxistisch-leninistischen Einparteienregime zwar abgeschafft, doch herrschen die ehemaligen Staatsparteien weiterhin unangefochten, gestützt auf ihre überlegenen Ressourcen, die Dominanz in den staatlichen Medien und die Vergabe staatlicher Arbeitsplätze und Dienstleistungen. Darüber hinaus können sie von der Schwäche der Oppositionsparteien profitieren. Simbabwe ist auf dem Papier eine Demokratie britischen Zuschnitts, doch war die ehemalige Befreiungsbewegung *Zimbabwe African National Union-Patriotic Front* (ZANU-PF) jahrzehntelang de facto Staatspartei. Mit repressiven Mitteln vor und während Wahlen sorgte die Regierung dafür, dass Oppositionsparteien keine faire Chance hatten. Dennoch gelang im März 2008 dem *Movement for Democratic Change* (MDC) ein knapper Sieg in

der Parlamentswahl. Als die Regierung in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl (Juni 2008) landesweite Einschüchterungs- und Straffaktionen mit Dutzenden Toten durchführte, zog Oppositionsführer Morgan Tsvangirai seine Kandidatur zurück. Der rasante wirtschaftliche Zusammenbruch und internationaler Druck brachten Staatspräsident Mugabe schließlich im September 2008 dazu, einer Übergangskoalition mit Tsvangirai im neu geschaffenen Premierministeramt zuzustimmen. Nach monatelangem Tauziehen um die Verteilung der Ministerämter nahm sie im Februar 2009 ihre Arbeit auf. Angesichts von mindestens 3.400 Cholera-Toten bis zu diesem Zeitpunkt, einer zu über 50% von ausländischer Nahrungsmittelhilfe abhängigen Bevölkerung, des weitgehenden Zusammenbruchs des Schul- und Gesundheitswesens, einer Arbeitslosenquote von ca. 90% sowie einer jährlichen Inflation von 231 Mio. Prozent wird der Wiederaufbau des Landes Vorrang haben. Doch genauso wichtig wird es sein, eine Demokratisierung der Sicherheitskräfte durchzuführen, eine Verfassungsreform anzugehen und vorgezogene Neuwahlen mit internationalen Beobachtern vorzubereiten. Ob die ZANU-PF bereit sein wird, ihr Machtmonopol zu teilen, wird sich freilich erst zeigen.

Auf den einst sozialistischen Seychellen scheint sich die Mehrparteiendemokratie zu konsolidieren. Hingegen sind die Komoren, Madagaskar, Malawi und Sambia noch keine gefestigten pluralistischen Systeme. Weder ist Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung allgemein geächtet, noch sind Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit Allgemeingut. So kommt es immer wieder zu Unruhen und Machtkämpfen, zuletzt im Januar/Februar 2009 auf Madagaskar mit an die 170 Todesopfern bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Oppositionsanhängern. Schließlich beherbergt das südliche Afrika mit Swasiland eine absolutistische Monarchie, die keine politischen Parteien zulässt. Mit zunehmend repressiven Maßnahmen reagiert die Regierung auf Proteste von Oppositionsgruppen und Gewerkschaften.

Von der notorisch putschgeplagten Inselrepublik der Komoren abgesehen, bilden gewaltsame Machtwechsel im südlichen Afrika die Ausnahme. Zuletzt glückten Umstürze im März 2009 auf Madagaskar und 1999 auf den Komoren. Entsprechende Versuche scheiterten 1997 in Sambia und 2001 bzw. 2003 auf den Komoren.

Territorialstreitigkeiten betreffen in erster Linie den Indischen Ozean, so sind die Glorioso-Inseln zwischen Frankreich, Madagaskar, den Seychellen und den Komoren strittig, das Chagos-Archipel zwischen Großbritannien, Mauritius und den Seychellen, die Geyser-Bank zwischen Frankreich, den Komoren und Madagaskar. Das im Jahr 2000 zur Gebietskörperschaft (*Collectivité Départementale*) avancierte französische Überseegebiet Mayotte wird von den Komoren beansprucht, die französischen Inseln Bassas da India, Europe und Juan de Nova von Madagaskar, die französische Insel Tromelin von Mauritius wie von den Seychellen. Auf dem Kontinent setzten Botswana und Namibia 1999 mit der Akzeptanz des Schiedsspruchs des Internationalen Haager Gerichtshofes zur umstrittenen Insel Kasikili (Sedudu) ein Zeichen. Strittig ist noch die Grenzziehung zwischen Sambia und Simbabwe (Kariba-Damm, Sindabezi-Insel).¹⁸⁾

Sezessionistische Bewegungen sind gegenwärtig in Angola (Exklave Cabinda) und auf den Komoren (Inseln Anjouan und Mohéli) virulent. Im namibischen „Caprivistreifen“ machte in den 1990er-Jahren eine *Caprivi Liberation Front* (CLF) von

sich reden. Letzte Anschläge erfolgten 1999. Die Bewegung sucht einen Staat Lozi auf Teilen des Territoriums von Angola, Botswana, Namibia und Sambia zu etablieren, dürfte aber weitgehend zerschlagen sein. Ähnliche Ziele vertritt mit politischen Mitteln die ebenfalls von Lozi-stämmigen Einwohnern getragene *Barotse Patriotic Front* in Sambia. Die BPF will das während der britischen Kolonialzeit autonome Barotse-Königreich wiedererrichten. In Südafrika suchten afrikaanssprachige Weiße (Buren) zum Ende der Apartheid einen „Afrikaner-Volksstaat“ unter Anknüpfung an die Burenrepubliken des 19. Jahrhunderts zu erstreiten. Nach Einbindung des gesprächsbereiten Flügels unter General a.D. Constand Viljoen ebten gewalttätige Aktionen ab. Das am 23. April 1994 abgeschlossene „Abkommen über Afrikaner-Selbstbestimmung“ legte die Grundlage für den Verfassungsartikel 235, der eine territoriale Autonomie für einzelne Bevölkerungsgruppen innerhalb des südafrikanischen Staates grundsätzlich zulässt. Angesichts fehlender Einigkeit unter den afrikaanssprachigen Weißen über die Lokalisierung eines solchen Autonomiegebietes hat die Umsetzung des Vorhabens aber noch keine Fortschritte gemacht. Bei der regierenden ANC-Allianz stößt es auf wenig Sympathie.

Die koloniale Grenzziehung hat auch im südlichen Afrika Bevölkerungsgruppen auf mehrere Staaten aufgeteilt, z.B. Owambos zwischen Angola und Namibia oder Ndebele zwischen Südafrika und Simbabwe. Doch ist das Staatsbewusstsein stärker ausgeprägt als etwa in Nordostafrika.

In punkto Entwicklung schneidet die Großregion vergleichsweise schlecht ab: Nur die beiden Inselstaaten Seychellen und Mauritius bringen es im *Human Development Report* 2008 in die Spitzengruppe (Platz 50 bzw. 65). Die Mittelgruppe führt Südafrika mit einem mäßigen 121. Platz an, gefolgt von Botswana (124), Namibia (125), den Komoren (134), Lesotho (138), Swasiland (141), Madagaskar (143) und Simbabwe (151). In der Gruppe der am geringsten entwickelten Länder finden sich Subsahara-Afrikas größter Ölexporteur Angola (162), Malawi (164), Sambia (165; einer der weltgrößten Kupferexporteure) und Mosambik (Rang 172 unter insgesamt 177 Staaten).

Das südliche Afrika verfügt über eine vergleichsweise stabile Regionalorganisation. 1979 als Front gegen Südafrika gegründet, wurde die *Southern African Development Coordination Conference* (SADCC) 1992 zur *Southern African Development Community* (SADC) fortentwickelt. Zwei Jahre später trat die regionale Wirtschaftslokomotive Südafrika der Staatengemeinschaft bei. Heute zählt die SADC 14 Mitgliedstaaten (Angola, Botswana, Dem. Rep. Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania). Ziel der Staatengemeinschaft ist eine immer stärkere Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Sicherheit, Kultur und Sozialwesen. Treibende Kraft der Integration ist die Attraktivität eines gemeinsamen Marktes von 250 Mio. Menschen. Zwölf von 14 Mitgliedstaaten errichteten 2008 eine gemeinsame Freihandelszone. Weitere Ziele bis 2018 sind eine Zollunion, ein gemeinsamer Markt und schließlich eine gemeinsame Währung. Doch sind die wirtschaftlichen Impulse bisher geringer als erwartet ausgefallen. Auch krankt das in Gaborone (Botswana) angesiedelte SADC-Sekretariat an organisatorischen und personellen Defiziten.¹⁹⁾

In sicherheitspolitischer Hinsicht hat die SADC bisher eher mäßige Erfolge vorzuweisen. Das 1996 errichtete Organ für Politik, Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit wurde jah-

relang von Simbabwe monopolisiert, bis es 2001 in die SADC-Strukturen integriert wurde und einen rotierenden Vorsitz erhielt. Ungeachtet aller Lippenbekenntnisse gab die SADC bislang eher der Nichteinmischung als der Krisenintervention den Vorzug. So konnte sich die Staatenorganisation auch dann nicht zu Sanktionen gegen Simbabwe entschließen, als die Wiederwahl von Staatspräsident Robert Mugabe im Juni 2008 offenkundig durch Vergewaltigung des Wählerwillens zustande gekommen war. Stattdessen setzte die SADC auf „stille Diplomatie“. Insbesondere Südafrika stützte politisch und wirtschaftlich das Regime Mugabe. Aus Protest entschloss sich der botswanische Präsident Ian Khama daraufhin, so lange nicht mehr an SADC-Gipfeln teilzunehmen, bis in Simbabwe eine verfassungsmäßige Regierung im Amt ist. Wenn unter Berufung auf ein angebliches SADC-Mandat in Staaten der Region militärisch eingegriffen wurde (so 1998/99 durch Südafrika und Botswana in Lesotho und 1998-2002 durch Angola, Simbabwe und Namibia in der Dem. Rep. Kongo), dann geschah dies vorwiegend aus partikularem Interesse. Die Furcht vor einer Dominanz Südafrikas, das Simbabwe-Problem und nationalstaatliche Egoismen haben die Friedens- und Sicherheitspolitik der SADC bisher gehemmt.

Im Rahmen der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur befindet sich seit 2007 eine Regionalbrigade SADCBRIG im Aufbau. Brigadehauptquartier und Planungszelle werden beim SADC-Sekretariat in Gaborone (Botswana) angesiedelt. Ein Logistikdepot steht noch aus. Die Grundlagendokumente wurden unterschrieben und abrufbare Kräfte zugesagt, wenngleich aufgrund anderer Verpflichtungen zweifelhaft ist, ob die Zusagen realistisch sind. Solange das Simbabwe-Problem nicht befriedigend gelöst ist, kann auch keine internationale Unterstützung erwartet werden. Das Zieldatum 2010 für eine Einsatzbereitschaft wird jedenfalls nicht erreicht werden.²⁰⁾

Abgesehen von den französischen Stützpunkten auf den Inseln Réunion und Mayotte (insgesamt 1.460 Mann von Heer, Luftwaffe und Marine; zugeordnet der Verteidigungszone südlicher Indischer Ozean, nicht Afrika), befinden sich keine westlichen Basen im Einzugsbereich des südlichen Afrika. Die USA setzen auf Abmachungen mit einzelnen Staaten für Ad-hoc-Basen (*access points*). So wurde Anfang der 1990er-Jahre in Botswana mit externer Unterstützung der für die Bedürfnisse der dortigen Luftstreitkräfte offenkundig weit überdimensionierte Militärflughafen Thebepatshwa bei Molepolole angelegt.²¹⁾ Nur 300 km vom südafrikanischen Ballungsgebiet Johannesburg entfernt, ist er eine ideale Ausgangsbasis sowohl für Interventionen wie auch für Rettungs-/Evakuierungsoperationen.

Als wichtigsten sicherheitspolitischen Partner erachten sowohl die USA wie die EU die Republik Südafrika. Die Kaprepublik ist der zentrale Ankerstaat der Region. Das Schwellenland erwirtschaftet zwei Drittel des Bruttoinlandsproduktes im SADC-Raum. Nach der „Wende“ am Kap glänzte es mit stabilen makroökonomischen Daten. Seine 56.000 Mann starke Berufsmarine verfügt zusammen mit den angolanischen und nigerianischen Streitkräften über die vergleichsweise höchsten militärischen Fähigkeiten in Subsahara-Afrika - inklusive taktischen und strategischen Lufttransportkapazitäten, wobei allerdings die Einsatzbereitschaft infolge Treibstoff- und Wartungsproblemen inzwischen eingeschränkt sein dürfte. Südafrika hat sich seit 1994 gezielt für internationale Einsätze geöffnet und Erfahrungen in

Äthiopien/Eritrea, Burundi, Darfur und der Dem. Rep. Kongo gesammelt.

Doch ist Südafrika ein Riese auf tönernen Füßen.²²⁾ Dies wird bereits bei der Armee deutlich, deren Kampfkraft unter dem Mangel an qualifizierten Offizieren, überalterten Mannschaften, hohen Ausfallraten infolge HIV/AIDS-Durchseuchung, Verwaltungsschwäche sowie mangelhafter oder infolge Geldmangels eingemotteter Ausrüstung zu leiden hat.

Die unter Staatspräsident Thabo Mbeki forcierte *affirmative action*, d.h. der häufig unter Hintanstellung des Leistungsprinzips vorgenommene Ersatz weißer Führungskräfte durch ungenügend qualifizierte bzw. motivierte Vertreter der schwarzen Mehrheit, hat die Effizienz fast aller staatlichen Institutionen massiv beschädigt. Beispielsweise bestanden 2008 rund 70% aller leitenden Angestellten im Innenministerium einen Eignungstest nicht. Sie dürfen aber auch nicht entlassen werden.²³⁾ Südafrikanische Pässe stoßen infolge massiver Unregelmäßigkeiten bei den ausstellenden Behörden auf zunehmendes internationales Misstrauen; Großbritannien führte deshalb 2009 die Visumpflicht für Südafrikaner ein. Verbreitete Inkompetenz und Korruption in der Polizei und im Justizwesen begünstigen eine überbordende Gewaltkriminalität, die weltweit Spitzenplätze belegt, qualifizierte Südafrikaner ins Ausland treibt und Investoren abschreckt. 2007 erfolgten 19.202 Morde und Totschlagsdelikte - im fast doppelt so stark bevölkerten Deutschland 2.347.

Der soziale Sprengstoff ist immens. Staatspräsident Mbeki förderte die Entstehung einer schwarzen Mittel- und Oberschicht - ähnlich wie in Russland konnten prominente ANC-Funktionäre von Regierungsaufträgen und der Privatisierung von Staatsunternehmen profitieren. Doch hat sich die Lage der großen Mehrheit der schwarzen Südafrikaner seit der Wende von 1994 eher verschlechtert als verbessert. 2003 stufte UNDP nicht weniger als 46% der Bevölkerung (21 Mio.) als arm ein. Die reale Arbeitslosigkeit beträgt über 40%, in manchen Townships an die 60%.

Im Jahr 2008 wurden die Risse im Vorzeigeland überdeutlich. Dramatische Stromausfälle lösten zum Jahresanfang einen nationalen Notstand aus und legten vorübergehend die Bergwerke still. Bis 2013 werden ca. 10% der Stromversorgung nicht zur Verfügung stehen. Ähnliche Probleme deuten sich im Trink- und Abwasserwesen an. Im Mai entlud sich die Wut der Slumbewohner über staatliche Ineffizienz, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und Kriminalität in einer Orgie der Gewalt gegen Zuwanderer und Asylanten. Binnen drei Wochen wurden landesweit mindestens 62 Menschen zu Tode gelyncht, 670 verletzt und 85.000 vertrieben.

Seit dem erzwungenen Rücktritt von Staatspräsident Thabo Mbeki im September 2008 bekämpfen sich der ANC und die Abspaltung *Congress of the People* (COPE) mit harten Bandagen. Politisch motivierte Gewalt könnte wieder auf die Straße zurückkehren. Nach den Parlamentswahlen vom 22. April 2009 wird mit großer Wahrscheinlichkeit der ANC-Präsident Jacob Zuma den Interims-Staatspräsidenten Kgalema Motlanthe ablösen. Der charismatische Volkstribun Zuma ist eine schillernde Figur; im August soll sein Korruptionsprozess wieder aufgerollt werden. Anhänger wie der ANC-Jugendführer Julius Malema erklären öffentlich ihre Bereitschaft, für Zuma zu töten. Dessen Unterstützung ist heterogen - vom millionenschweren schwarzen Unternehmer bis hin zum verarmten Lumpenproletariat, das auf revolutionäre Umverteilung hofft. Hinter Zuma steht auch die

Kommunistische Partei, die seit der Entmachtung von Thabo Mbeki erheblich an Einfluss gewonnen hat.

Zuma könnte freilich auch durch positive Eigenschaften überraschen. So gilt er im Unterschied zu Mbeki als pragmatisch und gesprächsbereit. Im vergangenen Jahr haben sich Zuma und seine Mitstreiter dezidiert darum bemüht, das Vertrauen der verunsicherten afrikaanssprachigen Minderheit zu gewinnen.

Die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise werden die Probleme in Südafrika noch verstärken. So schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt in den letzten drei Monaten des Jahres 2008 um 1,8%. Der mächtige Bergwerkskonzern Anglo-American kündigte den Abbau von 19.000 Arbeitsplätzen an; weitere Mininggesellschaften folgen dem Beispiel.²⁴⁾ Von einem Arbeitsplatz hängen in Südafrika etwa acht bis zehn Familienmitglieder ab.

Auch in anderen Staaten des südlichen Afrikas sind staatliche Korruption und Ineffizienz, Kriminalität, der sich verschärfende Gegensatz zwischen einer kleinen, wohlhabenden Elite und einer verarmten und perspektivlosen Bevölkerungsmehrheit sowie die Folgen von HIV/AIDS-Durchseuchungsraten zwischen 15% und 25% manifest. So kam es 2008 in mehreren Städten Mosambiks zu Armutsvolten, die vom jugendlichen Lumpenproletariat angeführt wurden.

Doch nirgendwo ist die Lage so dramatisch wie in Südafrika, und nirgendwo steht so viel auf dem Spiel. Wenn es nicht gelingt, die Kaprepublik zu stabilisieren - durch Wiedergewinnung ausgewanderner bzw. entlassener Fachkräfte für den Staatsdienst, durch Wiedereinführung des Leistungsprinzips und rigide Durchsetzung von Normen und Werten -, würde nicht nur das südliche Afrika seinen Stabilitätsanker verlieren. Auch im restlichen Subsahara-Afrika würden die internationalen Bemühungen um Frieden und Sicherheit massiv zurückgeworfen. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Siehe United Nations Peacekeeping. Internet-Dokument: <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko> (Zugriff 9.2.2009).
- 2) Eine solche Mission wird beispielsweise von der Denkfabrik International Crisis Group gefordert (International Crisis Group: Northern Uganda: The Road to Peace, with or without Kony [= Africa Report Nr.146], Nairobi/Kampala/Juba/Brüssel 10.12.2008).
- 3) Vgl. Small, Melvin/Singer, David: Resort to Arms. International and Civil Wars 1816-1980, Beverly Hills 1982, S. 56f.
- 4) Gemäß der Klassifikation von Freedom House: Freedom in the World 2008. Report, Washington 2008. Internet-Dokument: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2008> (Zugriff 9.2.2009).
- 5) Zusammenge stellt nach Index Mundi: Eritrea Military expenditures - percent of GDP. Internet-Dokument: http://indexmundi.com/eritrea/military_expenditures_percent_of_gdp.html (Zugriff 9.2.2009).
- 6) UNDP: Human Development Report 2007/08, New York 2007.
- 7) Summary Table of Findings. Sudan Household Health Survey (SHHS) and Millennium Development Goals (MDG) indicators, Sudan, 2006. Internet-Dokument: <http://www.irinnews.org/pdf/pn/SHHSreport.pdf> (Zugriff 24.10.2008).
- 8) Wie Anm. 2, S. i.
- 9) Stefan Mair: Das Modell Kenia am Ende? (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 14), Berlin, Februar 2008.
- 10) Wolf Kinzel: Die African Standby Force der Afrikanischen Union. Ehrgeizige Pläne, große regionale Disparitäten: eine Zwischenbilanz (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie S 21), Berlin, Juli 2008, S. 18-20; Zinurine Abidou Alghali/Mamadou Mbaye: The African Standby Force and Regional Standby Brigades. Fact-File. In: Conflict Trends (2008) 3, S. 34-38; Jakkie Cilliers: The African Standby Force. An update progress (Institute for Security Studies, ISS Paper 160), Pretoria, März 2008, S.14f.
- 11) Arno Meinken: Militärische Kapazitäten und Fähigkeiten afrikanischer Staaten. Ursachen und Wirkungen militärischer Ineffektivität in Subsahara-Afrika. Stiftung Wissenschaft und Politik (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 2005/S 04), Berlin, Februar 2005.

- 12) GlobalDefence.net: Streitkräfte der Welt. Internet-Dokument: http://www.globaldefence.net/projekt_streitkraefte_der_welt (Zugriff 8.2.2009). - Die Streitkräfte des Südsudans sind in letzterer Zahl nicht enthalten.
- 13) Annette Weber: Politischer Umbruch in Somalia. Die Bedingungen für einen Waffenstillstand sind günstig (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 5), Berlin, Januar 2009.
- 14) Foreign Policy: The Failed States Index 2008. Internet-Dokument: http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350 (Zugriff 2.3.2009).
- 15) Martin Pabst: Die Vereinten Nationen und Sudan (I). Der Nord-Süd-Friedensprozess steht am Scheideweg. In: Vereinte Nationen 56 (2008) 3, S. 99-106; Martin Pabst: Die Vereinten Nationen und Sudan (II). Keine Lösung des Darfur-Konflikts in Sicht. In: Vereinte Nationen 56 (2008) 6, S.243-250.
- 16) Wie Anm. 2, S. 13f.
- 17) Wie Anm. 4.
- 18) CIA World Factbook: Field Listing - Disputes - international. Internet-Dokument: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2070.html> (Zugriff 9.2.2009).
- 19) Christian von Soest und Julia Scheller: Regionale Integration im südlichen Afrika: Wohin steuert die SADC? (= German Institute of Global and Area Studies/Institut für Afrika-Kunde: GIGA Focus 10/2006), Hamburg 2006.
- 20) Wolf Kinzel (wie Anm. 10), S. 16-18; Zinurine Abidou Alghali/Mamadou Mbaye (wie Anm. 10), S. 34-38; Jakkie Cilliers (wie Anm. 10), S. 14.
- 21) Klaus von der Ropp: Nicht undenkbar: Bundeswehr-Soldaten in Südafrika, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.8.1999 (Leserbrief).
- 22) Martin Pabst/Klaus Freiherr von der Ropp: Das neue Südafrika: Globaler Akteur oder Riese auf tönernen Füßen? In: Europäische Sicherheit, Hamburg 56 (2007) 2, S.21-28.
- dies.: Die Rückkehr der Realpolitik - Lehren für Subsahara-Afrika. In: Europäische Sicherheit, Hamburg 56 (2007) 10, S.17-23.
- 23) Ministeriumsangestellte in Südafrika unfähig - aber unkündbar. Die Welt, 24.11.2008.
- 24) South Africa sees economy shrink. BBC News, 24.2.2009. Internet-Dokument: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/7907603.stm> (Zugriff 2.3.2009).



Dr. Martin Pabst

Geb. 1959; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik in München und Würzburg; 1988 Promotion zum Dr. phil.; Reserveoffizier; Forschungsaufenthalte in Lomé (Togo), London und Oxford; Lehrauftrag an der Universität Würzburg; seit 1992 Büro Forschung & Politikberatung in München; zahlreiche Buch- und Aufsatzveröffentlichungen.